

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.30 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interlions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheiligte Kolorierte oder deren Raum 50 Pf., vollstehende und gemeinschaftliche Vereins- und Berichtsblätter 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pf., je 1. weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Prestrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Verlegt von der Redaktion.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 4. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zum Flensburger Skandal.

Ein Beitrag zur Psychologie des Freisinnigen.

Man schreibt uns:

Der perfide Handel der Flensburger Freisinnigen, der zu der Wahl des Herrn Dr. Duus zum Landtagsabgeordneten mit agrarkonservativer Hilfe geführt hat, beruht auf einer seit langem vorbereiteten, wohlervogenen Taktik sowohl der Freisinnigen wie der Konservativen. Als Beweis dafür mögen folgende Tatsachen angeführt werden:

Auf den ersten Blick freilich macht der zwischen beiden Gruppen abgeschlossene Vertrag den Eindruck, als sei es den Freisinnigen gelungen, die Bündler zu überlisten. Da nämlich bei der Reichstagswahl 1907 der nationalliberale Kandidat, Gutsbesitzer Bommelendorf, der schließlich siegreich blieb, schon im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl, mehr als doppelt so viel als der Kandidat der Bündler, Reventlow, erhielt, so könnte es scheinen, als ob die Freisinnigen bei der nächsten Reichstagswahl gar nicht in die Lage kommen würden, ihre kontraktliche Zusage einzulösen, dem in die Stichwahl gelangten Agrarier ihre Stimmen zu geben. Doch dem ist in Wirklichkeit nicht so. Der Nationalliberale erhielt nämlich 1907 nur deshalb eine so große Stimmenzahl, weil außer seinen engeren Parteifreunden der größte Teil der Landbevölkerung für ihn eintrat. Das geschah aus taktischen Gründen, um eine Wahl des Sozialdemokraten infolge Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen zu verhindern, unter dem Einfluß des „Wahlvereins für Stadt und Land“, einer politischen Gruppe von reichsparteilichen Scharfmachern und nationalistischen Mittelständlern, die eine Einigung der nationalliberalen Industriellen Flensburgs mit den Landbündlern anstrebt zum Zweck gemeinsamer Bekämpfung der Sozialdemokratie. Es gelang dem Wahlverein jedoch nicht, die Gesamtheit der Agrarier für den Kompromißkandidaten zu gewinnen. Ein Teil von ihnen, die entschiedeneren Bündler, gaben ihre Stimmen dem ziemlich kurz vor der Wahl aufgestellten Sonderkandidaten der antisemitischen Mittelständler (deutsch-soziale Reformpartei), dem Bündler Grafen Reventlow. Es ist nun so gut wie gewiß, daß Herr Bommelendorf zur nächsten Reichstagswahl nicht wieder aufgestellt werden wird.

Die Landbündler haben verlaßbaren lassen, daß sie entschlossen sind, das nächste Mal einig vorzugehen und einen für ihre Zwecke sicheren Kandidaten aufzustellen. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß die Bündler auf den Grafen Reventlow zurückgreifen werden. Dieser energische Herr, ehemaliger Marineoffizier, jetzt Gutsbesitzer und Mitglied des Bundes der Landwirte, würde einerseits als Mitglied der antisemitischen „Reformpartei“ die Stimmen eines großen Teils des Kleinbürgeriums für sich haben, andererseits genießt er als imperialistischer Flottenfanatiker und durch seine Versprechungen, für die „nationale“ Exportindustrie einzutreten, bei den nationalliberalen Reedern und Industriellen Flensburgs Sympathien. Auch der freikonservative „Wahlverein für Stadt und Land“ wird infolge dieser Sachlage, um eine agrarisch-antisemitische Sonderkandidatur zu verhindern, bei der nächsten Reichstagswahl seinen Kandidaten weiter rechts wählen und arbeitet demgemäß auf einen solchen Mann der reaktionären „mittleren Linie“ hin, wie Reventlow es ist. Nachdem nun die Freisinnigen in dem mit den Agrariern abgeschlossenen Landtagswahlvertrage die bindende Verpflichtung übernommen haben, in der Stichwahl für den agrarischen Kandidaten einzutreten, hat dieser von vornherein die größte Aussicht, als bürgerlicher Kompromißkandidat die meisten bürgerlichen Stimmen auf sich zu vereinigen und so die Wahl eines Sozialdemokraten wie im Jahre 1903 zu verhindern.

Daß ein intimes Einverständnis zwischen Konservativen und den Freisinnigen schon seit längerer Zeit angebahnt war, konnten Beobachter der Vorgänge in Flensburg aus mancherlei Zeichen im vergangenen Winter entnehmen: Zu den Hauptmachern im „Wahlverein für Stadt und Land“ gehört ein Rechtsanwalt Liedtke. Dieser Herr ist Gründer und Vorsitzender eines der in Flensburg besonders blühenden Kriegervereine, ein typischer Vertreter des preussischen Reserveroffiziersgeistes — bei jeder unpassendsten Gelegenheit tritt er in Uniform auf mit solcher Eitelkeit, daß er die auch von Konservativen viel beweihte lomonische Figur des milo gloriosus darstellt — und im ganzen Wahlkreis als freikonservativer Scharfmacher und wütender Sozialistenfresser bekannt; er war auch zum Vorsitzenden der Flensburger Ortsgruppe des Reichsligenerverbandes ausersehen. Mit der Landbevölkerung steht er in vielfachen persönlichen Beziehungen. Nicht bemerkenswert war daher in Vorkommnis in einer Versammlung des freisinnigen Vereins im vorigen Winter, in der der freisinnige Volksparteiler Dr. Leonhart aus Kiel die Bloßpolitik pries: Der Vorsitzende sowie der Referent eilten auf Herrn Dr. Liedtke zu, begrüßten ihn mit großer Wärme und unterhielten sich längere Zeit mit ihm. Auch während des Wahlkampfes 1907 deutete manches auf eine Annäherung zwischen Freisinnigen und Agrariern: In einer öffentlichen Versammlung z. B., die vom Reichsverband

einberufen und von Mitgliedern des „Wahlvereins für Stadt und Land“, unter ihnen Dr. Liedtke, geleitet wurde, sprach der freisinnige Volksparteiler und Generalsekretär des Reichsverbandes Schaper und erregte bei den anwesenden Bündlern großes Wohlgefallen durch agrarfreundliche Erklärungen wie die, daß das Koalitionsrecht der Landarbeiter undenkbar sei mit der Sicherung der Volksernährung und dem Gedeihen der nationalen Landwirtschaft!

Die Seelenverwandtschaft der freisinnigen Kleinbürger mit den agrarischen Bauern und antisemitischen Mittelständlern hat aber noch tiefere als bloß taktische Gründe. So unglaublich es klingt, es ist doch wahr: Die Flensburger Freisinnigen sind leichter für einen antisemitisch-mittelständlerischen Kandidaten vollzählig an die Wahlurne zu bringen als für einen Nationalliberalen! Auf die allgemeinen ökonomischen Gründe dieser Erscheinung, den gemeinsamen Haß gegen die sozialistische Arbeiterschaft, die Furcht und den Reid andererseits gegen die nationalliberale Großbourgeoisie, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Für Schleswig-Holstein und Flensburg kommen noch besondere Ursachen hinzu. Es besteht nämlich in Schleswig-Holstein eine besonders intensive traditionelle Rivalität und Verärgerung zwischen den Nationalliberalen und dem auf die Klasse der kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden genüßten Freisinn. In Flensburg kommen Ursachen hinzu, die in der Person des bisherigen nationalliberalen Landtagsabgeordneten, des Professors Wetger, liegen. Dieser ist nämlich den freisinnigen, vom Kollonier beherrschten, politisch bornierten und unwissenden Kleinbürgern Flensburgs noch zu liberal!

Zur Illustration diene u. a. folgendes: In der Flensburger Stadtverordnetenversammlung beantragte der Magistrat die Einführung der Wertzuwachssteuer. Der Antrag wurde mehrere Male, ehe er mit einer Stimme Majorität durchging, zu Fall gebracht durch die freisinnigen Hausbesitzer in der Versammlung, während Professor Wetger für ihn eintrat. Ferner: als es sich um den Bau einer neuen Schule handelte, wünschten die Freisinnigen eine zweite Realschule, um durch Zuschüsse der Stadt den Söhnen des Mittelstandes eine höhere Schulbildung billig zu verschaffen, während sich Wetger gegen die Schaffung einer neuen Standeschule zwischen Oberrealschule und Volksschule wendete und für Vermehrung und Hebung der Volksschulen plädierte, als Grundlage einer späteren Einheitschule.

Die Flensburger „Freisinnigen“ haben überhaupt stets den borniertesten Kleinbürgerstandpunkt vertreten. Früher beherrschten sie unter Führung des Stadtverordnetenvorstehers Bruhn die städtische Vertretung völlig. Zur Kennzeichnung dieses echt freisinnigen Herrn diene folgendes: Obwohl er auf Grund seiner Informationen über einen geplanten Straßendurchbruch glänzende Grundstücksgeschäfte auf Kosten des Stadtdadels gemacht hatte, mußte dennoch wegen umfangreicher Steuerhinterziehungen Anklage gegen ihn erhoben werden, die zur Verurteilung führte. Seine kulturellen Anschauungen beleuchtet u. a. sein Widerspruch gegen die Errichtung einer neuen städtischen Badeanstalt, wobei er die köstliche Begründung riskierte: zu seiner Jugendzeit habe man sich weniger gebadet als jetzt und sei doch gesund geblieben. Freisinnige Stadtväter dieser Art, völlig beherrscht von engstgezigten Privatinteressen, haben seit Jahrzehnten die finanziellen und kommerziellen Interessen der Stadt vernachlässigt durch ihre kurzfristige, in halben Maßnahmen stecken bleibende, mechanische Sparflehnpolitik, ganz à la Eugen Richter's kleinlicher Abstrichpolitik. Dadurch ist es so weit gekommen, daß unter anderem Flensburgs Hafenerkehr stetig zurückgegangen ist, weil seine Hafeneinrichtungen zurückgeblieben sind selbst hinter denen benachbarter viel kleinerer Orte. Um diese früheren Versäumnisse zum Teil auszugleichen, sind jetzt, nach einem Personalwechsel des Magistrats, verhältnismäßig große Ausgaben in kurzer Zeit an die Stadt herangekommen, was zu einer Erhöhung der Kommunalsteuern auf 25 Prozent geführt hat. Dieser Umstand verschärft natürlich die Wut der Besitzenden und die Furcht vor den Ansprüchen des Proletariats. Die reichsten Bürger entziehen sich freilich in stets wachsender Zahl den hohen Kommunalsteuern durch Verlegung ihres Wohnsitzes nach dem nahen Vadeort Glücksburg.

Ein sehr wirksames Mittel, die Steuererträge ohne weitere Erhöhung des Steuerfußes zu vermehren, hat man im letzten Jahre angewendet, indem man bei der Arbeiterschaft die Steuerhölzer so scharf wie möglich angezogen hat!

Es verrät das böse Gewissen des Flensburger Bürgertums, daß man durch terroristische Saalabtreiberei die sozialdemokratischen Arbeiter zu hindern sucht, sich zu wehren und die Wirtschaft des brutalen Klassen- und Cliquenegoismus öffentlich zu brandmarken. Unseren Genossen steht außer einer an der Stadtgrenze gelegenen Wanderherberge kein Lokal zur Verfügung, so daß sich die Parteibewegung in Flensburg größtenteils sozusagen unter der Wasserdecke abspielt. Dieser mit so perfiden Mitteln arbeitende liberale Terrorismus wird von dem „freisinnigen“ Bürgertum eifrig unterstützt.

Daß eine Vertretung der Volksinteressen von dem nun gewählten „liberalen“ Agrarierkandidaten Duus im Junkerparlament in keiner Weise erwartet werden darf, ist ja an sich selbstverständlich. Für seine Auffassung von den Pflichten eines Volksvertreters dürfte aber doch folgendes Vorwissen bezeichnend sein: Die Flensburger Polizei hatte durch ein taktloses Vorgehen gegen den hochpatriotischen „Gesangverein“ auch bei den gutgesumten Spießern allgemeines Vergernis erregt, zu dessen Mundstück sich Dr. Duus im Stadtparlament machte. Obwohl Duus nur eine schüchterne Anfrage über die Gründe des Vorgehens der Polizei stellte, wurde doch die Beantwortung von dem Oberbürgermeister schroff abgelehnt mit der Begründung, daß die Handlungen der Polizeiverwaltung nicht Gegenstand von öffentlichen Erörterungen der Stadtverordneten sein dürften, weil ihnen kein Disziplinarrecht zustehe; nur zu privaten Auskünften sei die Polizeiverwaltung bereit. Mit dieser dreisten Erklärung gab liberale Herr Duus zufrieden und trat mit einigen schuldigen einen kläglichen Rückzug an.

Dieser grandiose Politiker, der jahrzehntelange Drachfallskandidat der Flensburger Freisinnigen, ist freilich nun endlich an das Ziel seiner Eitelkeit gelangt und hat sich ein Mandat erschluden. Aber die Remise wird nicht ausbleiben: Die nächste Reichstagswahl wird voraussichtlich zeigen, daß die Freisinnigen auch bei diesem Schacher die betrogenen Veträger sind und daß die Konservativen als die Schläneren das bessere Geschäft dabei machen. Dr. Flensburger Freisinn wird diesen Schlag, diesen Pyrrhussieg nicht verwinden; er wird wieder einen großen Teil seiner bisherigen Anhänger an die Sozialdemokratie verlieren, und seine Reste werden unter der Masse des reaktionären Bürgertums verschwinden. Die Haltung des Flensburger Freisinn kann als typisch gelten: Die Freisinnigen unterscheiden sich von den übrigen Reaktionen nicht politisch, sondern moralisch, nämlich durch größere Verjüdelung.

Stimmungsmache.

Sensationelle Wendung im Prozeß Eulenburg.
 Die „Allgemeine Berliner Korrespondenz“ erzählt aus authentischer Quelle, daß die bisherigen Verhandlungen in dem Reineidsprozeß gegen den Fürsten Eulenburg auch nicht das geringste beweiskräftige Belastungsmaterial ergeben haben. Durch die Aussage einiger Zeugen haben sich gewisse Vorgänge, die in der Untersuchung als homofogete, wenn auch nicht u. r. den § 175 fallende Betätigungen des Fürsten aufgekl. wurden, als vollkommen harmlose Akte einer herablassenden Vertraulichkeit Eulenburgs gegenüber Personen in wackender Stellung herausgestellt. So ergab die Vernehmung eines Zeugen, daß der Fürst einem beim Speisen verbierenden früheren Soldaten, indem er ihn freundschaftlich mit der Hand anstieß, wie eben hochstehende Personen die Leute aus ihrer dienenden Umgebung zuweilen anzusprechen pflegen, ungeführt mit den Worten apostrophierte: „Na, strammer Junge, wo hast Du denn gebiert?“ — Auch die Legate des Baron Rothschild haben durch die Zeugenaussage seines Bruders eine natürliche und unauffällige Klärung gefunden. Vor allem aber macht der Fürst selbst durch seine ruhigen sachlichen Angaben und die geradezu geistvollen Aufklärungen, die er für alle etwas zweifelhaften Vorgänge gibt, bisher einen so ausgezeichneten, ja geradezu vertrauensverweckenden Eindruck auf die Geschworenen, daß bereits jetzt, selbst wenn der Zeuge Ernst nicht umfallen sollte, mit der Möglichkeit eines Freispruches gerechnet werden kann.

Die hier wiedergegebene Notiz ist gestern der Presse zugegangen. Sie zeigt, wie der Ausschluß der Öffentlichkeit beziehungsweise der Presse von interessierter Seite ausgenutzt wird, um im Trüben zu fischen und die Geschworenen zu beeinflussen. Die Sache ist freilich so außerordentlich plump, daß sie ihren Zweck sicherlich verfehlt wird. Man könnte daher fast auf den Gedanken kommen, daß Feinde des Liebenbergers dahinter stehen, die ihn auf raffinierte Weise zu diskreditieren suchen.

In der Donnerstagssitzung des Prozesses hat der Zeuge Stanhope, Berliner Korrespondent des „New York Herald“, die Leistung der Eidesformel verweigert. Er erklärte, er glaube nicht, daß es ganz bestimmt ist, daß Gott allmächtig ist. Das Gericht beschloß darauf, auf das Zeugnis Stanhopes zu verzichten, da eine unbeschworene Aussage nicht zulässig sei. Herr Stanhope sollte Auskunft darüber geben, ob er in Wien gehört habe, daß man sich im dortigen Jockeyklub von Eulenburg und Wolke ferngehalten, weil ihr überaus zärtliches Verhalten zueinander allgemeine Mißbilligung gefunden habe.

Ueber Soldatenmißhandlungen

veröffentlicht der ehemalige Oberst Gädte im „Berliner Tageblatt“ einen lebenswerten Artikel. Er nennt es pharisäische Euchelei, auf den Antimilitarismus loszuschlagen, da dieser seinen Ursprung doch nur in den Mißständen unseres Militarismus selbst habe, in dem System der Soldatenmißhandlungen. Es sei möglich, daß früher mehr geschlagen worden sei als heute, aber man müsse berücksichtigen, daß heute das militärische Präzedenzsystem mit viel größerer Empörung empfunden wird als früher. Dem Wandel der Zeiten, dem Empfinden des Volkes und der öffentlichen Meinung sei man im preussischen Heere leider nicht gefolgt. Man sei im starren Konservatismus stecken geblieben, und der Geist der militärischen Erziehung stelle sich vielfach fremd, ja feindselig dem gegenüber, der sich in den breiten Schichten des Volkes mehr siegreich durchringe. So sei zum guten Teil der

militarismus nur das Ergebnis des preussischen Militarismus.

Gädle führt weiter aus, daß ausgesprochene und bekannte Antimilitaristen und überzeugte Sozialdemokraten vor Mißhandlungen ad Verurteilungen verhältnismäßig am allergeringsten seien.

Man wird sie sorgfältig beobachten, ihnen im Dienste nichts schenken, sie bei Ausschreitungen mit der vollen Wucht des Gesetzes treffen: man wird sie aber unter keinen Umständen schlagen, sie auch nicht böswillig schikanieren. Denn diese Leute lassen sich das nicht jahrelang ruhig gefallen, sie beschwerten sich sofort und wissen auch Mittel und Wege, jeden Mißbrauch der Dienstgewalt ihnen gegenüber vor die Öffentlichkeit zu bringen. Auch der roheste Unteroffizier hält sich schwer, sich ihnen gegenüber etwas zu verbergen. Nebenbei gesagt gehören diese Leute im allgemeinen zu den intelligenteren Soldaten, denen der Dienst leicht wird, und die rasch lernen, ihn sich noch leichter zu machen.

Dem kulturwidrigen preussischen Militarismus stellt Gädle dann folgende Stelle der schweizer Verordnung gegenüber:

„Die Armee ist das Werkzeug zum Schutze der Selbständigkeit und Unabhängigkeit eines Volkes und Staates. Sie wird versagen, wenn sie ihre Wurzeln nicht im Volke hat. Aus ihm zieht ihre Kraft und ihre innerer Halt; in seinem Vertrauen und in seiner Liebe findet sie den Ansporn zu höchster Leistung und die Genugtuung für ihre Hingabe, für ihre Opfer und für ihre Leiden. Volk und Armee müssen eins und einzig sein, wenn sie die Probe des Krieges erfolgreich bestehen sollen.

Wer seine Truppen erziehen will, muß sie lieben und ehren. Das Ziel der soldatischen Erziehung ist Entzweiung männlichen Wesens, der echte Soldatengeist, der Mühsale gleichmäßig erträgt, dem gewissenhafte Pflichterfüllung in allen Lagen selbstverständlich ist, und dessen Willensenergie durch Hindernisse und Gefahren nur gehäht und gestärkt wird, ist nichts als die höchste Potenz von Männlichkeit. Männlichkeit läßt sich nie erziehen durch Vorgesetzte, welche das Recht der Persönlichkeit des Untergebenen mißachten, und welche Ehre und Selbstgefühl als etwas betrachten, um das man sich nicht zu kümmern braucht. Man vergesse nicht, daß je höher der einzelne in der Kultur und im Intellekt steht, und je mehr er deshalb die Notwendigkeit militärischer Disziplin empfindet, desto höher seine Empfindlichkeit gegen mißbräuchliche Behandlung ist. Der intellektuell hochstehende Wehrpflichtige begreift die Notwendigkeit der Subordination, er ist mit ihr sich zu fügen und wird daher rasch zum Soldaten. In er aber Gewaltmißbrauch des Vorgesetzten erleben muß, verschwindet die Bereitwilligkeit und mit ihr die Zuverlässigkeit; er wird wie die Soldner alter Zeiten nur den Straßobeg in Subordination gehalten, die Dienstpflicht ist verschwunden, und an ihre Stelle tritt beim Bürger die Militäreindlichkeit.“

So lange man in Deutschland noch auf dem absolutistischen, volksfeindlichen Standpunkt steht, daß das Heer nicht nur gegen den äußeren, sondern auch gegen den „inneren Feind“ da sei, wird man sich hüten, die schweizerischen Auffassungen über die militärische Erziehung zu den eigenen zu machen. Daß aber unser militärischer Geist ein so vorläufiglich rückständiger, volks- und kulturfeindlicher ist, daran trägt auch unser liberales Bürgertum einen erheblichen Teil: der Schuld! Am 10. Januar bei der Wahlrechtsdebatte selbst die äußersten bürgerlichen Linken nicht das geringste dagegen einzuwenden hatten, daß die Truppen in den Kernen mit scharfen Patronen ausgerüstet, bereit gehalten wurden, gegen feindliche Straßendemonstranten vorzugehen, so kann man nicht wundern, daß unsere Junker ihren Standpunkt nicht angeben wollen!

Behördlicher Terrorismus.

Das „Tageblatt für Vorpommern“, ein bürgerliches Organ, schreibt:

„Zur Stelle.“

„Ich rufe alle Parteien zum Zungen auf, wer bei den Wahlen Terrorismus geübt hat.“ — So der Minister v. Rheinbaben im preussischen Abgeordnetenhaus gegenüber dem sozialdemokratischen Abgeordneten Ströbel.

Wir melden uns zur Stelle. Wir wollen sagen!

Aber nicht nur über den Terrorismus bei den Wahlen, sondern über den Terrorismus schlechthin. Und dabei wollen wir uns für heute auch noch beschränken: auf amtlichen und halbamtlichen Terrorismus. Auf Fälle, wo die wirtschaftliche Schädigung im politischen Kampfe von einer Stelle ausgeht, bei der man nicht untersuchen kann, wo der Beamte aufhört und wo der politische Agitator anfängt, oder gar, wo diese Frage überhaupt ausbleibt, wo Hipp und Har feststeht, daß es der Beamte mit der vollen Fülle desjenigen Teils von Staatsmacht ist, den zu verkörpern und zu veretern sein Recht und seine Pflicht.

Aufgerufen von so hoher Stelle, wollen und können wir uns der bürgerlichen Pflicht, Zeugnis abzulegen, nicht entziehen. So möge denn Herr v. Rheinbaben erfahren: Es gibt in Preußen eine Provinz, Pommern. Es gibt in Pommern einen Kreis, Grimmen. In diesem preussischen Kreise Grimmen folgt seit sechs Jahren ein Fall dem anderen, der der Öffentlichkeit, darunter auch uns, Gelegenheit gegeben hat, Klagen zu führen, daß der königliche Landrat dieses Kreises, der Freiherr v. Maljahn, das Mittel wirtschaftlicher Schädigung von Kreisdeputierten im politischen Kampfe fortgesetzt anwendet. Spezialität: Schädigung von Gastwirten. — Der Herr Minister braucht nur einmal unter den Linden anzufragen, bei seinem Kollegen vom Inneren. Dort ist alles da. Man weiß dort ganz genau Bescheid. Man ist dort über jeden Einzelfall bis auf den letzten unterrichtet. Wir meinen den Fall des Gastwirts Rehis in Grimmen, von dem an dieser Stelle und auch in der großstädtischen Fachpresse vor Monaten unwiderprochen behauptet worden ist, er sei von den Knechten des Oberpräsidenten der Provinz hohelottiert, weil er dem Wunsche des landräthlichen Sohnes nicht nachkam, den Grimmen Gewerkschaften sein Lokal zu versagen. Und dort wird der Herr Minister auch erfahren, was die höchstverordnete Behörde gegen diese Kampfmethode des dienluntermehrenden Landrats bisher unternommen hat: Nichts! Für die Öffentlichkeit rein nichts! Man hat es sich gefallen lassen, daß an dieser Stelle ein Fall nach dem anderen sechs Jahre hindurch höher gehängt wurde, ohne daß man der Bevölkerung des Kreises auch nur das leiseste Anzeichen zu geben für nötig hielt, daß man eine derartige Agitationstheorie des vom Kreise bezahlten Landrats nicht wünsche. . . .

Sobiel für heute zur Auffrischung des Gedächtnisses. Man wird dieses Blatt der „Norddeutschen Allgemeinen“ zuwenden, dem offiziellen Sprachrohr der Regierung, in der sicheren Voraussetzung, daß, wenn an jener Stelle wieder einmal vom „sozialen Kannibalismus“ gesprochen werden sollte, bestimmt auch eine ganze eingeleitet werden wird für die Gastwirte, sonstige Gewerbetreibende, und vielleicht auch für Privatpersonen im Kreise Grimmen, die das Gefühl haben, mehr oder minder erheblich unter sozialem Kannibalismus gelitten zu haben, aber nicht durch die Sozialdemokratie.

Verbringung ausfälligen Zeugnismaterials vorbehalten! zu werden uns nie und nimmer der Zeugnispflicht entziehen.“

Das „Tageblatt für Vorpommern“ würde Verdienst erwerben, wenn es das Beweismaterial für

seine Behauptungen nicht nur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und den Herren Ministern, sondern auch der Öffentlichkeit unterbreiten wollte!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Juli 1908.

Freisinn und indirekte Steuern.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ hat man sich in einer unter dem Vorsitz des Schatzsekretärs Endow abgehaltenen Besprechung der Finanzminister der Bundesstaaten über die Grundlagen der Reichsfinanzreform und die ihr zugrunde liegenden neuen Steuerprojekte ohne Schwierigkeit verständigt. Die neuen Steuergeheimnisse werden demnach im Bundesrat auf keine Schwierigkeiten mehr stoßen. Wenn der Reichstag am 2. November zusammentrete, werde er die Reichsfinanzreform als Vorlage der verbündeten Regierung vorfinden.

Auch mit Parlamentariern der ausgleichenden Parteien des Reichstages sind nach der „Frankfurter Zeitung“ bereits vertrauliche Verhandlungen über die Finanzreform gepflogen worden. „Es sei erreicht worden, daß die Führer „so ziemlich aller Parteien“ die Notwendigkeit anerkannt hätten, Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen und zu diesem Zwecke neue Anleihen von mehreren Hundert Millionen zu bewilligen!

Danach ist unzweifelhaft, daß die Reichsfinanzreform zunächst in einem kolossalen neuen Pump und neuen indirekten Steuern von kolossaler Höhe bestehen wird! Denn gerade gegen die Einführung direkter Reichssteuern haben sich ja die Finanzminister der Bundesstaaten bekanntlich mit größter Entschiedenheit ausgesprochen. Der Geldsack soll wiederum gesöhnt, dagegen die nichtbesitzende Klasse durch neue indirekte Steuern, in erster Linie eine Tabak-, Bier- und Branntweinsteuer, unarmherzig geschröpft werden!

Bezeichnend für die Haltung der Konservativen und die Zämmlichkeit der führenden Freisinnigen ist eine Auslassung der „Kreuzzeitung“. Die „Weserzeitung“ hatte als Voraussetzung der freisinnigen Welferdienste bei dieser reaktionären, die Massen von neuem unerhört ausplündernden „Finanzreform“ die Beseitigung der Branntwein-Liebesgabe gefordert. Sie wird dafür von der „Kreuzzeitung“ mit beifühendem Hohn übergoßen. Dagegen erhält die „Freisinnige Zeitung“ das Lob des ehemaligen Hammeriteinblattes! Sabe doch die „Freisinnige Zeitung“ schon früher erklärt, daß in der Hauptsache auf indirekte Abgaben zurückgegriffen werden müsse. Und wenn die „Freisinnige Zeitung“ erklärt habe, daß sie alle Steuerfragen wohlwollend prüfen werde, „unbekümmert um das Geschrei von Rabaukpolitikern in unverantwortlicher Stellung, die bei jeder Gelegenheit das Wort demokratisch unnützlich im Munde führen, ohne von dem Wesen der Demokratie mehr als den Namen zu kennen“, so passe diese Zurückweisung nicht nur auf die Herren Vorh und Gerlach, sondern auch auf die „Weserzeitung“!

Sollte der Freisinn wirklich bereit sein, sich durch sein Verhalten bei der Beratung des unter dem Namen der Finanzreform geplanten Attentats auf die Taschen der nichtbesitzenden Klasse dauernd das Lob der agrarischen Hochbeherrscher zu verdienen, so kann er je eher je besser sein Testament machen!

Das offizielle Freisinnbekenntnis zum Terror!

Das Wahlkomitee der Freisinnigen Volkspartei für den 12. Berliner Landtagswahlkreis und der Vorstand des Freisinnigen Vereins Noabit haben in ihrer gestrigen gemeinschaftlichen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

„Gegenüber den Angriffen, die der „Vorwärts“ gegen einen Artikel gerichtet hat, den Herr Schriftsteller Schöler im „Noabiter Bezirksblatt“ vom 27. Juni d. J. — das Resultat unserer Landtagswahl vom 23. Juni betreffend — veröffentlicht hat, erklären wir: Der Artikel enthält die ebenso zulässige wie notwendige öffentliche Feststellung, daß diejenigen bürgerlichen Wahlmänner, die sich ohne zwingende Gründe an der Stichwahl am 23. Juni nicht beteiligt und dadurch den Wahlsieg der Sozialdemokratie herbeigeführt haben, sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht haben. Wenn der „Vorwärts“ hierin einen Akt des Terrorismus und der Vohlottausübung zu erblicken vorgibt, so ist das eine haltlose Verdächtigung, deren Zweck hinreichend durchsichtig ist.“

Was die „haltlose Verdächtigung“ des „Vorwärts“ anlangt, daß die Proskriptionsliste des Schöler tatsächlich die brutalste, offenste Vohlott- und Terroraufforderung darstellt, so genügt es, folgende Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“ vom Freitag abend wiederzugeben:

„Die Feststellung, daß die betreffenden Wahlmänner sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig gemacht haben, ist allerdings in keiner Weise zu beanstanden. Ob es zu einer Feststellung — oder besser wohl Erklärung — nötig war, Namen und Wohnung der einzelnen Wahlmänner, die sich dieser Pflichtverletzung schuldig machten, der Öffentlichkeit mitzuteilen, das ist eine andere Frage.“

Jetzt mag der Freisinn noch von sozialdemokratischem Terror Schwätzen!

Vom „gleichen“ Recht.

Einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ zufolge hat die Staatsanwaltschaft in Essen den Strafantrag des Reichstagsabgeordneten Behrens gegen den neuen Zechenverband wegen des Schwarzlisten-Systems abgelehnt mit der Begründung, daß irgendein ungeschickliches, unter Strafe gestelltes Vergehen nicht in Frage komme und daß das Vorgehen des Zechenverbandes oder seiner Geschäftsführung keine Zuwiderhandlung gegen die §§ 240 oder 263 oder 153 der Gewerbeordnung abgebe.

Arbeiter, die Unternehmern einen Streik der Arbeiter oder das Verhängen der Sperre in Aussicht gestellt haben, sind wegen „Erpressungsversuch“ angeklagt und verurteilt worden. Hier aber, wo Unternehmer als Täter in Frage kommen, findet die „objektive Behörde der Welt“ keinen Haften zum Zupacken.

Wie Jordan v. Kröcher gewählt wurde.

Dem „Kreuzblatt für Halle“ wurde darüber geschrieben: „Es dürfte Sie interessieren, wie die Wahl des langjährigen Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, Herrn v. Kröcher, und die des Herrn v. Daber in dem Wahlkreis Gardelegen-Salzwedel zustande gekommen ist. Ich fragte am 3. Juni, dem Wahltage, mehrere bekannte Wauerer, ob sie denn nicht zur Wahl gingen. Darauf wurde mir die verblüffende Antwort: „Ach, da geht wir nicht hin, da schicken wir immer den Säulgen, der wählt für die ganze Gemeinde.“ Auf meine erstaunte Frage: „Ja, aber es sind doch drei Klassen?“ wurde mir die Auskunft erteilt, es wählen immer drei Dorfer zusammen, da gehen dann die drei Ortschulzen

nach dem Wahlort, setzen ein Protokoll auf, daß jeder von ihnen eine Klasse als Wahlmann vertritt. Diese drei sich einstimmig wählenden Dorfpastoras gehen dann am Wahltage nach Salzwedel und wählen die eingangs genannten hocheligen „Wahlvertreter“.

Ich hatte erst angenommen, das geschähe bloß hier, in der Nähe von Bintelberg, dem Stammsitz derer v. Kröcher, es wurde mir aber berichtet, daß auf diese Art in der weiteren Umgebung die Wahlmänner gewählt würden. Auch konnte ich mich in der Tat Pfingsten davon überzeugen, daß diese Art zu wählen noch nicht mal die schlimmste war. Ich fuhr am ersten Feiertag nach meinem Geburtsort, welcher an der Braunschweiger Grenze liegt, in der Nähe der Wolfshagen, dem Stammsitz der Grafen von der Schulenburg, während die eingangs erwähnten Orte an den Stendaler Weisengrenzen, also gerade entgegengesetzt von Gardelegen liegen. Begehrlicher Weise war ich gespannt, auf welche Art denn hier gewählt worden war. Ich fragte auch hier mehrere Großbauern, frühere Schulkollegen von mir. „Na, wie ist denn die Wahl hier abgelaufen?“ „Was denn vorne Wahl? Bei wetten von nicht, unah hat der Graf keine Stimmzettel schickt, da kommt doch auf sich wählen!“ Da bin ich dann vor Lachen bald umgefallen; ich habe dann meinen lieben Schulfreunden fastkräftig erwidert: „Na, hör mal, von den Städtern wird öfter gesagt: „Die dummen Bauern“, bei Euch trifft es tatsächlich zu, Ihr wartet ja früher schon nicht sehr helle, aber jetzt seid Ihr ja noch dümmer, wie es die Polizei erlaubt!“ Am zweiten Feiertag habe ich dann den Ortschulzen aufgesucht, auch einen Schulkollegen von mir, ich habe mit ihm über die Weisengrenzenbesprechung seiner Dorfgemeinden gesprochen. „Ja“, sagte er, „denen ist am wohlsten, wenn sie keiner stört. Da habe ich gar nicht erst was gesagt und bin allein hingegangen zur Wahl.“ Es scheint demnach, als wenn am Wahltage, den 16. Juni, eine große öffentliche Schulgenversammlung in Salzwedel getagt hat. Das wird aber den preussischen „Wahlvertreter“, Herrn v. Kröcher, gewiß nicht abhalten, wieder den Präsidentenstuhl einzunehmen.

Unser Gollenser Parteiblatt bemerkt dazu: Wir kennen die Verhältnisse in der Altmark aus eigener Erfahrung und können nur bestätigen, daß der Schreiber obiger Zeilen die altmärkischen Zustände richtig gekennzeichnet hat.“

Bürgermeister und Polizist.

Die Führer der bürgerlichen Parteien in Biersen hatten sich in einer Weise insuliert, im erlesenen Sauerbenton, daß sich das Gericht mit der „Herstellung der Ehre“ dieser Leute befassen mußte. Zwei Tage lang wurde am Krefelder Schöffengericht die schmutzige Wäsche gewaschen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Tätigkeit des Biersener Bürgermeisters etwas näher beleuchtet. Festgestellt wurde, daß der Bürgermeister eine polizeiliche Anzeige gegen vier Bourgeoisproprlinge, die standalliert, Beamten beleidigt, mißhandelt und Widerstand geleistet hatten, nicht weiter gegeben hatte. Eines Nachts hatten die vier Leute furchtbaren Lärm verursacht, und als sie von drei Beamten zur Ruhe ermahnt wurden, diese beleidigt und einen derselben schwer mißhandelt. Ihrer Verhaftung hatten sie starken Widerstand entgegengesetzt. Der Bürgermeister legte die Anzeige der Polizeibeamten ad acta und bedachte die Bourgeois mit einem Strafmandat in Höhe von 20 M. wegen „groben Unfugs“. Als die Polizeibeamten das nach längerer Zeit erfuhr, verlangten sie die Weitergabe der Anzeige an den Staatsanwalt. Der Bürgermeister erklärte kurz und bündig, die Sache sei erledigt, und als der Mißhandelte auf einer Weitergabe bestand, weil er Schadenersatzansprüche geltend machen wollte, wurde ihm bedeutet, er solle noch im Probendienst und würde entlassen werden, wenn er nicht Ruhe halte. Ruhe ließ dieser Beamte trotzdem nicht; er ward noch einmal vorstellig, und als der Bürgermeister ihm erklärte, er solle sich des Schadenersatzes wegen (der Polizist hatte ein Gehörleiden bei dem Renkontre davongetragen) an die jungen Leute wenden, erstattete er selbst beim Staatsanwalt Anzeige. Es erfolgte die Verstrafung der Bourgeois zu mehreren hundert Mark; der Polizist wurde aber tatsächlich entlassen! Er strengte jetzt eine Klage gegen die Verstrafte an, sich einen Anspruch gegen die Stadt vorbehaltend, doch wurde er in der ersten Instanz schon abgewiesen, weil nach so langer Zeit nicht mehr zu konstatieren sei, daß das Gehörleiden von der Mißhandlung herrühre.

Der Mann wandte sich jetzt an die Stadtverwaltung um Unterstützung und die Stadtverordneten bewilligten ein Darlehen von 200 M. Doch zahlte der Bürgermeister es nicht aus, weil der frühere Polizist sich weigerte, eine Erklärung zu unterschreiben, nach welcher er einem gewissen Stadtverordneten, einem entschiedenen Gegner des Stadtoberhauptes, keinerlei Mitteilung über die Auslegung gemacht habe.

Kun zeigten der Polizist und auch der Stadtverordnete den Bürgermeister wegen Nötigung und Mißbrauchs der Amtsgewalt an. Gleichzeitig wurde das Einschreiten des Regierungspräsidenten verlangt. Während der Staatsanwalt noch eine Untersuchung anordnete, wurde vom Regierungspräsidenten die Beschwerde verworfen. Die Strafkammer in Krefeld lehnte die Eröffnung des Hauptverfahrens ab mit der Begründung: Objektiv habe sich der Bürgermeister gegen § 346 des Strafgesetzbuchs vergangen, denn er habe die jungen Leute ihrem ordentlichen Richter entzogen, aber subjektiv fehlte ihm das Bewußtsein der strafbaren Handlung. Der Bürgermeister gab nämlich an, daß er bei Anzeigen gegen Leute, die in der Trunkenheit solche Exzesse machen, stets so verfähre.

Daß dieses nicht der Fall ist, läßt sich durch eine Gerichtsverhandlung feststellen. Eine Anzahl junger Arbeiter hatte Pfingstmontag einen Ausflug nach Biersen gemacht und nachher in etwas gehobener Stimmung ein Liedchen gesungen, und zwar nur in einigen Worten. Auf die Anzeige des Biersener Bürgermeisters hin waren die jungen Leute vom Schöffengericht zu ganz hohen Strafen verurteilt worden! Dieses Urteil wurde nachher von der Strafkammer in Krefeld aufgehoben, doch beweist diese Verhandlung, daß der Bürgermeister auch anders kann, allerdings handelt es sich ja um Arbeiter!

Ob die Staatsanwaltschaft jetzt noch den eidlichen Bekundungen des Polizisten, die von mehreren Zeugen unterstützt und von dem Bürgermeister nicht entkräftet werden konnten, noch einmal Stellung zu der Sache nehmen wird, bleibt abzuwarten.

Ein Peters-Bögling.

Im „Tag“ macht ein gewisser Paul Leutwein (nicht zu verwechseln mit dem ehemaligen Gouverneur von Schwedland dem Generalmajor Theodor v. Leutwein) Ausführungen im St und im Geiste des Peters, die niedriger gehängt zu werden verdienen. Er bezieht sich auf einen Bericht der „Täglichen Rundschau“ wonach bei der Verdringung eines Schützengruppenoldaten „Schwarz Gefindel“ an dem Kirchhofgatter den Gang der Verdringung in einer Weise gestört haben soll, welche die Kameraden in Toten mit Jörn und Empörung erfüllte.“ Herr Paul Leutwein merkt dazu:

„Was weiter geschah, wird nicht gemeldet. Vielleicht nicht, indem man den Schwarzen ihre eigene Dummheit, die ihnen bei jeder Gelegenheit ein böses Grinsen entlockt, zu gute hielt. Vielleicht brachte man die Sache zur Anzeige und wurden nach längerer Untersuchung einige Dumme verhaftet und an Stelle der Räublerführer, die jene natürlich hochgehoben hatten, mit einer lächerlichen Bestrafung bedacht. Das einzig Richtige in diesem Falle, das sofortige

Auseinandertreiben der Bande mit blauer Waffe, wurde wahr- scheinlich unterlassen, so sehr wohl die Schuttruppe dazu Lust gehabt haben mögen. Nirgends in Südwestafrika wird ja so streng darauf geachtet, daß kein Weiber eine eigenmächtige Bestrafung Eingeborener vornimmt, wie gerade in Windhof. Kein Verständiger wird verlangen, daß den Weibern das Recht körperlicher Züchtigung Eingeborener zuerkannt wird, aber die Schuttruppe müßte wenigstens berechtigt sein, gegen Aufbegehler und Demonstranten mit blauer Waffe vorzugehen. Wenn die Schwarzen wüßten, daß sie bei solchen Gelegenheiten stets mit flacher Klinge eins über die Wollköpfe belämen — selbst bei scharfen Tadeln könnten hierbei niemals edle Körpertheile verletzt werden —, dann würde ihnen die Lust zu lämmelhaftem Zusammenrotten bald vergehen.

Herr Paul Leutwein ist offenbar durch die Verherrlichung, die der Peters in den Kreisen unserer Kolonialtreiber gefunden hat, zu seinem Geistesheil provoziert worden. Ist denn keine Stelle im Kolonialdienst für diesen Peters-Jüngling frei? —

Bayerns Kultusministerium auf der Lehrerjagd.

Der Bezirkslehrerberein Würzburg-Stadt I hatte kürzlich folgende Resolution gefaßt:

Die Eröffnung des Disziplinarverfahrens gegen den Lehrer Wehl hat unser lebhaftestes Befremden erregt, weil auch uns, wie jedem anderen Staatsbürger, das Recht der freien Meinungsäußerung verfassungsmäßig garantiert ist. Wir protestieren gegen jeden Versuch, uns dieses verfassungsmäßig gewährleistete Recht beschränken zu wollen.

Die Antwort des Kultusministeriums auf das Befremden und den Protest der Würzburger Lehrer ist — das Disziplinarverfahren. An Schnelligkeit fehlt's also nicht.

Schmiergeld.

Die „Münchener Post“ schreibt: „Den eigenen Begriff von Ehre und Anstand auf andere übertragend, hat der Aufsichtsrat der Maschinenfabrik Augsburg ein neues Mittel ausfindig gemacht, um das Koalitionsrecht der Beamten dieser Maschinenfabrik zu untergraben. In seiner letzten Sitzung faßte er nämlich, wie die „Augsburger Postzeitung“ mitteilt, den Beschluß, jedem kaufmännischen Beamten, der aus seiner Organisation austritt, ein „Geschenk“ in Höhe von 500 M. zu überweisen. „Das Mittelstück“ so berichtet das genannte Blatt, „hat bereits gewirkt. Wie man sich sogar im Stockhausleier öffentlich erzählte, haben bereits mehrere Beamte ihr Koalitionsrecht verkauft und das Gnadengeschenk in Empfang genommen.“

Warum auch nicht? Der honorirte Kapitalismus hält ehemalige Minister aus, damit sie mit ihrem im Staatsdienste erworbenen Kenntnissen ihm dienen, erorgt hohen und höchsten Personen Geld, damit sie den Mehrwert häufen helfen — warum soll er, dessen Herz doch die Käuflichkeit ist, nicht armen Angestellten ihr Ehrgefühl abkaufen?

Ein wie armseliger Stümper war doch der selbige Judas gegenüber diesen mit Orden und Titeln bedachten Repräsentanten des Großkapitals.

Wiederum eine geborrnene Reichsverbandsfäule.

In Darmstadt besteht seit einigen Jahren eine Ortsgruppe des Reichsbüroverbandes. Der Vorsitzende war ein Dr. Zimmer, Betriebsleiter der Firma G. Merz. Seit einigen Tagen ist dieser währende Sozialistenstreifer aus Darmstadt verschwunden. Es hat sich herausgestellt, daß er die Arbeiter seiner Abteilung, die er menschenunwürdig zu behandeln pflegte — er konnte es, da die Arbeiter dieses Betriebes die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt hatten —, systematisch betrogen hat. Er hat ihnen regelmäßig einen Teil des ihm zur Auszahlung eingehändigten Lohnes unterschlagen und ihn für sich verwendet. Acht Jahre lang hat er's so getrieben und dabei jährlich rund 8000 M. verbienet.

Der Mann wachte, weshalb die Sozialdemokraten vernichtet werden müssen.

Zweierlei Maß.

Unter dieser Ueberschrift erzählt die „Pöb. Ztg.“ aus Westpreußen folgende Wahlgeschichte: Der Lehrer B. in R. hat es aus irgend einem Grunde unterlassen, bei der Landtagswahl seine Stimme abzugeben. Ob dieser Unterlassungsstande wird er vor seine zuständige Behörde zitiert, und es wird ihm in recht eindringlicher Weise eröffnet, daß für den Deutschen nicht nur ein Wahlrecht, sondern auch eine Wahlpflicht bestehe, zumal in einem Wahlkreise, wo es darauf ankommt, den polnischen Kandidaten zu bekämpfen. — Der geistliche Vater des also Gemahregelten ist diesem mit gutem Willen vorangegangen. Wäntlich erscheint er am Wahltag, an dem auch der Kandidat, nicht bloß als Mitglied der Wahlkommission, sondern auch als „Wahlmann“ für die Abteilung des Herrn Pfarrers sitzt, und wählt — den Polen. Und was sagt die Behörde zu dieser Handlungsweise? Man begegnet Hochwürden mit derselben Ehrerbietung wie bisher; nach wie vor waltet er in Frieden seines Amtes als — königlicher Ortschulinspektor!

Daß der Pfarrer sein Wahlrecht nach eigenem Ermessen ausübt, ist natürlich sein gutes Recht. Ein umso stärkeres Stück ist es freilich, daß man den Lehrer zwingen wollte, auf alle Fälle und möglicherweise gegen seine Ueberzeugung zu wählen! Das ist der Terror, den die Behörden ausüben!

Frankreich.

Die Todesstrafe.

Paris, 3. Juli. (Deputiertenkammer.) Das Haus erörterte heute die Gesetzesvorlagen betreffend die Abschaffung der Todesstrafe. Joseph Rainach (radikale Linke) sprach sich für die Aufhebung dieser Strafe aus und wies auf die Gefahr hin, die in der Anwendung nicht mehr wieder gut zu machenden Strafen liege. Redner verlangte Ersetzung der Todesstrafe durch lebenslängliche Entzweiung. Für die Zunahme der Todesstrafe machte Rainach den Alkoholismus verantwortlich. Die Zahl der Morde, erklärte er, sei im Rückgang begriffen.

Unbotmäßig.

Paris, 3. Juli. Aus West wird gemeldet: 70 Marinesoldaten des Panzerschiffes „Leon Gambetta“, das morgen zur Dreihundertjahr-Jubiläumfeier der Stadt Quebec dorthin abgehen soll, sind auf Befehl des Admirals Jourdeuil wegen Unbotmäßigkeit an Land gebracht worden.

England.

Patentprotektionismus.

In England ist vor einiger Zeit ein Gesetz in Kraft getreten, welche Ausländer zwingt, Erzeugnisse, die den englischen Patenten zu genügen, auch in England herstellen zu lassen. Geschicht dies nicht, so geht der Patentanspruch verloren. Im Unterhause erklärte nun heute der Handelsminister, daß der Regierung in bezug auf das Patentgesetz Vorstellungen seitens der amerikanischen und der deutschen Regierung zugegangen seien. Die Regierung beabsichtigt aber nicht, einen Gesetzentwurf zur Aenderung der betreffenden Bestimmungen einzubringen.

Rußland.

Abschaffung der Todesstrafe.

Petersburg, 3. Juli. In der Reichsduma brachten 103 Deputierte einen Gesetzentwurf auf Abschaffung der Todesstrafe ein. Der Antrag ist von der gesamten Linken und mehreren Rechtsliberalen unterzeichnet.

Fahren die Fenster des Zaren in ihrer Arbeit so fort wie bisher, so wird allerdings der Antrag bald gegenstandslos werden, da die Opfer fehlen werden.

Konferenz der Kadettenfraktion.

Vor kurzem fand eine Konferenz der Kadettenfraktion statt, an welcher außer 85 Dumaabgeordneten die Mitglieder des Zentralkomitees und 21 Delegierte der Provinzorganisationen teilnahmen. Das führende Organ der Kadettenpartei, „Nesich“, erwiderte diese Konferenz mit keiner Silbe. Dieses Stillschweigen wird verständlich angesehen der Mitteilung des Moskauer Kadettenblattes „Nesichja Wedomosti“, daß die Delegierten der Provinzorganisationen der Linken der Dumafraktion ihre Billigung versagten. Das kann weiter nicht wundernehmen. Die Haltung der Kadettenfraktion in der Duma, die sich nicht sonderlich von der der Rechtsliberalen unterscheidet, konnte von den Delegierten der Provinzorganisationen, wenn diese bei ihren Wählern nicht gänzlich den Kredit verlieren wollten, nicht gutgeheißen werden. Das Ergebnis war aber trotzdem ein jämmerliches. Obwohl die Konferenz darauf hinwies, daß die Dumafraktion selbständige Gesetzentwürfe und Interpellationen in der Duma einbringen müsse, nahm sie zum Schluß davon Abstand, irgend welche bestimmte Direktiven für die Dumafraktion auszuarbeiten und überließ die Lösung dieser Frage der Fraktion selbst, die über die Bedingungen der Tätigkeit in der Duma besser informiert sei und die Notwendigkeit des Hervortretens der Partei in jedem einzelnen Falle genau abwägen könne.

Dieses Ergebnis der Konferenz zeigt zur Evidenz, daß die Kadettenpartei, die sich noch heute brüftet, die „einzige nach europäischem Muster organisierte Partei“ in Russland zu sein, immer mehr auf das Niveau einer Partei herabsinkt, in welcher nicht das Programm und die Masse ausschlaggebend ist, sondern die „hohe Politik“ einer Clique, die von der Leitung der Parteianglegenheiten Besitz ergriffen hat.

Persien.

Neue Kämpfe.

Täbris, 3. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachdem die Bevölkerung des Stadtteils Diaban zum Zeichen, daß sie sich ergeben wolle, die weiße Flagge gehißt hatte, zerstörten gestern Kosaken gemeinsam mit dem Pöbel und den Reaktionären einen Bazar mit mehreren hundert Läden. Das bemühten die Revolutionäre dazu, die Bevölkerung durch Hornsignale zur Selbstverteidigung aufzurufen. Sie rissen die weiße Flagge herunter und ersetzten sie durch eine rote. Es wurden von neuem Barrikaden errichtet. Heute sind Schiffe noch nicht gefallen. Morgens versuchten Reiter im Auftrage der Regierung, die Kaufleute zur Deckung ihrer Läden zu bewegen. Aus Furcht vor Blünderung wurde dies jedoch abgelehnt. Die Russen hingen Nationalflaggen aus, ebenso die übrigen Europäer. Infolge Brotmangels gestaltet sich die Lage immer schwieriger.

Täbris, 3. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Reiter des Gouverneurs von Miranda, der zum Stadthauptmann von Täbris ernannt worden ist, zerstörten das Endshumengebäude. Der Aufrihrer der Revolutionäre organisierte eine Truppe, um energischen Widerstand zu leisten.

Russische Beschuldigungen.

Petersburg, 2. Juli. Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur aus Teheran erfährt, ist die Periode des scharfen Kampfes zwischen dem Schah und den Revolutionären augenblicklich vorüber. Prinz Bill-es-Sultan eruchte die Regierung, ihm zu gestatten, mit Familie und Angehörigen Persien zu verlassen und ihm Leben und Eigentum zu sichern. Die russische und die britische Regierung ermächtigen ihre Geschäftsträger in Teheran, die Bitte Bill-es-Sultans beim Schah zu unterstützen.

Die Haltung Rußlands.

Die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur bringt täglich Nachrichten aus Persien, die systematisch darauf hinarbeiten, die blutigen Ereignisse in Teheran in einem für den Schah und seine russischen Helfershelfer günstigen Lichte darzustellen. Nicht der Schah und seine russischen Ratgeber sind nach diesen Darstellungen an den blutigen Ereignissen schuld, die sich in Persien abspielten, sondern die radikalen Elemente der Endshumen und die dynastischen Antriebe des Onkels des Schahs, Sillies Soltanah. In einem Post wird darauf hingewiesen, daß der Schah die Konstitution aufrechterhalten wolle und ausschließlich gegen die „Verschwörer“ und „Revolutionäre“ vorgehe, und daß infolgedessen die Sympathien „einführender“ Kreise der Gesellschaft sich ihm zuwenden. Nicht genug damit, deroffentlich die russische Regierung eine vom russischen Gesandten Hartwig stammende Mitteilung, in welcher voll Genugthuung konstatiert wird, daß die Handlungsweise des Schahs vollkommen gerechtfertigt war und keinerlei Befürchtungen aufkommen lasse.

Die Haltung der russischen Regierung ist durchaus verständlich und entspricht der Rolle, die Rußland in dem neu entfalteten Bürgerkrieg in Persien spielt. Die „Nesich“ deroffentlich diese Tage eine Unterredung ihres Mitarbeiters mit einer „den Petersburger diplomatischen Kreisen nahestehenden Persönlichkeit“, in welcher die letztere die Beweggründe der russischen Politik in Persien mit jüdischer Offenheit darlegte. Es erweist sich, daß der kürzlich stattgefundene Grenzkonflikt von Welussa war, der der russischen Regierung Gelegenheit gab, eine „Strafexpedition“ unter dem Befehl von General Swarzi nach Persien zu entsenden, nach den Worten des Gewährsmannes der „Nesich“ einen „trefflichen Anlaß“ gab, eine kleine Demonstration an der persischen Grenze auszuführen, über deren Notwendigkeit schon lange vor dieser Gelegenheit in den Petersburger Sphären herabgelacht wurde. Die Verurteilungen, die während des Grenzkonfliktes von Welussa ausgesprochen wurden, bestätigten sich also vollkommen. Die Antirevolution in Persien war in Russland vorbereitet und konnte nach der Konradenversammlung in Reval unter der Leitung des von Rußland „ausgeborgten“ Kosakenobersten Diloff und mit russischem Gelde injiziert werden.

Die Scharredensherrschaft in Teheran ist das erste Ergebnis der auswärtigen Politik des „konstitutionellen“ Rußlands. Gestützt auf die „moralische Hilfe“ der Herenduma, benutzte die russische Regierung die erste beste Gelegenheit, um abermals den Beweis zu erbringen, daß der russische Absolutismus jetzt wie zuvor den sichersten Rückhalt der Reaktion und eine feste Gefahr für den internationalen Frieden darstellt. Die Konsequenzen der russischen Politik in Persien sind jetzt noch nicht abzusehen. Sie gehen aber jedenfalls weit über die Grenzen des Schaharenlandes hinaus; denn es handelt sich nun nicht allein um die bevorstehenden harinädigen Kämpfe des persischen Volkes gegen die russische Invasion und den Solding der russischen Regierung, den persischen Schah, sondern um die unermesslichen Konflikte, die sich zwischen den europäischen Staaten, deren Interessen in Persien aufeinanderstoßen, ergeben dürften. Die „Kosowe Bremja“ riet noch vor kurzem, daß die russische Regierung sich nicht in die inneren Verhältnisse Persiens einmischen müsse, weil sonst ein „zweites Marokko“ in Persien entstehen könne. Gegenwärtig unterliegt es aber keinem Zweifel, daß Rußland auf dieses Ziel lospauert.

Indien.

Unterdrückungsmaßregeln.

Bombay, 2. Juli. Der Verleger der Zeitung „Sindswarajah“ ist wegen Veröffentlichung zweier aufsteigender Artikel zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Kalkutta, 2. Juli. Hier wurden sieben weitere Verhaftungen vorgenommen, die mit den Bombenanschlägen in Ver-

bindung stehen. Unter den Verhafteten befinden sich drei, die in der indischen Gesellschaft eine angesehene Stellung einnehmen.

Marokko.

Die Besetzung von Agemur.

Entgegen der ursprünglichen Meldung ist Agemur nicht von Truppen Abdul Afis, sondern von französischen Truppen des Generals d'Amade besetzt worden. Da in letzter Zeit eine Einschränkung der französischen Operationen stattgefunden hatte kommt diese Nachricht ziemlich unerwartet. Bei den anarchischen Verhältnissen in Marokko ist es allerdings nicht weiter auffallend, daß den militärischen Ordnungsstellen solche Expeditionen nötig scheinen, die der eigenen Regierung in ihrem diplomatischen Interesse vielleicht durchaus unerwünscht sind. Infragen Chauvinisten wird allerdings der für die Interessen des deutschen Volkes gänzlich gleichgültige Vorfalle wieder Stoff zu allerlei Hegerereien geben. Um so nötiger ist es, hervorzubeden, daß diese marokkanischen Streifzüge nicht als Vorwand benutzt werden dürfen, um die internationale Situation (noch) zu verschärfen. Der Kampf gegen die französische Marokko-Politik ist vor allem ein Interesse des französischen Volkes. Und mit unermüdlichem Eifer haben unsere französischen Genossen diesen Kampf geführt. Das Interesse des deutschen Volkes ist es, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die deutsche Regierung sich nicht durch Hegerereien unverantwortlicher Claqueurs dazu verleiten läßt, Unbesonnenheiten mitzumachen, die den europäischen Frieden gefährden könnten. Die französische Presse beurteilt den Vorfalle sehr ruhig und zurückhaltend.

Ueber die Ereignisse unterrichten des näheren folgende Telegramme:

Tanger, 2. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) General d'Amade hat am 29. Juni ohne Schwertstreich Agemur besetzt, nachdem auf Androhung eines Bombardements die anfangs geschlossenen Stadttore geöffnet worden waren. Der Gouverneur von Agemur ist geflüchtet. Die Stadt soll bis zur Ankunft der marokkanischen Truppen von den Franzosen besetzt gehalten werden. General d'Amade hat eine städtische Verwaltung eingesetzt.

Mazagan, 2. Juli. General d'Amade meldet aus Agemur, er habe angeordnet, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Ruhe zu sichern und die Verbindungen zwischen dem Schahjagel und Mazagan wieder herzustellen. Eine Kommission von vierzehn Notablen der Stadt übernahm die Verantwortung für die städtischen Angelegenheiten und richtete ein Polizeikorps ein.

Paris, 3. Juli. Eine Mitteilung der „Agence Havas“ besagt, General d'Amade habe die Expedition nach Agemur unternommen, weil infolge der vom häßlichen Pascha von Agemur zwischen den Rügus und Schahmas angezettelten Unruhen die Pazifizierung dieses Teiles des Schahjagel nicht mehr sicher erscheine. „Petit Parisien“ erklärt, sich vorläufig jeder Erörterung des Vorkommnisses enthalten zu wollen. — Das „Journal“ schreibt, es gebe die Nachricht der „Agence Havas“ nur unter allem Vorbehalt wieder; denn man dürfe nicht vergessen, daß Agemur außerhalb des Schahjagel und der französischen Aktionssphäre liege.

Aus der Partei.

Eine internationale sozialistische Rundgebung an der deutsch-holländischen Grenze.

Die „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund berichtet: Am Sonntag, den 28. Juni, fand in Dingperlo (Holland) auf einer schönen, mit herrlichen Pappeln umgebenen Wiese ein großes internationales Meeting statt. Die sozialistisch denkenden Arbeiter diesseits und jenseits der holländischen Grenze erschienen zu vielen Hunderten zu dieser Demonstration. Die meisten hatten einen vielstündigen Weg zurückzulegen. Erzeulich war, daß besonders die deutschen Orte, wo uns systematisch die Versammlungslokale abgetrieben oder vorenthalten wurden, so Sudwied, Anholt, Zielburg, Gmmerich, Wesel usw. recht stark vertreten waren. Auch aus Bocholt waren über hundert Personen anwesend. Aus Holland war besonders Winterswijk stark vertreten. Unter großem Beifall sprachen über: Internationalismus und Weltpolitik R. König-Dorndum, über die Frauen im allgemeinen Leben, Marie Hof von Steel-Westereinden, über Deutsche Politik H. Bühler-Essen, über Klassenkampf Hermes-Arnheim. In den Pausen, welche gründlich zur Propaganda für Gewinnung von Mitgliedern für die sozialdemokratische Partei, der Arbeiterpresse und den Verkauf von Literatur ausgenutzt wurde, sang der 60 Mitglieder starke sozialistische Arbeitermädchenchor aus Winterswijk Arbeiterlieder. Eine große Begeisterung durchdrachte die Massenversammlung, die sich in Anbetracht der kriegerischen Gelfüste, welche die Chauvinisten des alten Europa gerade jetzt zur Schau tragen, zu einer mächtigen Friedenskundgebung des Proletariats der deutsch-holländischen Grenzorte gestaltete.

Mit einem Hoch auf den Vorkämpfern und dem Absingen der Internationale, worin der Wusthor von Dingperlo kräftig einstimmte, gingen die Demonstranten nach dreistündiger Tagung auseinander in dem Bewußtsein, durch diese Veranstaltung der Sache des internationalen Proletariats gedient und der sozialistischen Bewegung in den Grenzorten mächtigen Vorschub geleistet zu haben.

Zur Kennzeichnung des preussischen Polizeigeistes muß bemerkt werden, daß die auf holländischem Boden tagende Versammlung von einigen preussischen Polizeibeamten — darunter dem Polizeinspektor von Bocholt, dem 14. politischen Bezirkskommissar Creone, „überwacht“ wurden. Zwar nicht offiziell, die Herren sahen nicht auf der Heberbüchse nach am Versammlungsort wie in Preußen, auch waren sie nicht in Uniform, sie hatten sich in Zivil unter den Massen eingefunden und lauschten andächtig den Ausführungen Königs. Was er zur Weltpolitik Deutschlands und besonders zu den Reden Wilhelm II. in Holland, dem Lande der Redefreiheit, zu sagen hatte, interessierte sie besonders. Unter stürmischer Heiterkeit stellte König die Anwesenheit der preussischen Polizeiohren fest. Die Herren verschwanden darauf nach und nach.

Eine Satire.

„Eine meisterhafte Verurteilung der bürgerlichen Preßschamod“, schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, „finden wir in der „fränkischen Tagespost“ des Genossen Eisner. Bekannt ist die gräßliche Manier der bürgerlichen Presse — die Scherzpresse vor allem leistet darin besonderes —, „Anfragen“ bei den verschiedensten Persönlichkeiten über die internationale Lage oder irgendein aktuelles Thema zu veranlassen. Selbstverständlich kommt dabei nichts anderes heraus, als hirnloses Geschwätz, denn einmal ist es im Grunde ganz gleichgültig, was diese Herrschaften über die „Weltlage“ denken, und zweitens finden sie natürlich ihre Gedanken — falls sie welche haben — nicht diesen kümmerlichen Nachrichtenhaufenern auf die trümmen Nasen. Und diese Methode zu verurteilen — wir nehmen wenigstens bis auf weiteres an, daß das die Absicht der „fränkischen Tagespost“ war —, hat nun unser Kürnberger Parteiblatt „eine Umfrage des Pariser Korrespondenten der „fränkischen Tagespost“ über die internationale Lage veranlassen. In geistreicher Ironisierung der Tatsache, daß die bürgerlichen Preßschamods meistens schon im Vorzimmer der hohen Herren von irgend einem Lakaien abgefertigt werden, hat auch der Pariser Korrespondent der „fränkischen Tagespost“ sich an die „Genossen“ des Herrn Clemenceau, an die „Freunde“ und „Mitarbeiter“ des Herrn Briand, des famosen Sozialisten, an die „Umgebung“ des Herrn Viviani usw. gewandt. Sodann tauchen abgewandte Politiker auf; der „kaiserfreund“ und „ehemalige Kriegsminister“ Etienne, der ehemalige Ministerpräsident Ribot, der ehemalige Handelsminister Willeram und wie die Herren von vorsehen sonst

noch heißen mögen. Und alle dienten dem Pariser Korrespondenten der „fränkischen Tagespost“ mit so ausgefuchtem Seichtbeuteln, daß die bürgerliche Presse ihre Verhöhnung sofort merkte und von der trefflichen Satire der „fränkischen Tagespost“ mit seinem Worte Notiz nahm.

Eine Satire liegt hier vor. Nur daß sie nicht vom Genossen Eisner in der „fränkischen Tagespost“, sondern von der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben wurde. Es war schwer, keine zu schreiben. Doch wäre uns lieber gewesen, die „Leipziger Volkszeitung“ hätte ihre satirische Weisheit noch ein wenig länger ruhen lassen. Denn es wäre zu schade, wenn wir nun um den dritten Artikel der Umfragen-Serie der „fränkischen Tagespost“ kommen sollten.

Personalien. Genosse Otto Friedrich, seit 1. Oktober 1904 leitender Redakteur des „Braunschweiger Volksfreunds“, tritt demnächst in die Redaktion des „Sächsischen Volksblattes“ in Zwickau als politischer Redakteur ein. Im „Braunschweiger Volksfreund“ ist diese Mitteilung in Gestalt einer Redaktions-erklärung erfolgt und mit einer etwas aufgereagten Beschwerde darüber verbunden, daß der „Vorwärts“ in Nr. 150 gemeldet hat, Genosse R. Wagner aus Bant habe die Leitung des „Volksfreunds“ übernommen. Das stimmt nicht, da Genosse Friedrich seine Stellung erst am Montag gekündigt hat. Genosse R. Wagner ist zur Verstärkung der Redaktion engagiert worden. Wer der Nachfolger des Genossen Friedrich wird, darüber haben die Parteinstanzen Braunschweigs noch zu beschließen.

Die Redaktions-erklärung des „Volksfreunds“ sagt, der „Vorwärts“ sei anscheinend das Opfer einer bewußt falschen Berichterstattung geworden. Worauf sich diese Behauptung stützt, ist uns nicht bekannt. Jedenfalls wollen wir feststellen, daß unsere Meldung in Nr. 150 nicht vom Genossen R. Wagner herrührt.

Soziales.

Empörende Behandlung von Landarbeitern.

In welsch' völlig rechtsloser, hilfloser Lage sich Landarbeiter befinden und in welsch' schimpflicher Weise Landarbeiter behandelt werden, zeigte eine am Mittwoch in Nordhausen verhandelte Strafsache.

In Kleinwechungen (einem zum Wahlkreis Nordhausen gehörigen Ort) liegt ein einem Herrn Steincke gehöriges Gut. Hier stellten am 25. Juni d. J. sechs polnische Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit ein. Ein Ereignis, das bei der Langmut der Polen gewiß etwas bedeutet. Das Verlangen der Gendarmen, die Arbeit wieder aufzunehmen, lehnten die Polen ab. Die Folge war — Verhaftung wegen Kontraktbruch mit einem Tage Haft. Die Verhaftung wurde sofort vorgenommen. Die gegen die Haftstrafe eingelegte Berufung hatte aber Freisprechung zur Folge.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht kamen fast ungläubliche Zustände an das Licht der Öffentlichkeit. Dort wurde festgestellt: Die armen Polen wurden vom Gutsbesitzer mit dem Geschloß und vom junckerlichen Sproß mit der Keipelsche beständig durchgeprügelt. Der Gutsbesitzer nahm die Leute bei den Ohren, zog sie nach oben, um sie dann mit einem kurzen Stuck nach unten zu reißen. Die Arbeiterin Warena Kuran, die in der Scheune beschäftigt war, wurde vom gutsherrlichen Sproßling vor die Brust gestossen, wobei sie auf die Tonne stürzte und eine Kopfwunde davontrug. Den Durst bei Feldarbeiten zu stillen, war nicht erlaubt. Eines Tages, als die besagten polnischen Geschöpfe sich die Jungen an einer Pfütze suchten, um einigermaßen den Durst zu löschen, kam der nächstlebende Gutsbesitzer herbei und warf Erdreich in dieselbe, um auch diese Möglichkeit des Durststillens den polnischen Arbeitern zu nehmen. Das Mittagessen mußten die Leute in den meisten Fällen nur halb genießen, denn der Gutsherr gestattete nur eine einundeinhalbstündige Zeit zum Kochen. Im Sauerholz wurden fingerlange Maden gefunden. Das Brunnenwasser konnte nur in ganz kleinen Quantitäten gewonnen werden; eine Flasche mußte an einem Bindfaden befestigt in den Brunnen gelassen und so lange gewartet werden, bis sie gefüllt war.

Als Zeugen waren ein noch im Dienste des Gutsbesitzers stehender Pole und der Gutsbesitzer selbst geladen. Während ersterer alle oben gemachten Angaben unter seinem Eide als wahr bestätigte, beschwor der Gutsbesitzer das Gegenteil. Es wurden die Angeklagten unter der ausdrücklichen Begründung freigesprochen, daß nach der Ueberzeugung des Gerichts den Angaben der Angeklagten voller Glaube geschenkt werden mußte.

Noch weiter typisch für die Zustände auf dem Gute in Kleinwechungen ist eine Bemerkung des noch auf dem Gute bediensteten und in dem Termin als Zeuge fungierenden Polen. Klägliches Zornes teilte er dem Dolmetscher mit, daß er, wenn er nach Hause komme, wieder verprügelt werden würde, da er die Wahrheit gesagt. Das veranlaßte den Richter zu dem Ausspruch: „Dann wenden Sie sich nur unterwürdig an den Landrat.“

Der Rat ist gewiß gut gemeint, aber herzlich wenig wert. Zum Himmel schreiende, empörende Zustände, wie die durch die Verhandlung erwiesenen, sind leider nicht vereinzelt. Solche Zustände können weder dem Landrat, noch den herrschaftlichen Junkern unbekannt geblieben sein, die statt Schutz für Landarbeiter und Befreiung der gegen sie gerichteten Ausnahmestrafen nach neuen Kontraktbruchgesetzen rufen.

Die Ausländer sind infolge der Legitimationskarten-einführung in Preußen völlig schutzlos den Brutalitäten von Gutsbesitzern preisgegeben. Wegen junckerliche Brutalitäten Polizeischutz nachsuchen, nützt in der Regel so wenig wie eine Berufung vom Teufel an Weelzebub. Das zeigt ja gerade in diesem Falle die Tatsache, daß die so mißhandelten Leute nicht in Schutz genommen, sondern mit Haftstrafe polizeilicherseits belegt wurden. Schutz kann insbesondere, solange die Ausnahmestrafen gegen Landarbeiter nicht aufgehoben werden, nur Selbsthilfe bringen. Nicht nur die äußerste Form der Selbsthilfe, die Notwehr — wenn so gepeinigter Landarbeiter die Peiniger niedergeschlagen hätten, hätte kein gerechtes Gericht sie verurteilen können —, meinen wir dabei. Vielmehr kommt für die ausländischen Arbeiter als dringendes Gebot die Abwehr durch Boykottierung der preussischen Gesellschaften in Betracht, auf denen sie tatsächlich rechtlos sind. Für die deutschen Landarbeiter ist aber dringender als je, um sie vor völliger Verelendung zu bewahren, der Zusammenschluß in Landarbeiterorganisationen, die zu beleben und zu fördern zu den dringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratie gehört.

Eine Lohnforderung von Affordmännern.

In dem Prozeß des Affordmänners Schulz und Genossen gegen die Kolonnenführer Otto und Nordmann stand gestern vor der 8. Kammer des Gewerbegerichts ein neuer Termin an. Ueber den Beginn des Prozesses und den Sachverhalt ist im „Vorwärts“ zuletzt in der Nummer vom 8. Mai berichtet worden. Die beiden Kolonnenführer hatten mit der Baufirma Hiller und Kuhlmann einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem pro 1000 Steine 8 Mark gezahlt werden sollten. Den Mauern wurde aber gesagt, daß es nur 7,50 Mark gäbe. Als sie verlangten, den Vertrag einzuführen, legten ihnen die Kolonnenführer einen ge-

fälschten Vertrag vor. Die Sache wurde rufbar und die Maurer legten am 24. März die Arbeit nieder. Sie klagten auf Auszahlung des schuldigen Lohnes, der zum Sage von 8 M. pro 1000 Steine zu berechnen sei. Die Verechtigung ihrer Forderung wurde schon im vorigen Termin von dem Vorsitzenden Dr. Prerauer anerkannt. Es sind 64 Kläger vorhanden. Die Schwierigkeit liegt darin, festzustellen, wieviel die Kläger zu fordern haben. Das Gutachten eines Sachverständigen wurde eingeholt. Dieser hatte nach 96 stündiger Arbeit herausgerechnet, daß auf dem in Frage stehenden Bau Neue Friedrich- und Schilderstraße bis zum 24. März von den Klägern 2234568 Steine vermauert worden seien; dazu kommt noch das Verblendwerk, so daß die Forderung im ganzen 2375723 M. betragen würde. Darauf ist nun aber schon eine Summe in ähnlicher Höhe bezahlt worden; die Maurer hatten mit etwa 300000 Steinen gerechnet. Im Laufe der Verhandlung ergab sich die Notwendigkeit, die Angelegenheit nochmals zu vertagen und den Sachverständigen, die Firma für den Steintransport, einige Poliere und den Geschäftsführer Hiller, der die Lohnbücher vorzulegen hat, als Zeugen zu laden, um die Forderungen zu fixieren. Der neue Termin ist auf den 12. August anberaumt. Die Mehrzahl der klägerischen Affordmänner ist nicht organisiert und muß die Hilfe der Organisation in diesem Fall entbehren, die wahrscheinlich der Klage längst einen siegreichen Erfolg verschafft hätte.

Wertzuwachssteuer in Hamburg.

Der Hamburgische Senat hat der Bürgerschaft den Entwurf eines Wertzuwachssteuergesetzes vorgelegt, wonach bei einem Wertzuwachs bis 2000 M. 1 Proz., steigend bis 5 Proz. bei 40000 M. und darüber. Außerdem sollen weitere Zuschläge erhoben werden bei Wertzuwachs von über 10 Proz.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen!

Ueber den Zigarettenbetrieb der Firma Otto Kressin in der Pappelallee 3/4, früher Schlemmerstr. 45, welche es in wenigen Jahren von 4 auf nahe 40 Arbeiter brachte, und deren Fabrikate ausschließlich von Arbeitern gerollt werden, ist, weil ohne Grund und Ursache Kündigung sämtlicher männlicher Arbeiter erfolgte, die Sperre verhängt.

Schon einmal, und zwar vor einem halben Jahre, hatte es Herr Kressin für richtig gehalten, den männlichen Zigarettenarbeitern mit dem Hinweise zu kündigen, daß die Fabrikinspektion die Schuld treffe. Nachdem aber auf freier Tat festgestellt werden konnte, daß das nicht der wahre Grund war, wurde die Kündigung sofort zurückgezogen.

In der in Nähe stattfindenden Tabakarbeiterversammlung, welche über die weiter zu treffenden Maßnahmen in dieser Angelegenheit zu beraten haben wird, wird über die Sache ein ausführlicher Bericht gegeben werden.

Zu dieser Versammlung wird der Herr Fabrikinspektor schriftlich eingeladen werden.

Kollektiven! Ueßt Solidarität und besetzt nicht die ev. freiwertenden Plätze.

Deutscher Tabakarbeiterverband, Zählstelle Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Für Mitglieder gesperrt: Medien, Oppelner Straße 26.

Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin.

Deutsches Reich.

Im Baugewerbe zu Staßfurt sind die Verhandlungen der Maurer und Bauarbeiter mit den Unternehmern wegen Abschluß eines Tarifvertrages gescheitert. Die Arbeitgeber erklärten sich nur zu Zugeständnissen untergeordneter Natur bereit, lehnten jedoch jede Lohnerhöhung ab. Auf die Berichterstattung der Lohnkommission hin beschloffen die Arbeiter nahezu einstimmig in geheimer Abstimmung, in den Streik einzutreten.

Der Zementarbeiterstreik in Wolgast, in dessen Verlauf preussische Wajonette gegen die kämpfenden Arbeiter gerichtet wurden, ist durch Verhandlungen beendet worden. Beide Teile machten Konzessionen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter bleibt unangefastet, und die Streikenden werden wieder eingestellt. Der Kampf hat etwa 13 Wochen lang gedauert. Leider dürfte ein gerichtliches Nachspiel noch folgen. Durch den Ersten Staatsanwalt in Greifswald haben bereits umfangreiche Vernehmungen an Ort und Stelle stattgefunden.

Tariffündigung in der Holzindustrie.

Der Rheinisch-westfälische Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe, Bezirksverband Bochum, sowie die Tischlerzweigbinnung zu Bochum kündigten den zwischen den Vorgenannten und der Zählstelle Bochum des Deutschen Holzarbeiterverbandes abgeschlossenen Tarifvertrag, der am 1. Oktober d. J. abläuft.

Bergarbeiterverband kontra Heinen vor Gericht.

Am Mittwoch, den 1. Juli, widmete sich in Sachen Bergarbeiterverbandsvorstand und Heinen ein zweiter Prozeß vor dem Schöffengericht in Steele ab, weil Heinen in der „Oberhaufener Volkszeitung“ (Zentrumsorgan) und im „Bergknappen“ den Vorstand des Bergarbeiterverbandes — trotzdem er schon in einem stattgefundenen Prozeß wegen der gleichen Beleidigung verurteilt worden war — beschuldigte, Bilanzfälschungen vorgenommen zu haben. In diesem an die beiden genannten Organe geschriebenen Artikel sprach Heinen von Korruption, Terrorismus, von Ungeheuer (im Verbands), von Parleins (Verbandsvorstand) usw. Heinen gab vor Gericht die Erklärung ab, daß er die Beschuldigungen nicht mehr aufrecht erhalten könne, wobei die sachlichen noch die formell beleidigenden Formulierungen. Er habe in seelischer Depression gehandelt und darum seien ihm die beleidigenden Ausprägungen unterlaufen. Was die Beschuldigungen wegen Unterschlagung und Korruption anbelange, so habe er sich auch hier überzeugt, daß sie sich nicht mehr aufrecht erhalten lassen, nachdem auch die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen die Selbstbeichtigung Horns (Hauptplazierter des Verbandes) abgelehnt habe. Ebenso haben ihn die Ausführungen Sachjes am 27. April 1908 in der Versammlung beim Wirt Ulrich überzeugt, daß den Verbandsvorstand solche Anschuldigungen mit Unrecht träfen. Sachje, der als Vorstandsmitglied im Termin erschienen war, erklärte auf Grund dieser Darlegungen, daß er an einer Verurteilung Heinens kein Interesse habe, jedoch müsse er sich erst mit den übrigen Vorstandsmitgliedern verständigen, ob auch sie ihrerseits die Zurücknahme der Klage gegen Heinen befürworteten. Es kam zunächst ein Vergleich zustande. Heinen soll auf seine Kosten im „Bergknappen“ und in der „Oberhaufener Volkszeitung“ folgende Erklärung abgeben:

„Ich (Heinen) erkläre, daß ich die in der „Oberhaufener Volkszeitung“ vom 1. April 1908 und im „Bergknappen“ in meinem Artikel aufgestellten Behauptungen, nachdem die Sache in der Versammlung am 26. April 1908 in der Wirtschaft Ulrich-Buschhausen und ferner dadurch, daß das Vorstandsmitglied Horn bei der Staatsanwaltschaft gegen sich das Verfahren wegen Unterschlagung beantragt hat und daß dieses eingeleitet ist, geklärt ist, nicht mehr aufrecht erhalten kann. Ich erkläre ferner, daß ich, soweit in dem Artikel beleidigende Ausdrücke gebraucht sind, diese mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Ich übernehme die Kosten und bin damit einverstanden, daß diese meine Erklärung im „Bergknappen“ und in der „Oberhaufener Volkszeitung“ auf meine Kosten veröffentlicht wird.“

Wie wir erfahren, haben sich auch die übrigen Vorstandsmitglieder mit Sachjes Stellungnahme einverstanden erklärt; somit wird die Klage gegen Heinen nach Veröffentlichung der Erklärung zurückgezogen werden. Hingender konnte die Rechtfertigung des

Bergarbeiterverbandes und seiner Führer nicht erfolgen wie in diesem Termin.

Ausland.

Rugeln hat Brot für die schwedischen Hafnarbeiter.

In der bürgerlichen Presse Schwedens wird übermäßig viel von Vaterlandsliebe und vaterländischer Gefinnung geredet. Die Tatsache, daß man mit dem „Vaterland“ nur das Vaterland der Kleinen meint, tritt jetzt bei dem Hafnarbeiterstreit wieder einmal ganz besonders kräftig zutage. Der Bodenfaß der englischen Arbeitergesellschaft, den das schwedische Unternehmertum in Rassen importiert, um den schwedischen Hafnarbeitern das hiesigen schwer erzwungene Existenzsicherheits zu rauben, muß auf jeden Fall sogar vor dem Anblick demonstrierender Arbeitermassen geschützt werden. Wenn's nicht anders geht, will man das schwedische Volk niederschlagen wie tolle Hunde. Ein besonders „vaterländisches“ Blatt, „Göteborgs Aftonposten“, schrieb dieser Tage: „Fort mit allen, die Schiedsrichter spielen wollen! Hülf der Polizei knüppel nicht, so müssen die Rugeln ihren Verfall ausüben — blutig.“

Es scheint, daß die Behörden diesen blutigierten Rat befolgen wollen. Am Mittwochmittag ist das Agonienboot „Slaggald“, das sich schon lange an der Westküste aufgehalten hatte, in Göteborg eingetroffen und hat neben dem englischen Streikbrecherdampfer „Artois“ Platz genommen. Vorläufig fand sich jedoch keine Gelegenheit zum Niederschießen von Volksmassen. Der Tag verlief ruhig. Wohl hatte sich eine Menge von Menschen versammelt, zu Zusammenstößen kam es jedoch nicht. Der Landeshauptmann hatte am Abend Vertreter der Parteien zu Verhandlungen geladen, die resultatlos verliefen, aber fortgesetzt werden sollen. Von den vielen Personen, die bei dem Polizeiberfall am Dienstagabend verwundet wurden, liegt ein Mann so schwer danieder, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Mit revolvierenden Streikbrechern verfährt man sehr milde. In Ralmö hatte der englische Streikbrechermeister Collingwood, ohne auch nur irgendwie belästigt zu sein, auf freitende Arbeiter geschossen. Man sprach ihn frei mit der Begründung, er habe den Schuß abgefeuert „unter Einwirkung der Unruhe und Spannung, unter der sich die Streikbrecher tagtäglich befinden.“ Ein anderer Grund, etwa gar Notwehr oder dergleichen, lag also nicht vor. Schwedische Arbeiter sind also in Schweden vogelfrei, wenn durch ihr bloßes Dasein ein Engländer sich beunruhigt fühlt.

Das Hafengebiet in Göteborg befindet sich fortwährend im Belagerungszustand. Die Polizei hat in der Stadt sämtliche Bier- und Branntweinschankstätten schließen lassen. Auf den Schiffen ist aber dafür gesorgt, daß es den Streikbrechern nicht an Schnaps fehlt.

Verfammlungen.

In einer Mitgliederversammlung des Schuhmacherverbandes, die am Montag abgehalten wurde, sprach Rudolf Lange, ein Anhänger der anarchistischen Richtung, über die syndikalistischen Bestrebungen in der Arbeiterbewegung. Der Vortrag lief hinaus auf eine Verherrlichung der von den syndikalistischen Gewerkschaften in Frankreich empfohlenen Taktik der direkten Aktion, des Generalstreiks und der antimilitaristischen Propaganda, als Mittel, welche schneller und sicherer zur Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln der Lohnnechtschaft führen sollen wie die Mittel, welche die deutsche Arbeiterbewegung anwendet. — Dem Referenten trat als Referent der Genosse Haupt aus Magdeburg entgegen. Als alter und erfahrener Gewerkschaftler konnte Genosse Haupt, auf ein reichhaltiges Tatsachenmaterial gestützt, überzeugend nachweisen, daß die sogenannte syndikalistische Taktik, die uns jetzt von gewisser Seite als etwas Neues empfohlen wird, im Grunde genommen auf recht alte Anschauungen zurückzuführen ist, welche man in der deutschen Arbeiterbewegung glücklicherweise längst überwunden hat. Auch in den deutschen Gewerkschaften gab es eine Zeit, wo man glaubte, mit kräftigen Worten, mit Begeisterung und Idealismus allein große Erfolge erringen zu können und keinen Wert legte auf starke, gut funktionierte Organisationen. So manche Mißerfolge sind auf diese überwundene Anschauung zurückzuführen und immer hat sich gezeigt, daß diejenigen, die am härtesten auf den Idealismus pochten, die ersten waren, welche sich nach materieller Unterstützung umsehen. Heute wissen die deutschen Gewerkschaften und die Klassenbewußte Arbeiterbewegung längst, daß mit großen Worten und niedrigen Beiträgen nichts zu erreichen ist, und daß vielmehr eine starke Organisation, die auch über die nötigen materiellen Mittel verfügt, die Voraussetzung des Erfolges ist. Die deutsche Arbeiterbewegung hat keine Ursache, den Weg zu verlassen, auf dem sie ihre bisherigen Erfolge errungen hat und auf dem sie auch ihr Ziel erreichen wird.

Nachdem ein Diskussionsredner im Sinne des Referenten gesprochen hatte, beschloß die Versammlung, von einer weiteren Debatte abzusehen, da es schon ziemlich spät geworden war und der Saal sich zu leeren begann. Die Mehrheit war jedenfalls der Meinung, daß ihre Anschauung durch den Referenten in ausreichender Weise vertreten war und die vom Referenten empfohlene Prüfung der syndikalistischen Taktik für den Schuhmacherverband sich erübrige.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine Demonstration.

Mech, 3. Juli. (B. S.) Ueber eine Demonstration von Meher Mauern berichtet die „Volkszeitung“: Etwa 300 Maurer protestierten am Mittwochnachmittag gegen die Zustände in den Kasernenbauten am Elisabethfort. Dort beschäftigt der Bauunternehmer Heller aus Mannheim nur nichtorganisierte Maurer aus Dieburg, und zwar nicht zu den Tarifbedingungen. Nach Annahme einer Resolution formulierten die Versammlungsteilnehmer einen Demonstrationszug nach dem Elisabethfort. Dort hatte sich ein Schutzmannaufgebot aufgestellt. Ferner hatten Soldaten mit dem Gewehr im Arm das Gelände zu überwachen. Es wurde der Befehl „Laden zum Schuß!“ erteilt. Die organisierten Maurer zogen, nachdem sie ein Hoch auf ihre Gewerkschaft ausgedrückt, wieder ab.

Rangierers Ende.

Rain, 3. Juli. (B. S.) Gestern wurde der Rangierer Darmstadt aus Rierstein im hiesigen Hauptbahnhof totgefunden. Er wollte am nächsten Sonntag heiraten.

Die Cholera auf den Philippinen.

London, den 3. Juli. (B. S.) „Daily Mail“ berichtet aus New York: Eine Choleraepidemie ist, wie telegraphisch aus Manila gemeldet wird, auf den Philippinen ausgebrochen und greift in erschreckender Weise um sich. Täglich werden über 300 neue Krankheitsfälle gemeldet.

Selbstmord-Epidemie.

München, 3. Juli. (B. S.) In den letzten Wochen haben sich hier außerordentlich viele Selbstmorde ereignet. In den letzten zwölf Stunden sind neuerdings drei Selbstmorde vorgekommen. Außerdem hat sich ein Lehramtskandidat durch mehrere Revolver-schüsse schwer verletzt.

Der Tod im Wattenmeer.

Guzhagen, 3. Juli. (B. S.) Heute mittag begab sich ein Hamburger Schüler bei der Kugelballe ins Watt, wurde von der Strömung erfasst und ertrank. Ein Hamburger Lehrer, der ihm zu Hilfe eilte, kam gleichfalls ums Leben.

Die Freiheit der Wissenschaft und das Proletariat.

Bei der Beratung eines Dringlichkeitsantrages über die Wahrheitsfrage, die Dienstag im österreichischen Abgeordnetenhaus stattfand, hielt Genosse Dr. Karl Renner eine Rede, die die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie zu der Frage der Lehrenfreiheit an den Universitäten in ausgezeichneter Weise darlegte.

Die liberalen Vertreter der Freiheit der Wissenschaft haben in neuerer Zeit allerlei Einschränkungen der Freiheit der Wissenschaft gegenüber dem Staate und der Religion gemacht, obwohl die Freiheit der Wissenschaft ein altes Postulat ist, und zwar insbesondere auch ein Postulat der Kirche in der Zeit des Mittelalters.

Die Kirche selbst hat außerordentlichen Wert auf die Freiheit der Wissenschaft gelegt, so lange die Wissenschaft nicht in Widerspruch mit den Dogmen und insbesondere mit den Machtgelüsten und den Besitzrechten der katholischen Kirche kam. Erst als die Wissenschaft neben der geistlichen Wissenschaft immer mehr Latentwissenschaft wurde, als in der Wissenschaft immer mehr die bürgerlichen Interessen zur Geltung kamen, wurde die Kirche der Wissenschaft feindselig gestimmt.

Die Sozialdemokratie hat es aber nicht notwendig, in ihrem Kampfe um die geistige Emanzipation des Proletariats Bundesgenossen zu suchen, am allerwenigsten solche, von denen sie weiß, daß sie sie verraten werden, sobald der erste Schuß fällt.

Merkwürdig ist auch, daß die deutsche Bourgeoisie so schamlos rasch alles vergessen hat, was sie seinerzeit hochhielt. Sie hat eine merkwürdige Wandlung durchgemacht, nicht nur gegenüber der Wissenschaft, den Professoren und Studenten, sie verhält sich jetzt auch überaus läßlich gegenüber der großen Schicht der sogenannten Intellektuellen, den Leuten, die studiert haben, insbesondere gegenüber den Angestellten.

Kleines feuilleton.

Das geniale Gehirn. Immer wieder werden Untersuchungen unternommen, um Zusammenhänge zwischen der Verfassung des Gehirns und der Intelligenz seines Trägers festzustellen. Meist haben diese Forschungen zu negativen Ergebnissen geführt.

Auch die Sektion, die Prof. Siedea an dem Gehirn des überaus sprachkundigen Gelehrten Sauerweih, der 54 Sprachen sprach und schrieb, vornahm, konnte daran nichts Auffallendes, auch nicht in der sogenannten Sprachregion, feststellen.

„Die Nacht Satans“. Der Teufelsaberglaube ist heute ein Vorrecht zurückgebliebener Völker, Zeiten und Klassen. Verschwunden ist er nicht einmal in der sogenannten zivilisierten Welt, wo er unter der glühenden Decke lustig weiterkriecht, nur etwas eleganter verumummt als bei den Armen und geistig Vernachlässigten.

Eine eigenartige Operation hat der Hirschberger (Hirschberg i. Schl.) Sanitätsrat Dr. Widdendorp in seiner Privatklinik an einem aus Wenzlau stammenden, noch nicht ganz 16jährigen Mädchen vorgenommen.

Die Beamtenlaufbahn war früher eine gesuchte. Jeder Beamte hatte die ganze Jakobleiter bis hinauf zur ersten Rangklasse vor sich. Heute aber bringt es die große Masse der Beamten kaum mehr über zwei Stufen.

Die Klasse der Intellektuellen ist also heute in eine äußerst prekäre soziale Lage gebracht. Es gibt eine soziale Frage der Intelligenz und dieser Frage gegenüber verhält sich das Bürgertum ebenso feindselig wie gegen das Proletariat in seinem ersten Aufstieg.

Da ist es kein Wunder, wenn die Intelligenz stuhig wird und sich von der bisherigen politischen Führung durch die früher allein maßgebenden Kreise abwendet. Wenn sich die Studenten in diesem Augenblick mit aller Leidenschaft zur Wehr setzen, wissen sie also genau, was sie tun.

Die bürgerlichen Schwänke eben zwischen der freien Wissenschaft und dem Klerikalismus, dem sie sich, wenigstens dem Volke gegenüber, innerlich so gern nähern würden. Sie möchten an den Universitäten ein Mixtum compositum von Freigeisterei und Klerikalismus erzeugen und die Professoren an den Universitäten so teilen, daß die Techniker und Naturwissenschaftler freie Menschen, daß aber die Juristen als Staatsrechtler dem Staate ergeben und den herrschenden Klassen dienstbar sein sollen.

Die Freiheit der Wissenschaft ist im Munde der Bürgerlichen eine zweideutige Phrase geworden, und deshalb folgen wir ihnen in dem Kampfe nicht so, wie man es bei den Bürgerlichen gern sehen möchte. Wir sehen in dem Kampfe eine kapitalistische Erscheinung. Diese Erkenntnis hindert uns aber nicht, zu beobachten, wer sich in den Worten der sich auflösenden Gesellschaft einmischt und wer aus diesem Widerspruch Kapital schlagen will.

splitter. Die Fremdkörper hatten ein Gesamtgewicht von 2 Pfund. Das Mädchen hat die Operation gut überstanden und auch sonst keinen weiteren Schaden an seiner Gesundheit genommen.

Das das Mädchen die gefährlichen Gegenstände verschluckt haben soll, ist wohl gänzlich ausgeschlossen und es ist wohl anzunehmen, daß hier dämonische Mächte ihre Hand im Spiele gehabt haben, wie es seinerzeit der Fall war bei einem Mädchen in Würtlingen (Württemberg), welche von bösen Geistern besessen war und erst durch jahrelanges Fasten und Beten des seligen Pfarrers Blumhardt in Kornthal von den dämonischen Mächten befreit wurde.

Gefrorenes. Das Gefrorene ist im Sommer eines der erquickendsten und belümmlichsten Erfrischungsmittel. Wenn es statt aus Wasser aus Rahm und Milch hergestellt wird, dann ist es auch zugleich sehr nahrhaft und wird besser vertragen als Wasser-gefrorenes, auch ist es in der Krankenkost sehr belümmlich. Gesundheitschädigungen können beim Eisgenuß dann eintreten, wenn das zum Gefrorenen benutzte Wasser nicht einwandfrei ist.

Humor und Satire. Professor Bernhard. Sie genierten sich nicht. Lachen ihm den ärgsten Lort: Er erbot sich, zu verzichten — und sie nahmen ihn beim Wort.

daß sie die Not und die Verzweiflung des Kleinen Mannes ausbeutete und ihn auf falsche Ziele gegen das Judentum, gegen eine spezifische Form des Kapitalismus, gegen das Kapital schlechthin, hinwendete. Die Kirche leistet der Not des Volkes nicht Hilfe, damit geholfen sei, sondern damit die römische Kurie wieder an Macht gewinne.

Etwas anderes aber ist es, wenn fortwährend die Religion aus dem Gotteshaus ins Wirtschaftshaus getragen wird. Von der Kanzel und aus der Kirche heraus bis ins Wirtschaftshaus schallen die Lehren der Pfarrer, die uns Einnahmen insinuieren, die im vollen Widerspruch zu unserem Programm stehen.

Die Vereinigung eines Volkstheaters mit dem Staate, der richtet und straft, der unterdrückt, hat noch keinem Volkstheater gut getan, und wir müssen grundsätzlich darauf bestehen, daß sich die Kirche vom Staate und insbesondere von der Schule fernhalte.

Wir drängen uns nicht vor, wir reflektieren auch nicht auf Parteigenossen aus den Kreisen der Studenten, aber das eine wissen heute alle Intellektuellen, daß sie in den Stunden der Gefahr keinen sichereren Ort haben als in den breiten Massen des arbeitenden Volkes.

Und sie sagten ihre Meinung deutlich, ohne Feigheit; Eine seltene Erscheinung. Die recht sehr ihr Gutes hat.

Wegweisen... Zwar erkant's ihn, Dennoch ist er nicht erboht, Und er scheitert ohne Kränzen, Und er findet einen Trost:

Sucht nun ohne Federlesen In der Industrie sein Glück... Ist er bei 'ner Bank gewesen, Holt man ihn mit Glanz zurück. (Gottlieb im „Tag“)

— Feines Gesindel. Kerkermeister: „Einen Baron, einen Bankier, einen Kaffierer, einen Weinhändler haben wir jetzt sitzen lassen. Wirklich, so a' feins Gesindel hab'n wir schon lang nicht mehr beisammen g'habt!“ („Fliegende Blätter“)

Notizen.

— Opern zu volkstümlichen Preisen will das Schiller-Theater in Charlottenburg in sein Programm aufnehmen. Die Billettpreise sollen nur um ein geringes die Schauspielpreise übersteigen. Das Repertoire wird, da die Igl. Oper sein Wagner-Monopogel kaum preisgeben wird, klassische und moderne Opern umfassen.

— Kunstchronik. Im Kunstsalon Bertheim ist eine neue Ausstellung eröffnet. Mit größeren Kollektionen sind vertreten Fritz Bürgers-Dachau, Gustav Eilers-Berlin und Hans Preußel-Berlin.

— Eine Sammlung von Holzschnitten des 15. Jahrhunderts ist im alten Ausstellungssaal des Kupferstichkabinetts ausgestellt.

— Das allergrößte Gebäude der Welt. In New York wird gegenüber dem „größten“ Gebäude der Welt, dem Singer-Building, jetzt das „allergrößte“ erbaut, das neue Weltgeschäfts-haus der Equitable-Lebensversicherung. Der gewaltige Wolken-träger wird nicht weniger als 62 Stockwerke umfassen und eine Höhe von 900 Fuß erreichen, also 300 Fuß mehr als das Singer-Building.

Metallarbeiter-Verband gegen den „Stahlwaren-Arbeiter“.

Ein großer bedauerlicher Verleumdungsprozess fand in zweiter Instanz am Dienstag und Mittwoch vor der Elberfelder Strafkammer seinen Abschluss.

Die Vorstandsmitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, A. Schlüs, G. Reichel, Th. Werner und A. Massatsch, sowie der Redakteur der „Metallarbeiterzeitung“, S. Scherm, klagten gegen den Redakteur des „Stahlwaren-Arbeiter“ Ernst Ern, weil in drei Artikeln dieses Blattes unter der Überschrift: „Es ist nicht so fein gesponnen“ dem Vorstande des Deutschen Metallarbeiterverbandes „Arbeiterverrat, erschreckliche Unwesenwirtschaft und Verbrechen an den Interessen der Arbeiterschaft“ vorgeworfen wurden. Der „Stahlwaren-Arbeiter“ stützte sich zum Beweise obiger Behauptungen auf eine Anzahl Briefe, welche der Lokalbeamte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Sendlar, ferner der Gauleiter Spiegel in Düsseldorf sowie die Hauptvorstandsmitglieder Reichel und Massatsch über Solinger Streikbewegungen miteinander gewechselt hätten. Diese Briefe will der Redakteur des „Stahlwaren-Arbeiter“, Ern, von jemandem erhalten haben, der sie auf dem hiesigen Mühlhausen gefunden hat.

Der der Affäre zugrunde liegende Sachverhalt ist folgender: Bei der Firma Gottlieb Hammesfahr in Höhe bestanden Differenzen der Messerschleifer. Insbesondere verlangte die lokale Organisation die Anerkennung der Organisation, ferner die Regulierung des Preisverzeichnisses, wodurch die Altkorbhabe festgesetzt werden und schließlich als dritte Forderung das Verbot ordinär-blauer Rücken- und Gemüsemesser, welche im Preisverzeichnis nicht verzeichnet standen. Zur Orientierung über den letzten Punkt, betr. das Fabrikationsverbot der ordinär-blauen Rückenmesser, welcher in der ganzen Differenz der Lokalorganisationen mit dem Metallarbeiterverbande nachher die Hauptrolle spielte, sei angeführt, daß es sich hierbei um eine minderwertige Ware handelte, welche nur Kenner von den guten blaupolierten Messern unterscheiden können. Der Solinger Messerschleiferverein wollte die Herstellung dieser Puschqualität verhindern.

Um obige drei Forderungen zur Durchführung zu bringen, wollten beide Organisationen zusammengehen. Zur Besprechung haben zunächst mehrere Sitzungen stattgefunden und danach dann auch drei Versammlungen im „Kaisersaal“. Hieraus resultiert nun die Differenz. Die Solinger behaupteten, der Metallarbeiterverband habe sich bereit erklärt, alle Forderungen mit zu vertreten, und erst in der dritten „Kaisersaal“-Versammlung habe man erfahren, daß der Verband wegen des Verbotes der ordinär-blauen Messer nicht mitmachen wolle. Diese Forderung sei ihnen, den Lokalorganisierten, aber die Hauptsache gewesen und ohnedem ein Zusammengehen mit dem Metallarbeiterverband von vornherein unmöglich. In der dritten „Kaisersaal“-Versammlung habe deswegen auch eine sichtbare Erregung Platz gegriffen. Die Funktionäre des Metallarbeiterverbandes hingegen erklären, daß sie von vornherein den Lokalorganisierten darüber keinen Zweifel gelassen hätten, daß sie sich mit ihnen hinsichtlich der Anerkennung der Organisation und der Regulierung des Preisverzeichnisses vollkommen solidarisch erklärten, daß sie aber kein Recht dazu hätten, dem Fabrikanten die Herstellung einer bestimmten Ware zu verbieten. Aus dem Generalstreik über die Firma Gottlieb Hammesfahr, der in der dritten „Kaisersaal“-Versammlung beschlossen werden sollte, wurde also nichts. Die Folge aber war eine große Verbitterung zwischen den beiden Organisationen. Das war im Jahre 1905.

Im vergangenen Jahre (1907) erschienen im „Stahlwaren-Arbeiter“ nun die drei obengenannten Artikel in den Nummern 88, 89 und 41. An der Hand der betreffenden Briefe wurde behauptet, daß die damalige Streikbewegung und der geplante Generalstreik über die Firma Gottlieb Hammesfahr ein Feind des Metallarbeiterverbandes gewesen sei, um durch falsche Vorpiegelungen die Lokalorganisationen in den Kampf hineinzuziehen, sie dann im Stich zu lassen, damit die Lokalorganisationen zertrümmert und die Mitglieder derselben vom Deutschen Metallarbeiterverbande übernommen werden. Dieser seine Plan sei leider in die Brüche gegangen. Der Zentralvorstand habe diesen schändlichen Arbeiterverrat im Verein mit den Lokal- und Gauangehörigen zusammen verurteilt. Ferner habe, als die Sache mit dem Generalstreik über Hammesfahr in die Brüche gegangen war, der Metallarbeiterverband einen Schlägerstreik grundlos vom Zaune gebrochen, um dadurch die Lokalorganisationen bankrott zu machen, denn wenn keine Formen geschlagen würden, könnten auch die übrigen Branchen nicht arbeiten. Nun sei aber der Verrat an geschlagenem Material so groß gewesen, daß trotz des fast ein Jahr dauernden Schlägerstreiks sich kein Mangel eingestellt habe.

Gegen diese Vorwürfe leitete der Vorstand des Metallarbeiterverbandes nun das Privatklageverfahren gegen den „Stahlwaren-Arbeiter“ ein. Die Verhandlung erster Instanz fand am 28. März 1908 in Solingen vor dem Schöffengerichte statt. Nach einer umfangreichen Zeugenvernehmung von beiden Seiten wurde schließlich vom Schöffengericht der Beklagte wegen Verleumdung der Vorstandsmitglieder Schlüs, Reichel, Werner und Massatsch freigesprochen, wegen Verleumdung des Redakteurs Scherm aber zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hielt für erwiesen, daß der Hauptvorstand, aber nicht für erwiesen, daß Scherm von der Sachlage Kenntnis gehabt habe.

Gegen dieses Urteil legten die Privatkläger beim Elberfelder Landgericht Berufung ein. Es waren über 40 Zeugen geladen. Nach Eintritt in die Verhandlung erklärte der Vorsitzende, daß das politische Element so viel wie möglich ausgeschaltet werden sollte. Ganz wäre das wohl nicht angängig und er richte deshalb die Frage an den Beklagten, ob denn die Solinger Lokalorganisationen auch sozialdemokratisch seien. Ern erklärte darauf, daß seine Organisation nicht sozialdemokratisch sei, sondern die Organisation nur die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder verfolge, während nach der Parteizugehörigkeit nicht gefragt werde.

Aus der Zeugenvernehmung ist folgendes hervorzuholen. Die Zeugen Gerlich, Eidhorn, Ern und Ruy sagen übereinstimmend im Sinne der Beschuldigungen des „Stahlwaren-Arbeiters“ aus. Der Prokurist Wädel von Hammesfahr, der bei den Verhandlungen zugegen gewesen ist, bekundet, daß Herr Hammesfahr geäußert hätte, er habe die Organisation noch nicht aberkannt. Des weiteren gibt der Zeuge über die ferneren Verhandlungen und die diversen Produktionsmethoden Auskunft. Herr Hammesfahr habe stets auf dem Standpunkte gestanden, daß kein Mensch ihm vorschreiben dürfe, was er produzieren solle und was nicht. In längeren Ausführungen äußert sich auch Genosse Deifel, Redakteur unseres Solinger Parteiblattes, über den Konflikt: Es handelte sich um die Einführung einer Puschqualität von Messern. Hammesfahr war verpflichtet, den Messerschleiferverein davon zu unterrichten. Das hat er aber unterlassen und so gegen die bestehenden Abmachungen verstoßen. Er, Zeuge, habe die Ueberzeugung gehabt, daß Sendlar bereit war, den ganzen Kampf mit zu führen. Er muß alles gewußt haben, sonst hätte er in der Kommission ja schon seine Bedenken kund tun können. Nach der dritten „Kaisersaal“-Versammlung sei alles wie vor den Kopf geschlagen gewesen, als bekannt wurde, daß der Metallarbeiterverband nicht mitmache. Sendlar müsse nach seiner Meinung von der vorgesehnen Behörde Direktiven erhalten haben. Ob allerdings vorher mit dem Metallarbeiterverband und Herrn Hammesfahr Verhandlungen gepflogen sind, weiß der Zeuge nicht.

Sobald wird erzählt, daß doch das Vorstandsmitglied Reichel aus Stuttgart kurz vor dem Konflikt in Solingen gewesen sei, um dort den Hammesfahr'schen Betrieb zu besichtigen. Von Seiten der Lokalorganisationen hegte man die Vermutungen, daß Reichel zur selben Zeit mit Hammesfahr verhandelt hätte, während von der Gegenseite erklärt wird, er habe nur den Betrieb besichtigt. Das letztere wird später von Sendlar, der ihn begleitet, eidlich bezeugt. Als der Zeuge Langenberg vernommen wird und nebenbei gibt, daß unter Umständen ein Mißverständnis vorliegen könne, bietet der Vorsitzende einen Vergleich an, der aber von Ern abgelehnt wurde, da jeder Artus ausgeschlossen sei.

Der Lokalbeamte des Metallarbeiterverbandes Sendlar bekundet: Das doppelte Spiel, welches dem Metallarbeiterverbande nachgesagt wird, sei im Gegenteil von der anderen Seite betrieben worden. Wenn und gleich die Wahrheit gesagt worden wäre, so hätten wir sofort Stellung dazu nehmen können. Wir haben aber erst später erfahren, wo die Sache hinaus folle. Plötzlich hieß es, daß die Frage der ordinär-blau polierten Messer die Hauptfrage des ganzen Vorgehens bilde. Aber da konnten wir doch nicht mitmachen. Wie man aus unserem Verhalten bei der Bewegung einen Arbeiterverrat und einen Wortbruch herauslesen will, ist einfach unverständlich.

In ausführlicher Weise schildert Gauleiter Spiegel die Entstehung der ganzen Bewegung. Vor der ersten „Kaisersaal“-Versammlung habe er von Sendlar Mitteilung erhalten, daß ein Generalstreik bei Hammesfahr bevorstehe. Er wußte wohl, daß bei Hammesfahr Differenzen der Messerschleifer bestanden, aber an den Ausbruch des Generalstreiks war doch nicht zu denken. Aber er kam doch herüber. In der Versammlung erklärte Spiegel sofort, daß zur Verhängung des Generalstreiks erst die Sanktion des Hauptvorstandes eingeholt werden müsse. Der Redner hat ausdrücklich erklärt, daß eine Abstimmung in der betreffenden Versammlung für den Metallarbeiterverband nicht als maßgebend betrachtet werde, denn wenn für die Lokalorganisationen auch der Industriearbeiterverband die höchste Instanz ist, so ist für den Metallarbeiterverband die höchste Instanz der Zentralvorstand in Stuttgart. Er habe über das Verlangen der Messerschleifer stets ausreichend Aufklärung gegeben. Uebrigens hätten die Messerschleifer erklärt, daß schon ein Ausweg gefunden werden könnte, wenn nur verhandelt werden würde. Die Funktionäre der Lokalorganisationen müssen gewußt haben, wie die Meinung der Metallarbeiterverbandsverwaltung war. Die Organisation hat die Aufgabe, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, aber sie hat kein Recht, einem Fabrikanten vorzuschreiben, was er in seinem Betriebe produzieren lassen darf und was nicht. Geradezu Wahnsinn wäre es ja, wenn der Metallarbeiterverband auf die Forderungen der Lokalorganisationen eingegangen wäre, denn durch die Fabrikationseinstellung der ordinär-blauen Rückenmesser wären hunderte Arbeiter brotlos geworden.

Der Zeuge Wosawa war früher Geschäftsführer des lokalen Messervereins und ist jetzt Angehöriger des Metallarbeiterverbandes. Er hat in der dritten „Kaisersaal“-Versammlung damals Bericht erstattet. Nachdem die Anerkennung der Organisation bei Hammesfahr durchgedrückt und auch der zweite Punkt der Forderungen anerkannt wurde, habe keine Ursache mehr vorgelegen, wegen des Fabrikationsverbots der ordinär-blauen Messer noch den Generalstreik zu erklären.

Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß seine heutigen Aussagen in direktem Gegensatz zu dem Protokoll der Versammlung stehen. Der Zeuge bleibt aber bei seinen Aussagen.

Nachdem dann noch der Redakteur Genosse Ruy, früher in Solingen, jetzt in Kattibus, darüber vernommen worden ist, daß ihm Spiegel in der zweiten „Kaisersaal“-Versammlung erklärt habe: „Wir machen den Generalstreik ja doch nicht mit!“ und Spiegel diese Aeußerung entschieden abstreitet, wurde die Beweisnahme geschlossen.

Das Urteil der Strafkammer ging dahin: Die Verurteilung der Privatkläger wird verworfen. Das in erster Instanz ergangene Urteil, wonach Ern wegen Verleumdung Scherm's zu 30 M. Geldstrafe verurteilt wurde, wird aufgehoben und auch Ern freigesprochen. Begründet wurde das Urteil damit, daß der Wahrheitsbeweis erbracht sei. Die Behauptungen des „Stahlwaren-Arbeiters“ seien erwiesen. Sendlar und Spiegel's Taktik bei der Generalstreikbewegung habe das Ziel gehabt, die Lokalorganisationen unter solchen Vorpiegelungen in den Streik zu ziehen, um dadurch die vom Beklagten angegebenen Zwecke zu erreichen. Der Vorstand müsse von der Sache gewußt haben. Ebenfalls müsse Scherm orientiert gewesen sein. In der Form wurden keine Verleumdungen gefunden. Ausdrücke wie Arbeiterverrat, Verbrechen, Schmach, Unwesen, Verworfenheit ufm. wurden nicht als beleidigend angesehen. Die gesamten Kosten trägt der Deutsche Metallarbeiterverband.

Das Urteil ist verfehlt, soweit es annimmt, die Kläger hätten von dem angeblich unsozialistischen Verhalten Kenntnis gehabt oder seien mit ihm einverstanden gewesen. Der Solinger „Stahlwaren-Arbeiter“ betrachtet die Dinge recht einseitig, und in dieser einseitigen Betrachtung ist ihm das Gericht gefolgt, und hat sich vielleicht gestreut, der Leistung der 300 000 Arbeiter umfassenden Organisation ein auszuweichen zu können. Die vom „Stahlwaren-Arbeiter“ erhobenen Vorwürfe scheinen — für jeden Sachkenner ist das unzweifelhaft — weit über das Ziel hinaus. Das gespannte Verhältnis zwischen dem Solinger Verband und dem Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes macht es erklärlich, daß jede der beiden Parteien von der Sachlage eine andere Auffassung hat.

Außerordentlich bedauern wir, daß in solcher Angelegenheit überhaupt Klage ange stellt wurde. Die Verhältnisse in Solingen liegen eigenartig. Neben den fabrikmäßig betriebenen neueren Metallindustriebetrieben, wie den Sägem- und Fahrradfabriken, hat sich die ältere Produktionsform für Solinger Stahlwaren, wie Messer, Gabeln, Säbel, die seit Menschengedenken einen Welt Ruf genossen, erhalten; sie ist lokalisiert und es wird fast ausschließlich in Heimbetrieben oder größeren Kollektivbetrieben für die einzelnen Teilarbeiten gearbeitet. Der dieser Produktionsform entsprechende alte Solalverband, der Messerschleiferverein, ist keine Lokalorganisation im sonstigen Sinne. Eine Aenderung der Organisationsform und schließlich ein Anschluß an die Zentralisation sind nur allmählich zu erringen.

Die historische Entwicklung verleiht der Solinger Organisation ein eigenartiges Gepräge. Man kann nur wünschen, daß die dortige Organisation sich dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließen. Aber die Erhebung solcher Privatverleumdungsklagen und das stundenlange Wühlen in den Vorgängen von 1905, bei denen beide Seiten im Interesse der Arbeiterschaft glauben so vorgehen zu müssen, wie sie vorgegangen sind, vermag die Erreichung dieses Zieles nicht zu beschleunigen. Im Interesse der Arbeiterklasse und im Interesse beider Organisationen liegt ein engerer Zusammenschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband. Die Anstrengung der Privatklage hat leider Öl ins Feuer gegossen. Das bürgerliche Gericht ist unseres Erachtens die unpassendste Instanz, um die Erreichung dieses Zieles oder eine wirkliche Klärung des Sachverhalts herbeizuführen. Es wird viel Arbeit, Selbsterfindung und tüchtel Blut bedürfen, um die Hemmnisse zu beseitigen, die dieser Prozeß der zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen notwendigen Verwirklichung einer Zentralisation geschaffen hat.

Aus Industrie und Handel.

Allelei interessante Angaben enthält der Jahresbericht des Königsberger Vorsteheramts der Kaufmannschaft. Er verweist zuerst auf den wirtschaftlichen Niedergang im vorigen Jahre und auf die ungewöhnlich hohen Getreidepreise als Folgeerscheinung einer ungünstigen Weltmarktlage. Der Bericht meint, daß im vorigen Jahre die hohen Getreidepreise voll in die Erscheinung getreten seien. Die Königsberger Zufuhr von Getreide betrug rund 120 000 Tonnen weniger als im Vorjahre. Die seewärtige Verschiffung sank von 480 000 auf 320 000 Tonnen. Infolge der schlechten Ernte in Rußland ist die russische Regierung genötigt gewesen, für ihre Notstandsdistrikte Ausfuhr- und Bedarfsgetreide in Handelsplätzen zu kaufen, nach denen für gewöhnlich der Ueberfluß des russischen Getreides sich richtet. Danach kann man ermessen, welche große Not in Rußland im vorigen und in diesem Jahre gebrüht hat.

Im Königsberger Waubereich ist im vergangenen Jahre eine Million Mark weniger Lohn gezahlt worden. Die Bautätigkeit hat fast gänzlich danieder gelegen; sie ist auch jetzt noch keine intensive. Bemerkenswert ist, daß die Einfuhr- und Abfuhrziffern des Königsberger Bezirks Handels im vorigen Jahre

die höchsten waren, die je erreicht worden sind. Die Einfuhr stieg von 511 000 auf 502 000 Faß; der Absatz nach Rußland war um fast 60 000 Faß größer als im Vorjahre.

Der Bericht jammert dann über die große Kaffeecrnte in Brasilien, die einen Preissturz zur Folge hatte. Die brasilische Regierung hat, um einen weiteren „Preissturz“ zu verhindern, acht Millionen Sack Kaffee aufgekauft und eingelagert, so daß, wie der Bericht konstatiert, ein jäher Preissturz verhindert worden ist.

Entwicklung der Warenpreise seit 1821.

Eine interessante Zusammenstellung über die Entwicklung der Durchschnittspreise einer Anzahl wichtiger Marktwaren seit dem Jahre 1821 veröffentlicht das Statistische Amt der Stadt München. Die ungeheure Preissteigerung fast aller Massenverbrauchsgüter, die in dem Sinken des Geldwertes bei weitem kein ausreichendes Äquivalent findet, wird daraus ersichtlich. Wir teilen in nachstehendem auszugeweihte die Bewegung für die wichtigsten Artikel in Pfennigen mit.

Jahresfrist resp. Jahr	Rindfleisch	Schmalfleisch	Schmalbutter	Butter	Wasser	Wasser	Wasser
	kg	kg	kg	kg	kg	kg	kg
1821—25	42	89	51	51	179	24	95
1831—35	46	46	59	49	189	10	105
1841—45	51	56	67	56	201	20	113
1851—55	57	60	82	67	237	25	181
1861—65	72	71	94	84	267	31	151
1871—75	107	118	134	114	384	41	201
1881—85	117	95	141	128	430	50	205
1891—95	123	116	135	125	419	50	208
1901—05	134	132	154	122	372	52	240
1906	150	158	178	127	417	60	248
1907	158	156	158	132	410	00	248

Jahresfrist resp. Jahr	Stroh	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser	Wasser
	hl	l	dz	dz	dz	kg	Ster
1821—25	270	14	1294	810	720	18	259
1831—35	262	14	1492	1002	1004	21	248
1841—45	360	11	1766	1197	1217	22	404
1851—55	404	11	2430	1946	1675	35	478
1861—65	303	13	1959	1894	1434	30	636
1871—75	459	18	2564	1912	1798	51	814
1881—85	430	19	1970	1692	1680	42	760
1891—95	462	19	1876	1585	1631	34	708
1901—05	443	20	1837	1498	1568	—	906
1906	383	20	1920	1738	1700	—	937
1907	477	20	2172	1919	1885	—	979

So sind die guten alten Zeiten hin, wo das Pfund Rindfleisch 21 Pf., ein Ländchen 24 Pf., ein Pfund Butter 47 1/2 Pf., ein Ei 2 Pf. kostete? Verhältnismäßig am wenigsten sind noch die Getreidepreise gestiegen; doch ist, wenn man die ganze Periode ins Auge faßt, von einer allgemein sinkenden Tendenz, wie unsere Agrarier sie wieder und wieder behaupten, nichts zu spüren. Weizen stieg von 12,94 M. pro Doppelzentner im Jahresfrist 1821/25 auf 18,87 M. im Jahresfrist 1901/05 und sogar auf 21,72 M. im Jahre 1907. Roggen, die deutsche Hauptkörnerfrucht, von 8,10 M. auf 14,68 resp. 19,10 M., also auf mehr als das Doppelte. Zieht man die Gesamtheit der in Frage kommenden Waren in Betracht, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Geld- und Naturallohne der Landarbeiter nicht annähernd in dem gleichen Verhältnis gestiegen sind. Demnach hätte von einer Agrarreform niemals die Rede sein können, wenn nicht eben die Bodenpreise unter Vorwegnahme einer erhofften zukünftigen Preissteigerung der landwirtschaftlichen Artikel, zum Teil auch infolge der hohen sozialen Wertung des Grundbesitzes dauernd in die Höhe gegangen wären, so daß der Landwirt ein immer höheres Anlagekapital resp. Hypothekentonto zu verzinsen hat.

So ist auch die letzte durch den neuen Posttarif bewirkte Preissteigerung der Agrarprodukte in einer allgemeinen Steigerung der Grundstückspreise in Deutschland zum Ausdruck gekommen, so daß der alte Jammer über die mangelnde Rentabilität — ein ewiger circulus vitiosus — nun wohl bald von neuem losgehen wird.

Aus der Frauenbewegung.

Herrschaftsrechte.

Wie soll ein Dienstmädchen sich gegen Ueberbärdung wehren? Was soll sie tun, wenn in einem Dienst ihr gegen die Abrede eine Fülle von Arbeiten zugemutet wird, die über ihre Kräfte geht? Soll sie, wenn ihr Einspruch erfolglos bleibt, kurz entschlossen die vertragswidrige Mehrarbeit verweigern? Oder soll sie vor Gericht gehen und beantragen, daß die Herrschaft verurteilt wird, sich mit der verabschiedeten Arbeitsleistung zu begnügen?

Der Inhaber der „Königsäle“, Herr Wähler, hatte durch eine Mitinhaberin seines Lokales ein Mädchen, Frl. Sp., mit der Zufolge gemietet, daß daneben noch ein zweites Mädchen beschäftigt sein werde. Als Frl. Sp. die Stellung antat, war sie unangenehm davon überrascht, kein zweites Mädchen vorzufinden. Sie wurde verurteilt, die verprochenen Dienste zu leisten, so rasch habe sie sich nicht beschaffen lassen. Frl. Sp. sagte sich und arbeitete von früh 6 Uhr bis nachts 12 Uhr. Das tat sie an einem Tage, das tat sie an anderen Tagen — am dritten Tage aber warf sie die Arbeit beiseite und ging fort. Doch sie hatte die Rechnung ohne Herrn W. gemacht. Bei ihm waren ihre Sachen samt ihrer Invalidenrente zurück gelassen, und auch ihr Mietbuch wählte sie in seinen Händen, weil bei Eintritt der Stellung verabredet worden war, daß die Herrschaft es sich von der Mietfrau ausbändigen lassen solle. Daß Herr W. nicht geneigt sei, gutwillig etwas herauszugeben, das mußte Frl. Sp. aus einem Briefe schließen, durch den er sie aufforderte, zu ihm zurückzukehren.

Wir wollen hier aus diesem umfangreichen Schreiben einige Sätze wiedergeben, durch die die Anschauungen W.'s über seine Herrschaftsrechte gekennzeichnet werden. Er schreibt:

„Sind Sie bis mittags 2 Uhr nicht hier, so stelle ich beim königlichen Polizeipräsidium zwei Anträge und zwar: erstens förmlich Strafantrag wegen heimlichen Verlassens Ihrer Stelle, wenn Sie dann in Moabit auf der Anlagengasse sitzen, werden Sie es dann schon bereuen, denn so leicht, wie Sie es denken, ist es nicht; zweitens stelle ich polizeilichen Antrag um Zurückführen in Ihre Stelle, ob es Ihnen dann angenehm ist, wenn Sie durch einen Schutzmann aus Ihrer Wohnung abgeholt werden und sich zurückführen lassen durch die Straßen von Berlin, ist ja Ihre Sache, diese Unannehmlichkeit haben Sie ja dann selbst verschuldet; Sie müssen denken: die Rechte, was Sie bei Gericht haben, haben wir bei der Polizei. . . Wir steht das Recht zu, auf Ihre Kosten bis 1. August Ausbilde zu nehmen und mich an Ihrem Korb schablos zu halten, denselben kann ich plündern lassen durch einen Gerichtsvollzieher und dann verkaufen lassen durch öffentliche Versteigerung.“

Durch all diese Drohungen des Herrn W., der von seinen Rechten keine ganz klare Vorstellung zu haben scheint, ließ Frl. Sp. sich nicht einschüchtern. Es fiel ihr nicht ein, zu ihm zurückzukehren. Da sie aber keine Papiere hatte, so war es ihr freilich auch nicht möglich, sich eine neue Stelle zu suchen.

Herr B. hatte in seinem Brief frohlockt: „Die Rechte, was Sie bei Gericht haben, haben wir bei der Polizei.“ Dessen ungeachtet wollte Zil. Sp. erst mal versuchen, sich bei Gericht ihr Recht zu verschaffen. Sie klagte auf Herausgabe ihrer Papiere und ihrer Sachen und zwar vor dem Zünungs- und Schiedsgericht, das in Anbetracht der Art ihrer Stellung und der Zugehörigkeit des Herrn B. zu einer Innung für diese Angelegenheit zuständig war. Vor Gericht erklärte B., die Invalidentarte habe er bei sich, das Mietbuch sei bei der Mietfrau geblieben, an den Sachen aber wolle er sich schadlos halten, Zil. Sp. habe ihn durch plötzliches Verlassen des Dienstes geschädigt, er habe mit Rechtlosen sich ein anderes Mädchen beschaffen müssen. Der Vorstehende nötigte ihn, die Invalidentarte sofort herauszugeben. Zur Frage der Schadloshaltung bemerkte der Vorstehende, B. solle doch nicht sich und dem Mädchen noch Schereereien bereiten, ein Dienstmädchen habe doch gewöhnlich keine Wertstücke im Besitz. Den Vorschlag, sich zu einigen, wies B. zunächst mehrfach zurück. Er sagte, dem Mädchen müsse ein Denzettel gegeben werden. Der Vorstehende warf ein, die Mägdlein seien doch wirklich nicht so aus, wie wenn etwas Derartiges nötig sei. Herr B. blieb dabei, er müsse zum mindesten Schadenersatz haben. Erst als Zil. Sp. einwilligte, die Kosten des Verfahrens zu übernehmen, gab B. nach und ließ sich zu einem Vergleich herbei. Er wird nun die Sachen ausliefern, und beide Parteien verzichten auf weitere Ansprüche.

Vor Gericht teilte Herr B. noch mit, auch bei der Polizei habe er Antrag gegen das Mädchen gestellt. Was er da „beantragt“ hat, darüber ließ er sich an dieser Stelle nicht näher aus. Dem oben mitgeteilten Brief ist aber zu entnehmen, wie er meinte. „Die Rechte, was Sie bei Gericht haben, haben wir bei der Polizei.“ Herr B. weiß wohl nicht, daß Zil. Sp. bei ihm gar nicht Dienstmädchen, sondern Gebergehilfin war. Offenbar erwartet er nun von der Polizei, daß sie ihm helfen werde, dem Zil. Sp. den „Denzettel“ zu geben, von dem er vor dem Zünungsschiedsgericht sprach. Wir werden, falls wir von dem weiteren Verlauf der Angelegenheit Kenntnis erhalten, unseren Lesern mitteilen, was Herr B. bei der Polizei erreicht hat.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Siegth. Sonntag, den 5. Juli: Ausflug nach Schmargendorf, Restaurant „Schützenhof“, Edeleuhler Straße. Treffpunkt 2 Uhr bei Schellhals, Ahornstr. 15a. Abmarsch pünktlich 2 1/2 Uhr. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, den 15. Juli 8 1/2 Uhr, bei Bohrendorf statt.

Pantow. Montag, den 6. Juli: Partie nach dem Sorinsee. Abfahrt Pantow-Schönhausen morgens 7.47 bis Zepernil. Staßeehofen im Baldhaus, Waldspiele.

Tegele-Vorhwalde. Die am 8. Juli festgesetzte Dampferpartie findet des Jahlabends wegen erst am Montag, den 13. Juli, statt. — Dienstag, den 7. Juli, Beginn der Kinderspiele.

Gerichts-Zeitung.

Vom polnischen Kampfschauplatz.

Die verantwortliche Redaktrice der seit dem 1. April d. J. erscheinenden polnischen Frauenwochenchrift „Stimme der Großenpolinnen“ ist von der Posener Straßengericht wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten mit einer Geldstrafe von 190 M. bedacht worden. Das Blatt hatte in mehreren Artikeln seine Leserinnen aufgefordert, der Lösung Kosziuskos zum Kampfe um die Freiheit des Vaterlandes zu folgen. Der Jahrestag der Schlacht bei Racławice müsse in den Herzen der Polen den festen Glauben an das baldige Erscheinen des Morgensterns der Freiheit erwecken.

Zu wieviel Millionen Mark Strafe müßten bei ähnlicher Auslegung von Auslassungen der „Rationalen“ verurteilt werden!

Kassentrügerei.

Wegen Betruges war gestern der Stukateur Gustav Senz vor 2. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt, während sich die Ehefrau S. und der praktische Arzt Dr. B. wegen Beihilfe zu

diesem Vergehen verantworten müßten. Der Erstangeklagte war bei einem Baumeister in Friedenau beschäftigt und war von seinem Arbeitgeber in ordnungsmäßiger Weise bei der Krankenkasse zu Friedenau angemeldet worden. Im Mai 1906 erkrankte Senz und bezog von der Kasse das übliche Krankengeld. Er arbeitete dann, um Mitglied der Schöneberger Krankenkasse zu werden, einige Tage bei einem dort wohnhaften Baumeister und wurde von diesem auch bei der Kasse angemeldet. Nach einigen Tagen meldete er sich dann krank und bezog von nun an von der Friedenauer und nicht von der Schöneberger Kasse Krankengeld. Da dieses Krankengeld von der Schöneberger Kasse Krankengeld zu erhalten, so daß er insgesamt 48 M. wöchentlich Krankengeld bezog. Diese Einnahmequelle des Angeklagten bestand längere Zeit hindurch, bis es der Zufall sagte, daß zwei Beamte der Krankenkasse in der Wohnung des Angeklagten zusammentrafen. Die Ehefrau sorgte zwar in geschickter Weise dafür, daß einer der Beamten als „guter Bekannter“ vorgeht und in ein Nebenzimmer bugsiert wurde. Die Kasse schöpfe jedoch Verdacht und stellte genaue Recherchen an, die schließlich die jehige Anklage zur Folge hatten. Der mitangeklagte Dr. B. soll sich dadurch der Beihilfe zum Betruges schuldig gemacht haben, daß er dem Angeklagten noch einen zweiten Krankenschein ausstellte, obwohl er gewußt haben soll, daß Senz bereits Krankengeld bezog. Die Beweisaufnahme erbrachte jedoch nach dieser Richtung hin nicht das geringste Belastungsmaterial, so daß Dr. B. kostenlos freigesprochen wurde. Gegen den Ehemann Senz lautete das Urteil auf 500 Mark, gegen die Ehefrau auf 250 Mark Geldstrafe.

Der Angeklagte „Unbekannt“.

Eine Strafsache gegen einen „namenlosen“ Angeklagten beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. Eines Tages im April d. J. erschien in dem Café Linger ein besser gekleideter Herr, der sich Speise und Trank in nicht unbeträchtlichen Quantitäten gut schmecken ließ und eine Zecher von etwa zehn Mark machte. Als es zum Bezahlen kam, erklärte der Gast in aller Gemütsruhe, daß er nicht einen Pfennig Geld bei sich habe. Die Folge war, daß der Inhaber des Cafés und der Kellner Anstalten trafen, den Zecher an die frische Luft zu befördern. In diesem Augenblick zog der Unbekannte einen Revolver hervor und brachte ihn in Anschlag. Die Bedrohten verstanden nunmehr keinen Spaß, der Gast wurde im Handumdrehen entwaffnet und dann, nachdem er eine gehörige Tracht Prügel erhalten hatte, der Polizei zugeführt. Schon hier weigerte sich der Festgenommene, irgendwelche Angaben über seine Person zu machen. In seinen Papieren wurde ebenfalls nichts gefunden, woraus man Schlüsse über seine Person ziehen konnte. Der Zecher wurde als „Unbekannt“ in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert und weigerte sich auch hier hartnäckig irgendwelche Angaben zu machen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei blieben ebenfalls ohne jeden Erfolg, so daß der Behörde schließlich nichts anderes übrig blieb, als den Verhafteten unter dem Namen „Unbekannt“ unter Anklage zu stellen. Tatsächlich wurde der Angeklagte auch auf dem Terminalsitzel, wie auch in den Akten als „Unbekannt“ aufgeführt. Vor Gericht waren alle Bemühungen des Vorstehenden, den Angeklagten zur Angabe seines Namens zu veranlassen, erfolglos. Dieser erklärte, daß er im Interesse seiner Angehörigen seinen Namen nicht angeben wolle. Der Angeklagte Unbekannt wurde in der Sache selbst wegen Betruges zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 5. Juli, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Pappelallee 15-17: Freireligiöse Vorlesung, vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurter Straße 8: Vortrag von Herrn R. D. Bange über: „Das Gesetz von der Erhaltung der Energie und seine Bedeutung“. — Damen und Herren als Gäste sind sehr willkommen.

Verrein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Heute abend 8 Uhr: Abhaltung XVI. der Frey, Ragazinstr. 17. — Abteilung Pantow bei Herrmann, Bremsstraße 55. — Abteilung Siegth bei Röhler, Wassertstr. 1.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S.W., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 10-12 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr.

In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Die Lesesäle-Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fabrikstr. 100 wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonntag abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Briefkasten beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

G. 2. 2. Gemeindefleischnarren würden bereits bei einem Einkommen von 600 M. an möglich sein. — **Liebreiz.** Wenden Sie sich direkt an den Handels- und Transportarbeiterverband. — **G. 6. 999.** 1. Wenn kein Testament vorliegt, erbt der Witwer oder die Witwe ein Viertel, die Kinder drei Viertel des Nachlasses. 2. Die Forderung ist noch nicht verjährt; ausgesetzte Forderungen verjähren erst in 30 Jahren. Die Frist läuft von jeder Forderung von neuem. — **N. 08.** Was unentgeltlich ist, ist von Fall zu Fall, eventuell auf Beschwerde vom Amtsgericht zu entscheiden. Der Lohn ist in Ihrem Falle nur soweit pfändbar, als er 1900 M. jährlich übersteigt. — **Kasse.** Sie können auf Aufhebung des Vertrages und auf Schadenersatz mit Aussicht auf Erfolg beim Amtsgericht klagen. Beantworten Sie unter Uebersendung des ärztlichen Attestes über die Gesundheitsabnahme die Anberaumung eines möglichst nahen Termins.

D. 7. 78. 1. Eltern gegenüber sind die Kinder nach dem Gesetz nur soweit verpflichtet, als sie dazu ohne Beeinträchtigung des standesgemäßen Unterhaltes ihrer eigenen Familie imstande sind. In Ihrem Falle dürfte eine rechtliche Verpflichtung Ihrerseits nicht vorliegen. 2. Die Gemeinde kann nicht ohne weiteres pfänden, sondern hätte auf Zahlung zu klagen. Wird im Verwaltungsweg gegen Sie entschieden, so würden Sie hiergegen bei Gericht klagen können. — **S.** Die Frau ist zur Zahlung der Rente verpflichtet. — **D. 2. 1. und 2.** Ist im Vertrage keine bestimmte Zeit der Wohnungsverpflichtung vereinbart, so muß eine angemessene Zeit gemindert werden. Welche Zeit angemessen ist, entscheidet im Streitfall das Gericht. 3. Sie müssen innerhalb der angemessenen Zeit, über die Sie sich am besten mit Ihrem Wirt verständigen, die Möglichkeit des Zutritts gewähren. — **N. 23.** Ja, Sie können aber bei der Gewerbeabteilung unter Schlichtung des Sachverhalts Niederlegung der Kosten beantragen. — **G. 100.** Klagen Sie gegen die Kasse zunächst bei der Gewerbeabteilung, Straßauer Str. 1-3. — **100 M.** Der Verlust müßte gerichtlich oder notariell erfolgen. Soweit er zur Benachteiligung von Gläubigern abgeschlossen wird, ist er ungültig. Der Käufer dürfte eventuell die Schulden des Verkäufers zu bezahlen. — **N. 95.** Schriftliche Form würde genügen. Ob der Kauf aber etwa mangelhaft Uebergabe unzulässig ist, entzieht sich unserer Kenntnis. — **M. 23.** Nein. — **G. 28.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **N. 17.** Soweit erforderlich, ist lediglich der Gastwirt verantwortlich für den Schaden. In dessen Erscheinung eine Klage auch gegen den Theaterdirektor nicht aussichtslos, wenn er es unterlassen hat, die nötigen Sicherheitsvorrichtungen zu treffen.

Wario. Kammelsburg. Das wäre strafbar. — **N. 9. 17.** Der Mann würde mit einer Klage auf Rückgabe seines Eigentums durchdringen. — **S. 12.** Solange Sie nicht polizeilich zur Nachimpfung aufgefordert sind, hat eine Verschlebung der Impfung nichts auf sich. — **N. 46.** Die Kündigung ist gültig. — **N. 8.** Die Schriftstücke besagen, daß Sie, der Ehemann, nicht etwa für die Zahlung haften, sondern lediglich bilden sollen, daß wegen der Forderung gegen Ihre Ehefrau die Pfändung in das Vermögen der Ehefrau vorgenommen wird. Ihre Frau kann gegen den Zahlungsbefehl zunächst Einspruch einlegen, pfändbar scheint von ihrem Eigentum nur ein Teil der Nähmaschinen zu sein. — **N. 100.** 1. Ja, durch jede Buchhandlung, auch die des „Vorwärts“.

2. Die neue Gesellschaft für Bücherfreunde ist keineswegs mit dem August Scherhagen Unternehmen identisch. — **S. 71.** Die von Ihnen geordneten Abzüge werden als nach dem Gesetz nicht zulässig erachtet. — **S. 71.** 1. Wegen die Einziehung müßte reklamiert werden. Die Reklamation hat Aussicht auf Erfolg. 2. Zur Aufnahme in eine Heilstätte ist eine bestimmte Anzahl Marken nicht vorgeschrieben. Die Versicherungsanstalt hat das Recht, aber nicht die Verpflichtung, dem Besuche stattzugeben. — **N. 0. 21.** 1 und 2. Fordern Sie den Wirt auf, das Ungeheuer innerhalb einer von Ihnen zu legenden, angemessenen Frist zu entfernen, erklären Sie, daß Sie nach Ablauf der Frist auf Kosten des Wirtes die Entfernung vornehmen lassen würden und fügen Sie die Drohung aus. 3. Nein, wenigstens würde im Falle der Klage voraussichtlich der Wirt obliegen. — **N. 100 Moabit.** Den Sach der alten Miete, wenn der Wirt nicht beim Umziehen Gegenwilligkeit erklärt. — **G. 6. 68.** Sie sind im Verzug, Heimkehrer sind nur soweit krankensicherungsspflichtig, als durch Ortsstatut die Versicherungspflicht eingeführt ist. Arbeitet jedoch eine Heimkehrerin nur für ein Geschäft eines Arbeitgebers, so ist sie nach zutreffender Ansicht, die freilich bestritten ist, unter allen Umständen versicherungspflichtig. Verlangen Sie die Kasse bei der Gewerbeabteilung, Straßauer Str. 1-3. Wenn Ihre Frau freiwilliges Mitglied einer Kasse werden will, so ist die Offenbacher Krankenkasse, Brünnenstr. 66 bei Hing, zu empfehlen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis:
Hof I. Amt III. 1239.

Verwaltungsstelle Berlin.
Charitéstraße 3.

Haupt-Bureau:
Hof III. Amt III. 1987.

Montag, den 6. Juli 1908, abends 8 Uhr:

6 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Germania-Häle, Chausseestr. 110.

Louis Keller (Inh. Freyer),
Koppenstr. 29.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15,
Erdl 4.

Zühlkes Festhale, Dennewitzstr. 13.

Rixdorf, F. Hoppe, Hermannstr. 49.

Moabiter Gesellschaftshaus,
Wielestr. 24.

Lageordnung:

1. Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress. 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tages-Ordnung und da es notwendig ist, daß jedes Mitglied unserer Organisation über den Verlauf des Gewerkschaftskongresses unterrichtet ist, ersuchen wir, zahlreich und pünktlich diese Versammlungen zu besuchen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 118/14

Die Ortsverwaltung.

Setzen Sie sich

mit uns in Verbindung. Sie sparen Geld! Wir liefern moderne Herren-Garberoben fertig und nach Maß in guter Verarbeitung unter Garantie für tadellosten Sitz.

Legen Sie sich

täglich nur wenige Pfennige zurecht, denn wir liefern Ihnen die Ware gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an.

Stellen Sie sich

vor, daß unsere Waren nur in eigenem Großbetrieb hergestellt werden, und daß Sie es nicht mit einem Abzahlungsgeschäft zu tun haben, daher können wir die billigsten Preise stellen. Schriftliche Anerkennungen über unsere reelle Verabreichung zur gefl. Einsicht. Befestigung unserer großen Vertriebes — ohne Ankaufswang — laufend. Auf Wunsch besuch Sie unser Neulander mit den neuesten Mustern. Geöffnet wochentl. bis 8, Sonnt. bis 2 Uhr.

Versandhaus Berliner Herren-Moden.
Siralauer Str. 28. 1.
am Wolfenmarkt.
Nur Druck verbotener.

Ausnahmepreise

für Lieferungen im Mai, Juni, Juli.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Ganzl.-Kontor und I. Geschäft:
Berlin O. 34, Brombergstr. 16.

II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.

Preise für nur 10 Marken ab Platz
von 10 Str. an:

Prima la Halbheine (bekannte
Marken). pr. Str. 87 M.

Ferdinand-Bricketts
pr. Str. 87 M.

Anno od. Waldmannsheil
pr. Str. 89 M.

Pfännerschaft
pr. Str. 91 M.

la Diamant pr. Str. (110
bis 120 Str.) . . . 95 M.

la Jise o. Alfo. pr. Str. 95 M.

la Anbrast Cabod. 3. 220 M.

Koks, Steinkohlen usw. zu den
billigsten Tages- und Konventions-
preisen. Anlieferung frei Keller je
nach Quantum pr. Str. 10-15 M.
mehr. — Bei Originalwaggons und
größeren Abflüssen verlangen Sie
meine Spezial-Offerte.

Nathan Wand

129 Stalther Str. 129.

Die schönsten

Herren-Sommer-Paletots

und Anzüge in neu

Monats-Garderobe

von Cavalieren getragene Sachen,
sind neu, für jede Figur passend,
speziell nach Maß angefertigt und
zu großer Auswahlliste zu stimmend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalther Str. 129.

Großhandlung Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Bestehendes Teilzahl.-Geschäft

für Brennabor-Räder!

Kein Rabat!

Günstigste

Bedingungen.

Berlin SO.,

Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Kassenräder jeder Art August-
Bad, Köpenickerstr. 60

Für Lungenkranke.

Soeben gelangte zur Ausgabe die zweite Auflage (6. bis 15. Laufend) von

Proletarierkrankheit und kranke Proletarier.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von O. Thomas.

Was dem Inhalt haben wir hervor:

Warum ist Tuberkulose eine Volkskrankheit?

Wie entsteht Tuberkulose?

Was ist die Bedeutung der Nahrung?

Woher kommt die Nahrung?

Die Wohnungsfrage.

Wartet andere Uebel.

Ist Tuberkulose heilbar?

Von der Heilstätte.

In der Heilanstalt.

Die Rekonvaleszenten nach der Entlassung.

Die Psychiatrie ist 48 Seiten stark und kostet nur 20 Pfennige. Aus-
wärts Porto 5 Pfennige

Buchhandlung „Volksstimme“

Frankfurt a. M.

NB. Auch durch die Buchhandlung Vorwärts zu beziehen.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von O. Thomas.

Was dem Inhalt haben wir hervor:

Warum ist Tuberkulose eine Volkskrankheit?

Wie entsteht Tuberkulose?

Was ist die Bedeutung der Nahrung?

Woher kommt die Nahrung?

Die Wohnungsfrage.

Wartet andere Uebel.

Ist Tuberkulose heilbar?

Von der Heilstätte.

In der Heilanstalt.

Die Rekonvaleszenten nach der Entlassung.

Die Psychiatrie ist 48 Seiten stark und kostet nur 20 Pfennige. Aus-
wärts Porto 5 Pfennige

Buchhandlung „Volksstimme“

Frankfurt a. M.

NB. Auch durch die Buchhandlung Vorwärts zu beziehen.

Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von O. Thomas.

Was dem Inhalt haben wir hervor:

Warum ist Tuberkulose eine Volkskrankheit?

Wie entsteht Tuberkulose?

Was ist die Bedeutung der Nahrung?

Woher kommt die Nahrung?

Die Wohnungsfrage.

Wartet andere Uebel.

Ist Tuberkulose heilbar?

Von der Heilstätte.

In der Heilanstalt.

Die Rekonvaleszenten nach der Entlassung.

Die Psychiatrie ist 48 Seiten stark und kostet nur 20 Pfennige. Aus-
wärts Porto 5 Pfennige

BUCHHANDLUNG
VORWÄRTS
BERLIN-SW-OS-LINDENSTRASSE
ZIELE UND WEGE
ERLAUTERUNG DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
GEGENWÄRTS-FORDERUNGEN
PREIS 20 PPF
PORTO 5 PPF

Güte Spezialhut 2. n.
Haarhüte d. 5,50 an
ein großer
Panama
Kragen, direkt
importiert,
von 8,50 M. an
Schirme
Regenschirme,
Sonnenschirme
größte Auswahl
von 1,50 M. an
Krawatten
täglich
Eingang
von
Neuheiten
Wäsche
Oberhemden,
Kragen, Wan-
schetten, Servie-
tens in bester
Qualität
Handschuhe
für
Herren
und
Damen
Gottmann
Frankfurter Allee 118a.
Große Frankfurter Straße 130.
Frankfurter Allee 162.
Landsberger Straße 73.

Wir verkaufen
infolge

Auflösung

unseres
Warenhauses

sämtliche vorhandenen grossen Posten modernster Sommer-Waren zu

exzeptionell billigen Preisen!

Ein gr. Post. Reise- u. Staubmäntel u. Paletots

aus prima Cover-Coats und englischen Stoffen, nur moderne Muster

Serie I	Serie II	Serie III	Regulärer Wert
385	785	975	bis 16.00 Mark.

Ein grosser Posten Alpaka - Kostümröcke

neueste Faltenfassons, hell und dunkel, aparte Streifen und Karos durchweg **795**
Regulärer Wert bis 18.00 Mark.

Ein grosser Posten Morgenröcke

aus reinwollenem Mousseline, reich garniert, grosse Muster-Auswahl

Serie I	Serie II	Regulärer Wert
785	975	bis 16.00 Mark

Restbestände in Seidenwaren u. Kleiderstoffen

als einzelne Seidenreste für Blusen, 4 Meter

sonst	10.00	13.00	16.00	18.00
jetzt	5.95	7.80	9.75	12.00

Einzelne Zephyr-, Mousseline- u. Satinreste . 3 Meter für 95 Pf.
Einzelne Kleiderstoff-Coupons für Kleider und Blusen
Wert bis 4.00 jetzt Meter 1.95 1.45 95 Pf.

Ein grosser Posten Kinder-Kleider

aus Mousseline, helle u. dunkle Muster, ganz auf Futt., m. breit. Spitzenkrag. u. Aermelgarnit

Gr. 50-70 cm	Gr. 75-100 cm	Regulärer Wert
585	785	bis 12.00 Mark.

Ein grosser Posten Kinder-Kleider

aus prima Leinen, Zephyr und Mousseline, hübsch garniert, alle Grössen **395**
Regulärer Wert bis 7.50 Mark.

Ein grosser Posten Taffet-Liftboys

in schwarz und farbig, reich garniert, zum Teil mit hellen Westen und auf Seide

Serie I	Serie II	Serie III	Regulärer Wert
975	1875	2350	bis 60.00 Mark

10% Rabatt Teppiche

welche sofort in Abzug gebracht werden, gewähren wir auf . . .
in den Grössen ca. 200/300, 225/330, 250/350, 300/400 cm, trotz der billigen Auflösungspreise.

Daunen-Steppdecken

in türkisch und einfarbig Satin
Wert 45.00 Mark jetzt **24⁵⁰**

Ein gr. Post. etwas angestaubt., eleg. Spachtel-, Erbstüll-Stores

auch Halb-Stores, zum Teil Handarbeit, in paarig u. einzeln

Wert bis 30.00, jetzt **10²⁵ 8⁷⁵ 6⁹⁵**

Schlafdecke

imitiert Kamelhaar, reine Wolle
Wert 7.50, jetzt **3⁹⁵**

Ein Posten Damen-Taghemden

(Achselschluss) mit Trimming oder Languetten besetzt

Wert bis 2.00, jetzt **1⁴⁵ 1²⁵ 95 Pf.**

Ein Posten Damen-Taghemden

(Vorder- u. Achselschl.) mit Languetten oder Stickereibesatz

Wert bis 2.50, jetzt **1⁵⁵ 1⁶⁵ 1⁷⁵**

Ein Posten Damen-Beinkleider

Knie- oder lange Façons mit Stickereibesatz

Wert bis 2.00, jetzt **1⁴⁵ 1²⁵ 95 Pf.**

Ein Posten Damen-Beinkleider

Knie- oder lange Fassons, mit à jour u. Stickereibesatz in eleganter Ausführung.

Wert bis 2.90, jetzt **2¹⁰ 1⁹⁵ 1⁶⁵ Pf.**

Ein Posten Untertaillen

ganz bedeutend unter Preis in eleganter Ausführung

Wert bis 2.25, jetzt **1²⁵ 1¹⁰ 95, 70 Pf.**

Ein Posten Hausschürzen

in vorzüglichen Qualitäten und Dessins

Wert bis 2.25, jetzt **1⁶⁵ 1⁴⁵ 1²⁰ 95 Pf.**

Empire-Korsetts broch. Stoff 95 Pf.

Empire-Korsetts grau Drell, mit breiter Spitze garniert 1.45

Frack-Korsetts broch. Stoff mit Strumpfhalter 1.95

Kinder-Leibchen grau, zum Knöpfen 85 Pf.

Kinder-Geradehalter grau Drell 1.25

6 Quadrate Leinen vorgez. zum Zusammensetzen von Decken 95 Pf.

Russenkittel vorgez., grau und weiss 1.45

Küchen-Paradehandtücher gestickt 95 Pf.

Küchenkante gehäkelt, Handarbeit . . . Mtr. 45 Pf.

Ein Posten Schirme (Entoutcas)

Halbseide, mit bunter Kante,

Stück **3⁵⁰ 4²⁵ 5²⁵**

Ein Posten echter Ecuador Panama-Hüte

Serie I sonst 14.75	Serie II sonst 10.75
jetzt 8⁷⁵	jetzt 5⁹⁵

Ein Posten elegante bunte Oberhemden

Zephyr-Einsatz jetzt **3⁷⁵**

Bessere einzelne Musterteile echte Ecuador Panama-Hüte

Wert bis 28.50 jetzt **14⁷⁵**

Ein Posten elegante bunte Oberhemden

Seideneinsatz mit Manschetten jetzt **4⁸⁵**

Herren- u. Knaben-Strohhüte zu jedem annehmbaren Preise.

Warenhaus Fr. Pfingst & Co.

Königstrasse 33, Ecke Neue Friedrichstrasse.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Die Genossen, welche Bücher aus der Bibliothek entliehen haben, werden nochmals gebeten, dieselben wegen der Inventur sofort zurückzubringen. Bis zum 15. Juli werden keine Bücher ausgegeben.

Stralau. Sonntag, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr, findet im Lokal von Voets, Alt-Stralau 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Kassierers, Landtagswahl, Ersatzwahlen und Neuwahlen zum Vorstand, Parteiangelegenheiten.

Treptow-Baumschulweg. Die Parteigenossen werden ersucht, am morgigen Sonntag, zu dem vom Gefangenenverein „Niederfreundschaft“ in der Königsheide arrangierten Waldfest zu erscheinen. Für Unterhaltung ist hinreichend gesorgt.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Friedrichsfelde. Am Sonntag, den 5. Juli, findet bei Bube, Prinzen-Allee 30 das Sommerfest des Wahlvereins statt. Durch die Ausstellung eines reichhaltigen Programms ist für Unterhaltung bestens Sorge getragen. Um regen Besuch bittet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Vegetationsbild von der Havel.

Zwischen Wannsee und der Pfaueninsel. Am hohen Ufer, das bald steil der feartigen Havel sich nähert, bald versackend zurückweicht, dunkler Kiefernforst. Zwischen diesem und dem blaugrauen Gewässer wechselt zonenweise die Vegetation. Die im Juni am höchsten entwickelte Gräserwelt bekleidet die Abhänge, die hier und da weißer Sand entblößt. Die roten Lupfen der Karthäusernelke, die gelben der Habichtskräuter und die unscheinbaren Rippen des Sauerampfers lassen das Vordringen der Gräser nur um so schärfer hervortreten. Am feuchten Fußwege zwischen Abhang und See bilden Pappeln und Erlen ein Band aus Laubhölzern. Wo der Boden trockener bleibt, sind niedrige Grastristen ausgebildet mit den rotblühenden Büscheln des Feldhymnians, mit gelben Kamukeln und Zünsfingerkräutern, weißem und gelbem Klee und mit den höheren gelben Rippen des Johanneskrautes. Dann folgt die feuchtere Zone, gekennzeichnet durch zahllose weiße, winzige Blüten des dichtgedrängt wachsenden Sumpflabkrautes, dem liebliches Vergilmeinnicht beigemischt ist. Darüber hinaus sinkt der Fuß ins Wasser. Die eigentliche Sumpfszone beginnt. Zunächst gewaltige Bestände einer unserer größten Gräserart (Glycoria maxima), mit dunkelgrünen Blättern und Seggen dazwischen. Diese Zone übersteigt die bis zu meterlangen dunkelgrünen Blätter des hohen Wasser-Ampfers. Die Rosetten der länglichen Blätter des Froschlöffels, aus deren Mitte sich eigentümlich quirlig und weitläufig verästelte Blütenstände mit kleinen rötlichen Blümchen entfalten. Die fast Kamukelhöhe erreichen können, und viele andere Sumpfgewächse. Zuletzt erst, an den nassesten Stellen am Wasser, schließt das Reich des hohen Schilfes in dichten Beständen das Sumpfgelände, das ungehindert breitet sich die feuchte Fläche aus. Wo das Schilf den Ausblick gestattet, zeigt sich aber noch eine letzte Zone auf dem Wasserpiegel, die Blätter der gelben Seerose und anderer Arten ihres Geschlechts. Im Schilf steigt der Rohrperling hin und her, aber der scheue Vogel ist ziemlich still geworden seit der Frühlingszeit. Große braune und kleine staubblaue Libellen schwirren über das Gelände und treiben ihr Spiel, das teils der Liebe, teils dem Jange kleiner Insekten gewidmet ist. In den hohen Pflanzenstengeln im Sumpfe kann man ab und zu noch die leeren Larvenhüllen sitzen sehen, aus denen die Libellen nach Beendigung ihres Lebens im Wasser ausgeschlüpft sind. Ueber ihnen aber in den Lüften führen größere Räuber ein geschäftiges Dasein. Rebelsträßen, die, aus ihren Nörsten in den Kronen der Stiefeln herborschießend, nach Mövenart über den Wassern kreisen und herniederstehend dicht am Wasserpiegel irgendeine Beute zu erhaschen suchen, die sie in schnellem Fluge wieder zurücktragen. Sonst, wenn der Chor der Sträßen schweigt, ist es still am hohen Ufer des Wannsees. Der im Walde lagert und durch die Stämme auf das leise bewegte Wasser schaut, genießt einen der größten Reize, den märkische Landschaften aufzuweisen haben.

Auf der Wohnungssuche.

Warum zetern eigentlich die Großstadtmenschen so sehr über diese „entfesselte, qualvolle“ Zeit der Wohnungssuche? Von einem Halbjahr zum anderen begegnet man denselben Jeremiaden, und doch wird die Zahl der durch Mieter erfolgten Kündigungen nicht kleiner. Selbst beim diesmaligen Kündigungstermin sind, obwohl die Hauswirte keine allgemeine Mietssteigerung gewagt haben, außerordentlich viele Kündigungen erfolgt, wie die zu Tausenden zum Vorschein gekommenen bekannten Mietszettel beweisen. Vielleicht liegt's an der Tatsache, daß von einer Wohnungsnot heuer keine Rede sein kann. Mehr als 26 000 Wohnungen standen am 1. April 1908 leer; allerdings meistens größere. Das macht vielen Leuten den Mut, ihre Wohnverhältnisse zu verbessern und in dieser Hoffnung alle Unannehmlichkeiten des Umzuges mit in den Kauf zu nehmen. Sobald die Kündigungsbriefe in die Hände des Hauspächters geflattert und mit überraschender Schnelligkeit die ersten bunten Kreidetafeln an der Haustür erschienen sind, geht die Wohnungssuchzeit los, schon drei Tage vor dem Ersten in aller Herrgottsfröhe. Ein Anrecht, vermietbare Wohnungen schon so schnell zu besichtigen, besteht indes keineswegs. Vor dem Monatsersten ist man noch sein eigener Herr in der eigenen Wohnung. Auch nachher ist die Besichtigungszeit, worauf auch an dieser Stelle hingewiesen sei, durch wiederholte Gerichtsentscheidungen zeitlich genau festgelegt. Für Groß-Berlin gilt an Wochentagen die Zeit von 10 bis 1 und 3 bis 6, Sonntags von 11 bis 3 als durchaus angemessen. Je nach besonderen Umständen wird man sich ja nicht streng auf die Minute in diesen Grenzen halten, aber ein Anspruch darüber hinaus, wie er vielfach mit großer Bravour geltend gemacht wird, existiert nicht. Wer vor 8 Uhr morgens und noch nach 9 Uhr abends vor spricht, sollte sich doch von selbst sagen, daß diese Zeitwahl eine nicht gerade günstige ist.

Ueberhaupt hat die Wohnungssuche entschieden viel mehr Peinliches für den Wohnungsinhaber als für den Suchenden. Es ist deshalb höchst verkehrt, die zu vermietende Wohnung aus häßlichen Verfühlungen gegen den Hauspächter schlecht zu machen. Damit verlängert man sich ja nur die Unbequemlichkeit, wochenlang belästigt zu werden. Das Wohnungssuchen

in Berlin hat ja etwas Mißliches und gehört nicht gerade zu den Annehmlichkeiten, allein so schlimm wie vor Jahren ist es im Augenblick nicht mehr.

Viele Reflektanten schaffen sich Schwierigkeiten erst selbst, indem sie Wohnungen besichtigen, deren Unbrauchbarkeit ihnen nach dem Zettel oder nach der Auskunft des Wirtes von vornherein einleuchten sollte. Ja, es soll Leuten geben, die sich auf die Socken machen, obwohl sie gar keine Wohnung mieten wollen. Diese sonderbaren Schwärmer besichtigen mit Vorliebe herrschaftliche Wohnungen, um zu renommieren, sich wichtig zu machen und etwas vorzustellen, das sie gar nicht sind. Andere können sich von der zu besichtigenden Wohnung kaum trennen, riechen in alle Ecken und Kochlöcher hinein, setzen sich ungentert auf das heilig gehaltene Sofa der guten Stube und müssen mit sanftem Jureden hinauskomplimentiert werden. Fehlt bloß noch, daß sie einen Zahnschmerz und den Klosettschlüssel verlangen. In solchen Fällen wird das Wohnungssuchen sicher weit unangenehmer empfunden als das Wohnungssuchen. Letzteres ist, mit Geist und Grazie betrieben, mitunter ein Kapitalvergnügen. Auf den abgedroschenen Kallauer von den sechs Kindern, die „alle auf dem Kirchhof sind“, aber mit dem Einzug plötzlich die Orgelstufen austauschen, weil sie „die Gräber ihrer Großeltern besucht hatten“, fällt ja selbst ein Berliner Hauswirt nicht mehr hinein.

In der gegenwärtigen Zeit legen auch immer weniger Hauswirte das Schwergewicht auf die Kinderzahl. Ihnen ist es in erster Reihe darum zu tun, zahlungsfähige Mieter zu bekommen, Mieter, die nicht in der schwarzen Liste stehen. Am schlimmsten sind die Arbeiter dran, die durch längere Arbeitslosigkeit nicht in der Lage waren, ihren Mietszins am Ersten dem Hauswirt hinzulegen; sie haben am meisten zu leiden.

Gegen die Schundliteratur

Kämpfen seit Jahren die von der Vorwärtsbuchhandlung herausgegebenen „Freien Stunden“ dadurch, indem sie nach Kräften bemüht sind, nur guten Unterhaltungsstoff zu bieten. Sie wollen verhindern, daß der Matsch und der Kratsch, der heute das öffentliche Leben vergiftet, eingeengt wird, daß Kriecherei und Rudererei auf den Schleichwegen miserabler Grobiane in die Arbeiterwohnungen geschmuggelt werden. Welches Unheil und welche Verheerungen die Schundromane in den Köpfen anrichten, dafür bedarf es keiner weiteren Beweise. Täglich gehen Mitteilungen durch die Tagesblätter, daß das Lesen von Schundromanen sehr oft Ursache zu den größten Verbrechen geworden ist. Die „Freien Stunden“ bringen gute Romane und Novellen, die sorgfältig ausgewählt und namentlich im Hinblick auf volkstümliche und gesunde Schreibweise geprüft worden sind; sie bringen in jedem Heft Illustrationen von Künstlerhand; ferner kleine Aufsätze, Humoresken und Skizzen. Jede Woche erscheint ein 24 Seiten starkes Heft, reich illustriert für 10 Pf.

Mit dem neuesten Heft beginnt ein neuer Roman: „Der Haide“, von Duru Dumbrosa, der die Erinnerung an Deutschlands größten Freiheitsdichter heraufbeschwört. Der Roman zählt zu den hervorragendsten Erzeugnissen der neueren volkstümlichen Literatur. Er läßt uns in fremdartiger Farbenpracht ein bewegtes Stück Zeitgeschichte aufsersehen und preist mit kühnen Tönen das alte, unüberwindliche Völkerverband: die Freiheit. Der Münchener Maler Damberger hat es übernommen, in zahlreichen künstlerischen Illustrationen den „Haide“ und die wichtigsten Szenen aus dem Roman bildlich vorzuführen.

Ein Irrenhausprozeß gegen den Redakteur Karl Schmidt, den Herausgeber der „Zeit am Montag“, wird am 6. Juli vor dem königl. Landgericht I in Roßbit seinen Anfang nehmen. Diermal handelt es sich um das, was gerade während der letzten Jahre aus Anlaß zahlreicher Spezialfälle die öffentliche Meinung und die Presse in hohem Grade beschäftigt hat, nämlich um die schweren Mißstände im Irrenhauswesen, welche nach einer Reform förmlich schreien. Schmidt hatte am 25. November v. J. einen solchen Spezialfall als Leitartikel mit der Ueberschrift „Moderne Irrenhaus-Folter“ behandelt. Der Fabrikbesitzer und Stadtverordnete Emanuel Lubek aus Deuthen (Oberschl.) war vor drei Jahren auf Drängen seiner Familie, insbesondere seiner jetzt von ihm geschiedenen Ehefrau veranlaßt worden, zur Stärkung seiner durch geschäftliche Fehlschläge angegriffenen Nerven eine Privatheilanstalt anzuführen. In spät bemerkte er, daß man ihn nicht nach einer Privatanstalt, sondern nach der geschlossenen Provinzial-Irren- und Pflegeanstalt in Leubus (Schlesien) abgehoben hatte. Hier ist Lubek nach seiner Darstellung, die in allen wesentlichen Punkten aktenmäßig bestätigt wird, in einer Weise behandelt worden, die mit dem humanen Zug der angeblich durch unser ganzes heutiges Irrenwesen geht, schwer in Einklang gebracht werden kann. Einzelne Behandlungsmethoden, die seitens des leitenden Irrenarztes vor Gericht in den später entstandenen Zivilprozeßen bereits zugestanden sind, insbesondere die ununterbrochen fortgesetzten stundenlangen Wasserbäder (bis zum Wundwerden!) sind unmöglich zu verteidigen. Erwiesen ist, daß Lubek als Trinker und Paralytiker (Gehirnerweichung) behandelt wurde, während amtlich und durch ärztliche Gutachten feststeht, daß er niemals Trinker war und auch nicht geistesgestört ist. Der Hausarzt, der Lubek 17 Jahre lang bis unmittelbar vor der Internierung behandelte, hat unter Eid erklärt, daß niemals auch nur die geringsten Spuren geistiger Störung zu bemerken gewesen seien. Auch die fernere Begründung für die Internierung, daß Lubek an Eifersuchtswahn gelitten habe, fällt dadurch in sich zusammen, daß im späteren Ehecheidungsprozeß genügende Ursache zur Eifersucht festgestellt worden ist. Schließlich erklären die Irrenärzte, daß Lubek nur an einer „einfachen Seelenstörung“ gelitten habe. Er wurde nach fünf Monaten entlassen, nachdem mit dem Staatsanwalt gedroht war, und hat nun seitdem unablässig mit ätzendem Eifer an seiner Rehabilitierung gearbeitet. Bis zu den Ministern des Innern und der Justiz, ja sogar bis nach dem Kabinettsrat des Königs ist die Sache durch Lubek gebracht worden, natürlich ohne Erfolg. Erst die Nacht der Presse hat zu der erwünschten Wendung geführt. Der wegen des Schmidt'schen Artikels angestregte Prozeß wird hoffentlich nicht bloß dem gequälten Name zu seinem Rechte verhelfen, sondern aufläuternd wirken und zur Beseitigung des morschen Irrenhaussystems, an dem neuerdings so viele Existenzen gescheitert sind, wesentlich beitragen. Dadurch gewinnt er an Bedeutung weit über die Privatangelegenheiten hinaus. Dem Vernehmen nach ist der leitende Direktor der Leubuser Irrenanstalt inzwischen in Pension gegangen! Daß diese Maßregel mit der vorliegenden Angelegenheit in Verbindung steht, wollen wir natürlich nicht behaupten.

Feuer im königlichen Opernhaus.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich gestern in der zehnten Vormittagsstunde unter den Akten die Kunde: Das Opernhaus steht in Flammen! Alles strömte dorthin, so daß die wenigen Schutzleute Mühe hatten, die Ansturmenden im Zaume zu halten. Wenige Augenblicke später raselten aber auch schon Feuerwehrlöschzüge von allen Seiten heran. Die Feuerwehrcwagen, etwa 50 an der Zahl, besetzten die benachbarten Straßen. Das Feuer wüthete in dem Dachtraum über dem Konzertsaal an der Front unter den Linden. Hier züngelten Flammen aus den Fenstern hervor. Die isolierte Lage des Opernhauses ermöglichte es, daß sofort von vier

Seiten mechanische Leitern aufgestellt werden konnten. Außerdem drangen ganze Scharen von Feuerwehrlenten über die Außentreppe nach oben, um durch Einschlagen von Fenstern in den brennenden Raum vorzudringen. Von der Westseite aus wurde mit vier und von der Ostseite mit zwei Schlauchleitungen Wasser gegeben. Gleichzeitig wurde das Dach an mehreren Stellen durchschlagen, um dem Qualm Abzug zu verschaffen. In erster Linie galt es, dem Feuer den Weg nach dem Bühnenraum zu verlegen, was auch gelang. Schon nach halbstündiger Löscharbeit galt die Gefahr für beseitigt. Noch während des Brandes rückten zwei Kompagnien des zweiten Garderegiments an. Eine Kompagnie war ohne Gewehr, die andere mit Gewehr. Die eine Kompagnie verschwand alsbald zum größten Teil im Innern des Opernhauses, um wertvolle Requisiten, die etwa durch Wasser beschädigt werden könnten, schleunigst in andere Räume zu schaffen. Die andere Kompagnie hielt mit Gewehr bei Fuß und trat nicht in Tätigkeit. Da der brennende Dachraum so gut wie leer war, so ist der verursachte Schaden nicht so bedeutend. Das Feuer ist anscheinend durch Klempner, die auf dem Dach arbeiteten, durch unvorsichtiges Umgehen mit einem Lötlöfen verursacht worden.

Beschützt die Waldvögel. Nur spärlich konzentrierten unsere gefiederten Sänger in den Wäldern und Büschen der Berliner Ausflugsorte. Diese für jeden Naturfreund traurige Erscheinung ist oft darauf zurückzuführen, daß eine Anzahl Personen unsere Wälder durchstreifen und den Vogeltraub betreiben. Gibt es doch Menschen, die, dar jedes Gemeinfinns und jeder Naturfreude, nicht nur die alten Vögel einfangen, sondern gerade in der jetzigen Jahreszeit auch die Nester ausnehmen. Das ist ein doppelter Frevel. Auf solche grausamen Störenfriede in der Natur müssen alle Ausflügler und Naturfreunde ein wachsameres Auge haben, um ihnen ihr schändliches Handwerk zu legen. Erst am Sonntag beobachtete eine Arbeiterfamilie, wie aus einer Zuspätschleife hervorgeht, am Badestrand des Müggelsees, unweit des Forsthauses im Gebüsch, wie ein solcher Vogelmarde darauf ausging, ein Hänflingpärchen, das den großen Appetit seiner fünf Jungen zu befriedigen suchte, einzufangen zu wollen. Die Familie hatte bereits längere Zeit die Sorge der Vogelei um ihre Jungen beobachtet. Sie war deshalb auch nicht wenig empört darüber, als im Gebüsch eine Gestalt herannahte, die sich an dem Nestchen zu schaffen machte. Unter Vermittlung der Familie trat der Bursche den Nachzug an. Auch andere Ausflügler waren bereits auf den Vogeltrauber aufmerksam geworden. Der Einsender bittet uns, den Fall mitzuteilen, damit andere Naturfreunde ein wachsameres Auge auf solche Vögelvernichter haben mögen.

Das Verfahren eingestellt hat die Staatsanwaltschaft gegen den Fabrikanten und Sattlermeister Jordan, der wegen Totschlags in Untersuchungshaft genommen worden war. Es handelt sich um einen Vorfall, der sich am 10. Mai abends in dem Hause Alexandrinenstr. 80 abgespielt hatte. Hier wohnte die unberechichtigte Liebseurin Kappel, die mit dem schon 53jährigen Angeklagten ein Liebesverhältnis unterhielt. Zwischen der K. und ihrer Flurnachbarin, der Ehefrau des Buchdruckereiarbeiters W. z. h. m. e. r., war es häufig zu Streitigkeiten gekommen. Am Abend des 10. Mai dieses Jahres wurde die K. von dem Jordan bis vor die Haustür begleitet, vor der die Frau W. mit einem anderen Manne stand. Es kam auch hier wieder zu Auseinandersetzungen. Jordan begleitete die K. schließlich die Treppe hinauf, um sie vor weiteren Belästigungen zu schützen. Auf der dunklen Treppe trat ihnen plötzlich ein Mann entgegen, mit dem Jordan sofort in ein Handgemenge geriet. Plötzlich ertönte ein gellender Schrei, der von dem Klirren einer Fenster Scheibe begleitet wurde. In demselben Augenblick vernahm man auf dem Hof stehende Leute einen dumpfen Fall und fanden den Drehmer in seinem Blute schwimmend auf dem Steinpflaster liegend vor. Es stellte sich heraus, daß Drehmer, der kurze Zeit darauf an den Folgen eines Schädelbruchs verstarb, von Jordan einen Stoß erhalten hatte und durch das Fenster hindurch aus der dritten Etage auf den Hof gestürzt war. Jordan wurde unter dem Verdacht des Totschlags verhaftet. Nach einer längeren Untersuchungshaft ist er nunmehr wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen ihn eingestellt, da die Ermittlungen ergeben haben, daß er von dem getöteten Drehmer angegriffen worden war und in Notwehr gehandelt hatte.

Aus Not erschossen. Im Viktoriapark erschossen hat sich in der Nacht zum Freitag der Mechaniker Kahl aus Biegenheim in Hessen, der nach Berlin gekommen war, um sich hier eine Stellung zu suchen. Die Bemühungen des K., Arbeit zu erhalten, waren jedoch vergeblich, und die geringen mitgebrachten Geldmittel waren in wenigen Tagen erschöpft. Der Mechaniker besah nicht mehr soviel Geld, das nachhilogis zu bezahlen und begab sich deswegen nach dem Viktoriapark, wo er in einem Verzweiflungsanfall gestern morgen gegen 3 Uhr sich aus einem mitgeführten Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe jagte. Der Lebensmüde wurde bald darauf von einer Schutzmannspatrouille aufgefunden und nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wo jedoch nur der bereits eingetretene Tod des K. festgestellt werden konnte. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe übergeführt.

Ein Kampf gegen die Ratten findet gegenwärtig in der Müllerstraße statt. Durch die Aufhebung der Abdeckerei ist den Ratten, die sich in jener Gegend in ungeheuren Massen aufhielten, der Nahrungstoff entzogen worden, wodurch die Tiere vertrieben wurden und sich nach den umliegenden Gehöften und Häusern verzogen. Da man eine detartige Rattenplage von vornherein befürchtete, wurden schon vor der Aufhebung der Abdeckerei Maßnahmen getroffen, um die langgeschwänzten Rager zu vernichten und ein Kammerjäger mit dieser Aufgabe betraut. Die Bemühungen haben auch einigen Erfolg gehabt, doch war es natürlich nicht möglich, die Plage gänzlich zu beseitigen.

Eine Kindesleiche wurde gestern auf dem Treppenslur des Hauses Schröderstraße 10 gefunden. Sie befand sich in einem in Zeitungspapier eingehüllten Paket, und zwar in vollständig natiem Zustand.

Ein dreifacher Fuhrwerksdiebstahl ist in der Lindenstraße verübt worden. Vor der Markthalle hatte ein mit Fleisch hochbeladener Wagen der Firma Helfers, Juliusstraße 7, gehalten. Während der stauscher Fleisch nach der Halle trug, schwang sich ein fremder Mann auf den Wag, schlug auf die Pferde ein und jagte davon. Als der Fuhrwerk wieder zurückkehrte, war der freche Marde mit seiner Beute bereits verschwunden. Das Fuhrwerk hat einen Wert von nahezu 3000 Mark.

Etwas 150 Billen liegen gegenwärtig auf der Ober fest, weil sie infolge des niedrigen Wasserstandes auch bei der denkbar geringsten Verachtung die zahlreichen Untiefen nicht mehr passieren können. Wenn der Wasserstand in dieser Weise weiter zurückgehen sollte, dürfte bald die gesamte Schifffahrt drauß liegen. Die Folgen der anhaltenden Dürre machen sich auf den märkischen Gewässern von Tag zu Tag fühlbarer. In den letzten 24 Stunden ist die Spree mit ihren Verzweigungen um 10 bis 16 Zentimeter gefallen, so daß beispielsweise die Gohrnie des Spandauer Schiffshefens nicht unmerklich verengt ist. Ähnlich rapide ist der Rückgang der Elbe. An den oberen Stationen bei Ruffig und Dresden ist der Strom in 12 Stunden um 10 bis 15 Zentimeter, an den unteren Stationen innerhalb 24 Stunden um 4 bis 12 Zentimeter gefallen. Da aber dieser Wasserückgang

ununterbrochen anhält, ist zu befürchten, daß es auch hier bald zu einer Störung der Schifffahrt kommt. Günstiger sind die Wasser-Verhältnisse der Havel, die ja bis zum Anfang Juni einen ungewöhnlichen Hochstand aufzuweisen hatte. Seit dieser Zeit sind auch hier die Flüsse ständig und in den letzten Tagen rapid gefallen, doch ergaben die Pegelmessungen einen noch normalen Wasserstand. Allerdings dürfte auch dieser in wenigen Tagen verloren gehen, wenn nicht durch ergiebige Niederschläge bald eine allgemeine Besserung des Wasserstandes herbeigeführt wird.

Der Unglücksfall des Schiffchens Krüger am Donnerstag soll nicht, wie uns ergänzend berichtet wird, darauf zurückzuführen sein, daß K. auf einer achsel fortgeführten Straße ausglitt, sondern auf das überaus schnelle Fahren des Krügers, dessen Führer K. mit der Deichselhänge umtrieb und ihn so unter die Räder brachte.

Sein Angein ertrunken ist vorgestern mittag der Kahnbesitzer August Steinweg aus Templin. St. befand sich mit seinem Knecht im Spandauer Schiffsfahrkanal am Bahnhof Jungfernhöhe. Als er vom Kahn aus angelte, fiel er ins Wasser und ertrank. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Ueber die Behandlung tobstüchtiger Geisteskranker durch die Polizei läßt an der Hand eines Spezialfalles, in dem kürzlich ein solcher Kranker durch einen polizeilichen Säbelhieb verletzt wurde, die „Voss. Zig.“ durch einen praktischen Arzt bemerkenswerte Betrachtungen anstellen. Hiernach soll es unter Umständen keinen anderen Ausweg als den der Gewalt geben. Jedoch dürfte ein solches Vorgehen erst das allerletzte Zwangsmittel sein. Zunächstwert sei es, so schnell wie möglich den ersten besten Arzt nach der Polizeiwache oder sonstwohin zu beordern, damit dieser eine brühigende Injektion machen könne.

Wie man uns hierzu schreibt, ist es ein Verstum, daß solche Fälle als ganz besondere Ausnahmefälle vorkommen. Durchaus nicht selten werden Tobstüchtige, besonders delirierende Alkoholiker, durch Schulleute auf den Polizeiwachen so scharf angefaßt, daß sie die Spuren davon noch wochenlang hinterher in der Irrenanstalt tragen. Mit Kopfwunden, die durch Säbelhiebe verursacht sind, werden sogar häufiger Geisteskranker nach den Berliner Irrenanstalten eingeliefert. Es soll damit nicht gerade behauptet werden, daß die betreffenden Beamten sich einer absichtlichen Mißhandlung schuldig machen. Sie haben vielmehr wohl nur aus alter Gewohnheit so sehr zu tun, in dem Glauben, dem Kranken einen Gefallen zu tun, und wenn dabei die Polizeiwache auch mal ins Auge oder an eine sonst sehr empfindliche Stelle fährt, so geschieht das selbstverständlich nur in der Hitze des Gefechts mit einem Kranken, der seiner Sinne nicht mächtig ist. Trotz dieser guten Meinung, die wir von den Berliner Schulleuten haben, sollte generelle Anweisung gegeben werden, gegen Geisteskranker nicht mit der Faust vorzugehen. Das ist nicht mal in den Irrenanstalten erlaubt. Es genügt vollkommen, die Bewußtlosen in die Polizeizelle zu sperren und sie hier sich ausbaden zu lassen, bis der nächste zu erreichende Arzt herbeigeholt werden kann. Schlägt der Geisteskranker irgendwo wirklich alles kurz und klein, so wird doch durch die entgegengesetzte Gewalt der Schulleute absolut nichts gebessert. Selbst für das Schnüren von Armen und Beinen sind ganz bestimmte Vorschriften erlassen. Was soll also die Faust und der Säbel? Allenfalls könnte der Säbel zum dringlichsten Schutze dritter Personen außerhalb der Polizeiwache bei äußerster Not in Aktion treten. Diese polizeiliche Notwehr wird aber nach praktischer Erfahrung bei hundert Tobstüchtigen kaum einmal unumgänglich notwendig sein.

Sein Verbandsbuch verloren hat der Stukateur Albert Jünke, wohnhaft Pappelallee 44. Das Buch (Nr. 13) befand sich in einem schwarzen Futteral, in dem auch noch eine Sammelkarte für die Landtagswahl Nr. 7826 lag. Es wird um Abgabe erlucht.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt der Vortrag „Ueber den Brenner nach Benedig“ in dieser Woche am Sonntag und Freitag zur Darstellung. Am Montag wird der Vortrag „Die deutsche Dialekt“, am Dienstag und Sonnabend der Vortrag „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“, am Mittwoch „Die deutsche Nordsee“, und am Donnerstag der Vortrag „Von der Jughitze zum Wagnis“ wiederholt.

Ueber die eigenartige Penstlermeinung, welche am 30. Juni am Nachthimmel zu sehen war, wird Herr Direktor Dr. F. S. R. z. h. e. n. h. o. l. d. am Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 5 Uhr im Hörsaal der Reptilien-Sternwarte (Restaurant Jenner, Treptower Chaussee 21) unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder sprechen. Das Thema für den 7. Juli, Sonntag, lautet: „Alte und neue Forschungen über den Mond“ und Montag, abends 8 Uhr, behandelt Herr Direktor Archenholz: „Die Auffindung der Sternbilder“ unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder und Abhaltung praktischer Übungen. Im ersten Vortrag werden Originalphotographien von den leuchtenden Nachtwolken vorgeführt, welche in den Jahren 1887 als Folgeerscheinung des Krakatau-Ausbruches aufgetreten sind. Mit dem großen Fernrohr werden jetzt zwei interessante Sonnenflecken gezeigt und abends der Mond, dessen Gebirge bei der jetzigen Phase sehr günstig zu beobachten sind.

Geneverbericht. Auf einem Platz an der Ecke der Sprengel- und Somastraße brannten Bauhölzer, Gerüstbretter und anderes. Der 16. Zug mußte längere Zeit löschen, um die Gefahr zu beseitigen. In der Charité brannten Phosphor, Spiritus und anderes und in der Poststr. 79 eine Wohnungseinrichtung.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.
„Unsere Pflichten nach den Landtagswahlen“ lautete das Thema, über welches in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse D o r g m a n n referierte. Die eben beendeten Wahlen, so begann der Referent, haben zum ersten Male unserer Partei positive Erfolge gebracht; Erfolge, die einem großen Teil von Parteigenossen vielleicht sogar wider Erwarten kamen. Der Ausgang der Wahlen habe gezeigt, wie das unsinnige Gerücht unserer Gegner nach den Reichstagswahlen von 1907, die Partei habe ihren Höhepunkt überschritten, in nichts zerfallen sei. Unser Erfolg sei um so höher anzuschlagen, als er erkämpft worden sei aus uralter Kraft, gegen die geschlossene Phalanx der bürgerlichen Parteien. Allerdings habe der beendete Wahlkampf nicht zu ändern vermocht an dem erdrückenden Uebergewicht, welches die konservativen Parteien wie bisher so auch diesmal wieder behauptet haben. Über die große Zahl der Mandate, welche diese Parteien uns haben, spreche beiseite nicht etwa von einer übermächtigen großen Anhängerzahl derselben, vielmehr verdanken die Parteien der Rechten ihren Bestand an Mandaten lediglich der brutal angewandten Vergeßlichkeit der freien Meinung, die von diesen Rechten an dem fachen Lande von jeher systematisch bei den Wahlen geübt worden ist. Die weitaus größere Stimmenzahl, das könne schon jetzt mit Sicherheit ausgesprochen werden, hat sich bei diesen Wahlen vereinigt auf die Sozialdemokratie. — Ein wichtiges Symptom, sagte Redner dann, liege in der Tatsache, daß noch mehr als bei allen früheren Wahlen diesmal geradezu alle Parteien sich als absolut unzuverlässig erwiesen haben, als es galt, gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die schlimmsten Reaktionen vorzugehen. Dieser Umstand allein schon spreche zur Genüge für den fortschreitenden engen Zusammenschluß aller bürgerlichen Elemente zur Abwehr gegen die aufstrebende Sozialdemokratie. Er lasse aber auch mit überzeugender Klarheit erkennen, in welcher verhängnisvollen Bahn man befangen sei, wenn man immer noch, etwa wie Bernstein in seinem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“, Kampfschaft der illusionären Idee nachhänge, gemeinsam mit einem Teil des Liberalismus, dem „entschiedenen“, den Kampf um die Niederrückung der Reaktion aufzunehmen. Auf den erwähnten Bernsteinschen Artikel ging der Referent näher ein und unterzog ihn einer scharfen, sachlichen Kritik.

Weiter wandte sich der Redner dann mit Verbe gegen den Vorwurf des Terrorismus, den nun auch der Herr v. Rheinbaben

in zorniger Entrüstung unseren Genossen im Landtage entgegen geschleudert hat. Er gesteht scharf die Deuselei, die unsere Gegner dadurch, daß sie sich über den Terrorismus der Sozialdemokratie lüthlich entrüsten, an den Tag legen. Bis hier haben die bürgerlichen Parteien den Terrorismus anscheinend als ihr alleiniges Privileg angesehen. — Unser Kampf im Landtage, meinte Genosse Dorgmann, wird ein schwerer werden; aber die Arbeit wird von agitatorischem Wert sein. Neben dieser parlamentarischen Arbeit dürfe die Partei aber ganz und gar nicht etwa sich nur mit dem bestehenden Wahlsystem abfinden; im Gegenteil: der durch die Wahlbewegung unterbrochene Wahlrechtskampf müsse nunmehr wieder mit ungebrochener Kraft aufgenommen und, unterstützt durch eine zielbewusste, unausgesetzte Organisations- und Aufklärungsarbeit, bis zur Eroberung des Reichstagswahlrechts für Preußen fortgesetzt werden!

Dem beifällig aufgenommenen Vortrage folgte eine Diskussion, in der von mehreren Rednern besonders auf die „Terrorismusbrede“ des Herrn v. Rheinbaben eingegangen wurde, wobei dieselben ungeschminkt ihre Meinung zu dieser Leistung des Finanzministers kundgaben. Ebenso wurde kurz über den Bernsteinschen Artikel diskutiert. Ein Antrag, entsprechend der Anregung des am Erscheinen verhinderten Genossen Bernstein diesen für die nächste Versammlung als Referenten über die Angelegenheit zu bestellen, wurde abgelehnt.

Genosse Ritter setzte dann die Anwesenden in satirischer Form in Kenntnis, daß der Stadt. Nobel ihn aus Anlaß des in der Mittwochsummer des „Vorwärts“ mitgeteilten Verkommnisses durch dritte Seite aufgefordert habe, den gegen ihn, Nobel, erhobenen Vorwurf zurückzunehmen, und zwar in einer ganzen Reihe von Zeitungen. Er habe dies, fügte Ritter hinzu, abgelehnt und setze den kommenden Dingen falls entgegen. — Ein erneut gestellter Antrag, in der nächsten Versammlung die Alkohollage zu behandeln, fand wiederum keine Beachtung. Ein weiterer Antrag Schäfer soll event. in der nächsten Versammlung zur Verhandlung kommen.

Der Vorsitzende antwortete auf eine gestellte Anfrage, daß in unserem Kreise eine Neuwahl aller Vorstandsmitglieder nicht stattfinden müssen, da aus Nixdorf, ganz abgesehen von der Heranziehung des vorjährigen Steuerzuges, eine große Zahl weiterer Proteste vorliege, die zum Ausspruch der Ungültigkeit der Wahl ausreichen dürfte.

Mit der Aufforderung an die Bezirksführer unverzüglich die Abteilungs- sowie die Sammellisten von der Landtagswahl abzuliefern, wurde die Versammlung geschlossen.

Raffinierte Spitzbuben treiben gegenwärtig ihr Unwesen, indem sie in den verschiedenen Häusern die Käufer von den Treppen entlocken. In der Regel kundschaffen sie zu ihrem Diebstahlwerkzeug den Zeitpunkt aus, wo der Portier oder Verwalter des Hauses auf wenige Minuten seinen Posten verläßt. Mit affenartiger Geschwindigkeit ziehen sie dann die Restingangen aus, rollen die Treppenkäuser von der 3. bis zur 1. Etage herunter und fahren das Ganze „zum Reinigen“ auf einem Handwagen nach einem Fehlerneß.

Hohen-Schönhansen.

Die letzte Gemeindevertretersitzung beschäftigte sich wieder mit dem von der Grundbesitzer- und Bauvereinschaft hergestellten Pflaster in der Berliner Straße. Vertaglich war dieselbe verpflastert, unter dem Pflaster eine Schotterdeckung herstellen zu lassen. Dies ist aber nicht geschehen. Da die Gemeinde zu dem Straßebau 20 000 M. zu zahlen hat, beschloß die Vertretung, erst ein Rechtsgutachten einzuholen, ob dieselbe nun noch ihrerseits verpflichtet ist, den geschlossenen Vertragsbestimmungen nachzukommen. Genosse Thiele wurde hierauf in die Rechnungsprüfungskommission gewählt. Bei der Festsetzung der Kirchhofordnung gelang es unseren Genossen bei Art. 1, „Laienreden“ an der Brust, mit einem Antrag durchzubringen, wonach Neben bis zu 15 Worten nicht anmeldspflichtig sind. Grabschäfte bedürfen nunmehr nicht mehr der Genehmigung des Ortsgeistlichen, sondern sind dem Gemeindevorsteher vorzulegen. Bei Art. 3, Denkmalschriften, kam es zwischen den bürgerlichen Herren, welche hierbei sehr stark in Religiosität machten, und dem Genossen Thiele zu einer heftigen Debatte. Ohne die Kirche glaubte man aber doch nicht auskommen zu müssen; die Festsetzung der Verdigungsgebühr wird dem Ortsgeistlichen unterstellt. Jedenfalls glaubte man auch, daß der Gemeindevorsteher nicht die nötige Sachkenntnis besitzt, die Zeiteinteilung vorzunehmen. Einer der bürgerlichen Herren erklärte hierbei, daß, wenn er als Leidtragender auf dem Friedhofe erscheine und es wäre gerade eine Eigenartigkeit zur letzten Ruhe gebracht worden, so belästige es sein Gefühl, wenn er noch dort Jägerner antreffen würde. Unter „Verschiedenes“ fragte Genosse Brütt den Gemeindevorsteher, wann er gedenkt, die vom Gemeindefiskus Linhart veruntreuten 1400 M. der Gemeindekasse wieder zuzuführen. Da der Gemeindevorsteher erklärte, vom Landrat noch keine Antwort in dieser Angelegenheit erhalten zu haben, beschloß die Gemeindevertretung, dem Kreisaußschuß diese Sache zu unterbreiten.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der nördliche Bürgersteig in der König-Chaussee zwischen Albertinenstraße und Lindenallee soll laut Beschluß ebenfalls in diesem Jahre reguliert werden. Auch sollen bei der Regulierung der Bürgersteige in der Bärteistraße anstatt der bisherigen Bordsteine nach Berliner Muster zu liefernde Bordsteine verwendet werden. Einem Vermessungsbedürfnis wurde auf Antrag das Gehalt von 150 auf 170 M. pro Monat erhöht. An dem Entwässerungsgraben in Birkhof müssen behufs Abführung der Regenwasser einige Streifen rechts und links angekauft werden, jedoch sind die Angebote der Besitzer so hoch, daß man sich entschloß, vorläufig nur eine Parzelle anzukaufen, die einigermassen dem Wertverhältnis entspricht. Die Verhandlungen zwecks Verkauf eines Teiles des ehemals Hoffmannschen Terrains in der König-Chaussee sind gescheitert, da der Käufer den von der Gemeinde geforderten Preis nicht zahlen will. Die stattgehabte Sitzung war die kürzeste in diesem Jahre, sie währte nur 50 Minuten, jedoch soll vor den Ferien noch eine Sitzung stattfinden.

Reinickendorf-Ost.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins sprach Genosse Schütte über die Lehren der Landtagswahl. Beginnend mit dem Verfassungsverstößen Friedrich Wilhelm III. während der Tage der größten Not und Erniedrigung Preußens, zeichnete er in kurzen, markanten Strichen die Entwicklung der preussischen Verfassung und des parlamentarischen Gedankens in Preußen, bis zur Wahl von sieben Sozialdemokraten in den preussischen Landtag, endigend mit der Aufforderung, nicht zu rasten und zu ruhen, bis diese Feste preussischen Junkerthums gefallen sei. Reichter Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen.

Auf Anregung aus der Versammlung wurde der Vorstand beauftragt, eine Liste derjenigen Geschäftleute, die sozialdemokratisch gewählt haben, anzufertigen und den Mitgliedern zuzustellen.

Von den Parteigenossen wird erwartet, daß sie in erster Linie bei ihren Einkäufen die Wähler berücksichtigen, die gezeigt haben, daß sie Verständnis für die Leiden und den Kampf des Proletariats haben.

Von einzelnen Parteigenossen wurde die Aufstellung einiger Kandidaten zur Gewerbegerichts Wahl, sowie die Agitation zur selben selbst bemängelt und der Vorstand des Wahlvereins beauftragt, die Gewerbegerichts Kommission zu ersuchen, sich bei solchen Angelegenheiten mit dem Wahlverein, wie auch mit den Vertrauensleuten der einzelnen Gewerkschaften vorher ins Einvernehmen zu setzen.

Vermischtes.

Zusammenstoß zweier Schnellzüge.
Ein schreckliches Eisenbahnunglück, bei dem acht Personen ihr Leben verloren und eine große Zahl Passagiere schwer verwundet wurde, hat sich im Staate Missouri ereignet. Ein Telegramm meldet

hierüber aus London folgendes: Von Sedalia (Missouri) kommt die Nachricht, daß am 1. Juli in Knobnoster, 20 Meilen von dort, zwei Schnellzüge infolge dichten Nebels, der die Signale nicht erkennen ließ, zusammengestoßen sind. Die Maschinen wurden zerstört, die Wagen fingen Feuer. Acht Passagiere sind tot, zwanzig verwundet.

Unter dem Verdacht des achtfachen Kindesmordes. Großes Aufsehen erregt, wie aus Friedland, Bezirk Breslau, gemeldet wird, das von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen ein Ehepaar in Ohlenua, das in Verdacht geraten ist, von seinen elf Kindern acht vorzüglich getötet zu haben. Die Kinder starben stets im zartesten Alter und ausfallend schnell. Vor wenigen Tagen erfolgte wiederum die Beerdigung eines unter gleichen verdächtigen Momenten plötzlich verstorbenen, mehrere Monate alten Kindes dieses Ehepaares. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist dieses Kind jetzt wieder ausgegraben und obduziert worden.

Von einer Granate getötet. Aus Paris wird gemeldet: Nach einer Schießübung auf dem Artillerieplatz Fontainebleau lagen zwei Soldaten mehrere Geschosse auf, darunter eine Granate, die ihnen plötzlich in den Händen explodierte. Ein Soldat war sofort tot, der andere wurde lebensgefährlich verletzt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Weizen Ia 66-71 pr. 100 Wd., Ia 64-67, IIIa 54-57, Vollenweizen Ia 63-69, IIa 52-57, IIIa, seit 49-59, do. mager 29-49, Freyer 50-58, Vullen, bläuliche 40-54, Rothweizen, Doppelter 105-120, Weizen Ia 86-93, IIa 73-83, IIIa ger. gen. 53-67, do. hell. 50-55, Hammelfleisch, Rindfleisch 77-80, Hammel Ia 71-74, IIa 63-69, ungar. 0,00, Schale 56-61, Schweinefleisch 55-62, Rindfleisch Ia pr. Wd. 0,60-0,75, IIa 0,40 bis 0,60, Rotmilch m. Wd. pr. Wd. 0,50-0,58, Dannewald 0,60, Bälchweine, pr. Wd. 0,35, Ferkel pr. Wd. 0,35-0,42, Gänse, Ia pr. Stück 1,50 bis 2,25, dito IIa Stück 1,00-1,40, dito junge, Stück 0,60-1,00, Hamburger Gänse, Stück 0,80, Roulets 0,50-1,10, Kapuzen, deutsche, pr. Stück 0,00, Lauben, junge, pr. Stück 0,40-0,55, dito alte 0,00, dito italien. 0,00, Enten, pr. Hund 0,00, dito pr. Stück 1,20-2,00, dito Hamburger, pr. Stück 1,90-3,00, Gänse pr. Wd. junge 0,52-0,65, dito pr. Stück 2,00-3,50, dito, Hamburger, junge, pr. Hund 0,00, Gänse pr. 100 Wd. 90-107, do. mall 75-92, do. groß 0,00, do. groß-mittel 67, do. klein 0,00, Hühner 0,00, Säuget. uml. 83-97, do. klein 88-114, do. groß-mittel 72-81, Kälber, groß-mittel 113-115, do. mittel 110, do. groß 96-113, do. klein-mittel 0,00, do. unfer 99-110, klein 94-95, Karren, 40er 0,00, Radobow 0,00, Karren 71-89, do. klein 0,00, Weis 0,00, Bunte Hühner 66-70, do. mall 0,00, Parle 65-74, do. klein 0,00, Hühner, mall 0,00, Winter-Reinwachs, pr. 100 Pfund 0,00, Amerikan. Wachs Ia, p. 100 Pfund 0,00, do. IIa 0,00, Seesachs, p. 100 Pfund 10, Flumern, Stiele, Stiele Ia 2-6, do. halbe Stiele 0,00, do. Hamb. Stiele 3-5, halbe Stiele 2-3, pomm. Schod 1,50-3,00, Hühner, bläuliche, pr. Ball 4-5, Stiele 0,00, Bornholmer 0,00, Straßburger 5,00-6,00, Sprossen, Danziger, Stiele 0,00, do. Rügenwalder, 0,00, Kälber, groß pr. Wd. 1,10-1,50, do. mittelgroß 0,90-1,10, klein 0,60-0,90, Ferkel pr. Schod 5,00-9,00, Schweinefleisch, Stiele 4,00-5,00, dito 1/2, Stiele 2,00-2,50, Sardellen, 1902 er pr. unter 0,00, 1904er 102, 1906er 102, 1908er 100, Schottische Holzerlinge 1905 0,00, largo 40-44, full 38-40, mod. 36-42, deutsche 30-40, Ferkel, neue Wäpse, pr. 1/2, 1/2, 0,00, Sardinen, russ., Käse 1,50-1,60, Brauteringe Käse 1,20-1,40, do. Hühner (4 Eier) 1,40-1,70, Brauteringe, Schod 8, do. kleine 4-5, do. kleinen 10, Kälber pr. Schod große 29-30, do. mittelgroß 13, do. klein-mittel 9-10,50, do. kleine 3,00, do. unferiert 5,50-6,50, Kalber, groß 15,00, do. mittel 4,50-8,00, Seemuscheln, 100 Stück 0,00, Eier, Land, unferiert pr. Schod 3,50-3,60, do. große 3,75-4,00, Butter, pr. 100 Wd. Ia 114-117, IIa 110-114, IIIa 104-110, abfallende 100-104, Saure Butten, p. Schod 4,50-5, do. neue 7-8, Pfeffergranen Schod 4,50-5, Kartoffeln, pr. 100 Pfund, Magdeburger, neue Klasse 5-5,50, do. Daberger 3,50-4, do. weiße runde 2,75-3,25, do. mag. bon. 3,50-4,00, do. Herbst 5,00-6,50, Porree, pr. Schod 0,75-1,25, Meerrettich, pr. Schod 8-14, Spinat pr. 100 Pfund 12-17, Sellerie, grün, pr. Schod 0,80-1,25, Zwiebeln, pr. 100 Pfund 0,00, Petersilie, grün, pr. Schod 1,00-2,00, Petersilienwurzel, pr. Schod 6-7, Schnittlauch, Schod 0,50-0,80, Rettich, bageliger, junger, pr. 100 Stück 6-8, Kohlraben, Schod 2,00-2,50, do. holländ., pr. 100 Pfund 5-10, Nudeln, pr. Schod 1,50, Tomaten, mall, pr. 100 Pfund 12-15, Rhabarber 100 Pfund 1,50-2,50, Rabenungen 0,00, Röhren 0,00, Rindfleisch, Rind 0,00, Worseln 0,00, Tafel, Schod 1-2, do. Gubener 0,00, Rindfleisch, Schod 0,50-1,00, Spargel 0,00, starre, Schod 3-4, Schoten, 50 Pf. 12-17, Birnfisch, Schod 5-6, Bistrot, pr. Schod 5-10, Champignons, pr. 100 Pfund 50-100, Blumenkohl, Pfefferlinge, pr. 50 Wd. 25,00-36,00, Blumenkohl, Bittauer, p. 100 Stück 10-14, do. Hamburger 12-14, Bohnen, grüne, pr. 100 Wd. 30-35, do. Buss 3-4, do. unfer. 0,00, do. Ital. 0,00, Kefel in Röhren pr. 100 Wd., Koch, 0,00, Zierler 0,00, Australier, 8-15, Italiener, 10er, 100 Pf. 0,00, do. in Röhren pr. 100 Wd. 0,00, do. in Röhren 0,00, Kirschen, Ital., 100 Pf. 17-22, do. schwarze, 100 Pfund 0,00, do. Gubener 15-20, do. Werberide 15-20, do. Schleife 7-15, do. Antien, ungr. 30-35, do. Ital. 30-35, do. Thüringer 8-16, do. Was 10-15, Erdbeeren, französische, pr. 100 Pfund 0,00, holländische 22-28, Stiefel pr. 100 Pf. 15-35, Beizer 18-25, Salz, hiesige 40-60, Vierländer 20-36, Stachelbeeren, unrefe, holländ., 100 Pf. 6-8, do. hiesige 100 Pf. 8-15, Ananas I, p. Wd. 0,90-1,00, do. II 0,40-0,50, Bananen, amar., pr. 100 Pf. 10-14, Jamaica 15-24, Feigen, in Röhren 100 Pf. 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 8,50 bis 13,00, do. 360 Stück 8,00-13,00.

Eingegangene Druckschriften.

Nord und Süd. Juni-Heft. Schlesische Verlagsanstalt Berlin W. 35.
Sir Oskar Lodge. Leben und Ratur. Preis 2,40 M. Verlag von Karl Curtius, Berlin.
Kudolf Warrin. Stehen wir vor einem Weltkrieg? 145 Seiten. Verlag von Friedr. Engelmann, Leipzig.
Gustav Wenz. Farrer. Genossenschaftlichen des christlichen Arbeiters. 50 S. Verlag von Friedr. Reinhardt, Bad.
Strauss-Louris. und Hochschule der Umgebung von Berlin. 1,50 M. Verlag: Jul. Straube, Berlin.
Verwaltungsbericht der Vereinigten Krankenkasse in Darmstadt für 1907. Verlag: Darmstädter Genossenschaft.
Jul. G. West. Gründungsjahr technischer Dienstnehmer. 1 M. Karl Heymann Verlag, Berlin.

Witterungsbericht vom 3. Juli 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Wannemer- luft man	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temperat. in C.	Stationen	Wannemer- luft man	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temperat. in C.
Schöneberg	760	SW	3 bedeck	15	Daheranda	760	WD	6 bedeck	8
Hamburg	763	SW	4 bedeck	15	Petersburg	760	SW	1 bedeck	8
Berlin	762	SW	4 bedeck	15	Scilly	758	W	2 wolkg	18
Frankfurt	765	SW	2 wolken	19	Werbzen	772	SW	2 bedeck	13
München	765	SW	2 wolken	19	Paris	766	W	2 heiter	19
Wien	763	SW	2 wolken	18					

Wetterprognose für Sonnabend, den 4. Juli 1908.
Langsam aufklarend, am Tage wieder etwas wärmer bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.					
Wasserstand	am 2. 7.	am 1. 7.	Wasserstand	am 2. 7.	am 1. 7.
	cm	cm		cm	cm
Memel, Lüth	0	0	Saale, Groditz	100	0
Bregel, Jüterburg	8	-3	Havel, Spandau	63	0
Weißel, Thom	42	-4	Havel, Spandau	130	-2
Dber, Mühlb.	78	0	Spreew, Spremberg	86	0
Kroß, Prof.	74	0	Beesow	119	-3
Frankfurt	71	-1	Bejer, Röhren	-68	+1
Wartbe, Strömm	5	-1	Röhren	19	0
Landberg	-4	-1	Rein, Ragnitzlandau	462	-4
Rege, Gordenau	-11	+1	Raub	247	-6
Elbe, Leimert	-60	-11	Rubin	255	-11
Dresden	-170	-3	Redar, Weißbrom	43	-3
Watz	80	-15	Rain, Werthum	106	-4
Magdeburg	99	-1	Rojele, Litz	39	-7

+) bedeutet Aufst., -) Fall, -) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonntag, den 4. Juli
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Neues Egl. Operntheater. Nigun.
 Anfang 8 Uhr.
 Deutsches. Die Dreifährin.
 Kammerstücke. Selbstern.
 Neues. Der Zerrissene.
 Neues Schauspielhaus. Die Dollarpriesterin.
 Kleines. 2 x 2 = 5.
 Berliner. Raffles.
 Lustspielhaus. Die blaue Maus.
 Schiller O. (Kallner-Theater.)
 König für einen Tag.
 Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
 Thalia. Der Mann mit dem Rock.
 Weiten. Ein Selbsterkenntnis.
 Bernhard Hofe. Im Hause der Sünde.
 Metropol. Das muß man seh'n.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Hippels. London Suburbia. Spezialitäten.
 Passage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
 Carl Haverland. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.
 Walhalla. Spezialitäten.
 Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anf. 7 Uhr.
 Urania. Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.
ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
 Eintritt 1 M.
 von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
 Kinder unter 10 Jahren
 — die Hälfte. —

Passage-Theater.
 Der größte
Saisonserfolg
 Gastspiel Willi Agoston in der
 tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
 Das Tollste vom Tollen
 und die
 neuen Juli-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
 Ohne Extra-Entree.
**Der Riese
 aller Riesen
 Pisjakoff**
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder, Soldaten 25 Pf.

Schiller-Theater O.
 (Kallner-Theater.) Moritz-Oper.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
König für einen Tag.
 Komische Oper in 3 Akten. Text von H. Demery u. Besst. Musik v. H. Adam.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr,
 bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
König für einen Tag.

Berliner Theater.
 Täglich: **Raffles.**
Kleines Theater.
 Sonnabend, den 4. Juli ca.:
2 mal 2 = 5.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag: 2 mal 2 = 5.
 Montag bis Freitag: Geschlossen.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
 Operette von Oscar Strauß.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
 8 Uhr. Schauspielhaus, 8 Uhr.
 Sommerstücke u. Leistung v. G. W. H.
Die Diebin. (Leah Kleschna.)
 Sensationsdrama in 4 Akten von
 G. W. H. W. H. W. H.
 Sonntag: Die Diebin.
 Montag: Die Diebin.

Lustspielhaus.
 Sommerstücke. Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

BERNHARD ROSE THEATER
 Gr. Frankfurter Str. 132.
 8 Uhr. Sommerstücke.
 Im Hause der Sünde
 (Um eine Liebesnacht).
 Ein Drama des Stimmenschauspiel in
 vier Akten von Reginald Brum.

WINTER GARTEN
 Abwechslungsreiches
Programm
 von
 Publikum und Presse
 glänzend beurteilt.

Metropol-Theater
 Zum 257. Male:
Das muß man seh'n.
 Komie in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
 Ununterbrochenes türkisches Lachen!
 10 Uhr:
London Suburbia.
 Szenen aus Londons Vorstadtleben.
 Große Burlesk-Pantomime,
 ausgef. v. Bert Bernards Orig. Komp.
 Anf. 8 Uhr: Die neuen Attraktionen u. Die fahen Griften.

Schweizer Garten.
 Am Königstor — Am Friedrichshain.
 Täglich: Theater-Vorstellung,
 Spezialitäten und Ball.
 Reiz: Riccardo's komische Fantombone:
Die Einbrecher von New York.
 Jeden Abend: Berlin steht Kopf.
 10 Uhr:
 Unvollständige Gelangspolke von R. Ein.
 Volkshausleistungen. Kinematograph.
 Jeden Mittwoch: Kinderfreundesfest.

Brunnen-Theater
 Badstraße 58. Direkt.: Willi Voigt.
 Täglich:
Der deutsche Michel.
 Erstklassige Spezialitäten.
 Karl Braun, Verbandsbildungs-Künstler.
 Mirzi v. Wenzl, Tichulshes Wirtinater.
Paul Coradini.
 Gründung 2 Uhr. Anfang 5 Uhr.
 Vorverkauf von 10 Uhr ab.

W. Noacks Theater
 Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16
 Große Extra-Vorstellung.
 Einmalige Aufführung:
Das Recht der Mutter.
 Vor- und nachher: Spezialitäten!
 Anf. 8 Uhr. Kaffeeküche 3-6 Uhr.
 In d. Bauh. u. nach d. Vorstell.: Tanz.

Walhalla-Variete-Theater
 Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
 Heute: Sommerfest des Vereins
 des Deutschen Kaufleute.
 Spezialitäten-Vorstellung.
Ball. Konzert.
 Kaffeeküche 4 Uhr. Anf. 5 Uhr.

Volksgarten-Theater
 am Bahnhof Gesundbrunnen.
 Sonnabend, den 4. Juli 1908:
 Konzert. Theater. Spezialitäten.
 Vorstellung.
Großes Sommerfest
 des Vereins für Gesundheitspflege
 Berlin N.

Neue Welt.
 Hasenheide 108-114.
 Die größte Sommersensation
 Berlins:
 Mr. **Gadbin II.**
 tollkühner Kopfsprung aus der
6. Etage.
 Nächstes Auftreten:
 Sonntag, den 5. Juli.

Typographia
 Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer.
 M. d. A.-S.-B. — Chorleiter Alexander Weinbaum. — Gegr. 1879.
Sonntag, den 5. Juli, im Konzertgarten der „Brauerei Friedrichshain“ am Königstor:
KONZERT
 unter Mitwirkung des „Neuen Tonkünstler-Orchesters“
 Dirigent: Franz Hoffelder.
Anfang 4 Uhr. — Eintritt 30 Pf. — Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.
 Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet.
 Von 7 Uhr ab im großen Saale **TANZ.** Herren zahlen 50 Pf.
 Eintrittskarten sind zu haben in den Zigarrengeschäften von Horsch, Gewerkschaftshaus; Gottfr. Schulz, Kottbuser Tor; Emil Schulz, Mittenwalder Straße 2; Parske, Büschingstr. 2; H. Köppe, Tilsiter Straße 45; C. Bielefeld, Gräferstr. 35; A. Köhler, Urbanstr. 29; Böttger, Skalitzer Straße 107; W. Otto, Stall-schreiberstr. 20; Tiedtke, Rixdorf, Hermannstr. 45; sowie im Rest. Denkemann, Berliner Straße am Hermannplatz; Rest. Kube, Alte Jakobstr. 75 und an der Kasse. 66/1

Sozialdemokratischer Wahlverein Friedrichsfelde
Sonntag, den 5. Juli 1908:
Großes Sommerfest
 in den Lokalitäten von Franz Bube, Prizen-Allee 30.
 Eröffnung 3 Uhr. 298/8 Anfang 4 Uhr.
 Konzert- u. Gesangsaufführungen. Humoristische Vorträge. Turnerische Vorführungen. Tanz. Lampenzug f. Kinder usw.
 Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Diez' Spezialitäten-Theater
 Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
 Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
 Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Das neueste u. beste Programm Berlins
 Hochentw. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
 Sonntags Anfang 3 Uhr. Entree 30 Pf.
Großer Ball. Kaffeeküche. Volkshausleistungen aller Art.
 Von der Dampferstation Michaelbrücke
 an der Michaelstr. Straße
 heute Sonnabend große Mondschiffahrt mit
 Musik nach Waldbühne, herrlich am Fuße der Müggelberge und am Rangen
 See gelegen. Dort großer Ball. Abf. 9-9 1/2 Uhr. Preis für u. zurück
 50 Pf. Dampfer und Motoren sind billig zu nergelien. 3956
G. Zachow, Reederei. Tel. Amt 4, 5621.

Fröhels Allerlei-Theater.
 Schönhauser Allee 148.
 Täglich:
Spreelottchen.
 Volkshaus aus dem Berliner Leben.
 Dazu
erstklassige Spezialitäten.
 Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

Sanssouci, Kottbuser
 Direktion Wilhelm Kolmer.
 Der Garten ist geöffnet.
 Sonntag, Montag u.
 Donnerstag:
Stets neues Programm.
Gr. Elite-Soireen
 Einakter usw.
 und
Tanzfräulehen.
 Beginn Sonntags 5, mochenl. 8 Uhr.
 Morg.: Hoffm. Nordd. Sänger. Tanz.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Anfang
 Hochentw. 8 Uhr.
 Anfang
 Sonntags 7 Uhr.

Ostbahn-Park
 Am Klärsteinplatz, Rüdigerdorferstr. 71
Hermann Imbs.
 Täglich:
**Großes Konzert,
 Theater- und Spezialitäten-
 Vorstellung.**

**Jeder Arbeiter,
 jeder Handwerker
 sollte zur Arbeit**
 die Lederhose Herkules tragen.
 Unerreichte Leistungsfähigkeit.
 Klein-Verkauf. Sehr starkes Leder in
 praktischen grünen u. braunen Streifen,
 auch einfarbig. Am Bund aus einem
 Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe.
 Große Hüften umfassen. 4 M. 50
 Die Verluste - Hose
 Monteur - Jackets „Edison“
 schilau Körper oder Dreil 2 M. 65
 Monteur - Hosen „Edison“
 schilau Körper oder Dreil 2 M. 25
 Handwerker - Hosen Garmdrum 6 M. 50
 Handwerker - Jackets Garmdrum 11 M. 50
 Rader - Stittel 3.50, 2 M. 40
 Mechaniker - Stittel (braun) 3.85, 2 M. 75
 Weiße Lederhosen 4.50, 3 M.
 Kellner - Anzüge 7.25, 6. —, 5 M. 50
 Weiße Jackets für Arbeiter, Arbeiter,
 Konditionen, Köche usw.
 Die Preise gelten für normale Größen.
Baer Sohn
 Chausseestr. 29/30, Brudenstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Haupt-Statlog gratis und franko.
 Bei Bestellung von Hosen ist die
 Bundweite und die Schrittlänge, bei
 Jackets und Stitteln die Brustweite
 anzugeben. 35092*

Billige Rohtabake.
 Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.

Am Freitag, den 3. Juli,
 morgens 2 Uhr, entschlief sanft
 nach langem, schmerzhaftem Leiden mein
 lieber, herzensguter Mann, unser
 lieber Vater, der Zimmerer
Wilhelm Göritz
 im 57. Lebensjahre.
 Dies zeigen, um Alles Beseh
 bittend, tiefbetäubt an
Marie Göritz geb. Nagaus
 nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag, den 5. Juli, nach-
 mittags 4 Uhr, vom Trauerhause,
 Franzstraße 26, aus nach dem
 Georgen - Kirchhof, Landsberger
 Allee 21/23, statt. 401b

Am Donnerstag, den 2. d. M.,
 nach kurzem Krankenlager
 unter Hülfe
Hugo Scholz.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr
 von der Halle des Michael-Buch-
 hofes — Wiedorf, Marienburger
 Weg — aus statt. 403b
 Die Kollegen der Pianofabrik
 von R. Görs & Kallmann.

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
 BERLIN O.
 Joachimstraße 11 C,
 Helet Reparaturen,
 auf Wunsch zugleich mit
 vorz. Lönverbesserung
 Spezialität:
 Erzeugung des alt-
 italienischen Timbres
 für große Säle an alten
 u. neuen Geigen. u.
 Mäßiges Honorar.

Das hervorragendste Erzeugnis
 der deutschen Schuh-Industrie.
 Von Vielen nachgeahmt.
 Von Keinem erreicht.



SALAMANDER
 Schuh-Gesellschaft
 m. b. H.
 Einheitspreis
12.50
 Fordern Sie Musterbuch V.
 Central: W. Friedrichstr. 182
 C. Kleipz. 9
 SW. Friedrichstr. 223

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.
 Filiale Berlin.
 Am Montag, den 13. Juli 1908:
Dampfer-Partie mit Musik
 nach
Rauchfangswerder, Restaurant „Waldhaus“, (Inhaber: Ed. Rutkowski,
 verbunden Unterhaltungen x x x x x Spielen im Walde
 mit Kinderbelustigungen x x Ueberraschungen und Tanz.
Abfahrt: morgens präzis 8 Uhr nur vom Brandenburger Bäderfahrt: abends 8 1/2 Uhr.
 Ufer, an der Remonikbrücke, Sternegäßchen.
Teilnehmerkarten a 1 M. sind bis zum 5. Juli in den Bezirksstellen und den mit Plakaten
 versehenen Geschäften zu haben. Nach dem 5. Juli sind Karten nur noch im
 Bureau des Verbandes, Engel-We 14-15, 3. Stage, Zimmer 69, (Anfang 8 Uhr, (Kinder
 unter 14 Jahren in Begleitung Erwachsener sind frei).
 Kollegen aus nah und fern, Genossen und Gönner des Verbandes sind hiermit freundlichst
 eingeladen. 192/15
Das Komitee.

Berliner Prater-Theater
 Kastanien-Allee 7-9
 Täglich:
Die Welt ein Paradies
 große Ausstattungs-Rovae
 und erstklassige Spezialitäten.
 Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.
 Im Saale: Täglich gr. Ball.

Max Kliems
Sommer-Theater.
 — Hasenheide 13-15. —
 Wirkliche Leitung: Bernhard Lange.
 Täglich: **Großes Konzert, Theater-
 und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Mittwoch: Kinderfest.
 Donnerstag: Elite-Tag.

Giltig!
 Giltig, das Beste
 des Ungarischer
 (Lipt. und Pilsener)
 Bier radikal mit Brok. Giltig,
 keine schmerzhaften
 Leiden, wahrhaftig, 91
 90 Pf. Gehaltsausweisung (bei
 überall bei. Kautell in den Apo-
 theken und Drogerien).
 „Giltig“ vom Deutschen Reichspatent-
 amt gesch. unter W. 2. 111 69.
 Einz.: Heinz Lehmann, Berlin,
 Würzburger Straße 17,
 Amt Charlottenburg 10341.

**Spiritus-
 Kocher und Bügeleisen**
 für Haus und Reise.
 Centralo für Spiritus-Vorwerthung,
 BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 98, gegenüber dem Central-Hotel.
 Illustrierte Preisliste kostenlos!

Hygienische
 Bedarfsartikel,
 Gummiwaren, 1000e Anord.
 V. Prof. u. Aerz. empf. bill.
 Apoth. S. Schweitzers Fab.
 byg. Prip., Berlin O., Hols-
 marktstr. 93-70. Preis. gratis

